Die Ökologische
Zeitschrift für Hamm

Nr. 5 – Januar 2021

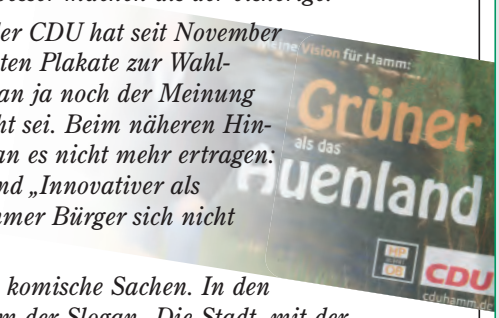
Mit spitzer Feder:

Nachrichten, Informationen, Tipps rund um Natur, Arten und Umwelt in Hamm

Liebe Leser,

Aufbruch! Politischer Aufbruch ist in Hamm angesagt. Im Wahlkampf zur Kommunalwahl war dies ein Schlagwort der SPD. Eigentlich will diese Zeitschrift unpolitisch bleiben, aber ein paar Worte zum Wechsel im Hammer Rathaus sollten möglich sein.

Was kann der Bürger erwarten? Im Bereich des Natur-, Arten-, Umwelt- und Klimaschutzes ist ein Aufbruch bitter notwendig. Viele Entscheidungen von Rat und Verwaltung in dieser Stadt waren aus ökologischer Sicht als bedenklich einzustufen. Hoffentlich ändert sich das! Der neue Umweltdezernent kann nach der neuen Aufteilung der Aufgaben in der städtischen Dezernentenriege vieles besser machen als der bisherige.



Die 21 Jahre dauernde Dominanz der CDU hat seit November 2020 ein Ende gefunden. Als die ersten Plakate zur Wahlkampfaktion auftauchten, konnte man ja noch der Meinung sein, dass die Kampagne gut gemacht sei. Beim näheren Hin- oder öfteren Draufgucken konnte man es nicht mehr ertragen: Hamm ist „Sicherer als Bullerbü“ und „Innovativer als Silicon Valley“? Das haben die Hammer Bürger sich nicht vorstellen können!

Werbeagenturen machen manchmal komische Sachen. In den 1970er Jahren tauchte hier in Hamm der Slogan „Die Stadt, mit der man Pferde stehlen kann“ auf, das las man eine zeitlang in jeder städtischen Werbebotschaft. Ich persönlich identifiziere mich mit dieser Stadt, bin ja auch hier geboren, aber Pferde stehlen kann man mit den doch überwiegend konservativen Hammensern (Hamm war damals kein Hochschulstandort) nicht ... das wäre ja eigentlich auch eine Strafttat gewesen ...

Was wird jetzt anders in Hamm? Kommen jetzt die nötigen Entwicklungen im Klimaschutz endlich voran? Wird die Infrastruktur für E-Mobilität voran getrieben? Gibt es endlich ein Ende der unsäglichen Ansiedlungen von Logistikunternehmen? Ja, ein erstes Zeichen hat die neue Koalition aus SPD, GRÜNEN und FDP gesetzt: Der Ausbau des Inlogparcs Nord ist vom Tisch, 48 Hektar Versiegelung werden vermieden! Die CDU hat nichts dazu gelernt und will daran festhalten.

„Mentalität Insektenschutz“: noch nichts dazugelernt hat das Planungsamt, wenn es um den dringend nötigen Schutz der Insekten geht. Sie hält an alten Vorstellungen in gewohnter Weise fest: Beleuchtung selbst auf Dächern von Discountern Richtung Lippeaue (Seite 25).

Ein kleines Zeichen hat die neue Hammer Regierung bereits gesetzt: Das Umweltamt darf wieder Umweltberichte herausgeben! Nach dem Umweltbericht Nr. 40 über Orchideen in Hamm, erschienen 2002, dann ersatzlos gestrichen, konnte die erste Ausgabe der neuen Umwelt<u>schutz</u>berichte über Hammer Fische schon im Dezember 2020 veröffentlicht werden.

Ein Skandal ist das, was auf dem „Hines-Gelände“ passiert ist: Die dort lebenden streng geschützten Vogelarten wurden gezielt vertrieben, dann wurde nach ihnen gesucht – und keine mehr gefunden. Das hat dem Investor viel Geld gespart, die LNU hat es juristisch prüfen lassen (S. 16).

Genießen Sie die Berichte über den Naturschutz in unserer Stadt!

Ulrich Schölermann
Redaktion „DIE ÖKOLOGISCHE – ZEITSCHRIFT FÜR HAMM“

Impressum

Herausgeber:	Ulrich Schölermann, Weetfelder Straße 179, 59077 Hamm, Telefon 0 23 81/44 35 80, Telefax 0 23 81/43 14 16, E-Mail: info@ulrich-schoelermann.de
Beiträge:	Alle namentlich nicht gekennzeichneten Beiträge vom Herausgeber, Gastbeiträge sind namentlich benannt
Redaktionsschluss:	15.01.2021
Fotos:	Alle Fotos vom Herausgeber, weitere Fotos sind namentlich benannt
Titelbild:	Feldlerche (Bewohnerin Hines-Gelände, S. 16) Foto: Klaus Sudbrack
Auflage:	150 Exemplare
Erscheinung:	Halbjährlich; kostenlos (Freiwillige Spende von 3,00 Euro gern für die gedruckte Ausgabe an den Herausgeber: Sparkasse Hamm, DE91 4105 0095 0001 5030 02)

Inhaltsverzeichnis

„Würstchenfresser“ verschandelt die Landschaft in Pelkum 1
Magazin 4
Plastikfrei im Badezimmer 8
Industrie- und Wohngebiete belasten wertvolle Lebensräume 10
„Inlogparc Nord“ endgültig gestorben 12
Der Ausbau des Straßennetzes in Hamm: A 445, B 63n, L 667 14
Hines-Gelände: Die Störer haben ganze Arbeit geleistet! 16
Bebauung an der Wielandstraße: 50 Bäume von der Fällung bedroht 20
Intensive Bebauung in Rhynern „Auf der Helle“ geplant 22
Berichte über den Kammolch, die Jagd und über Bebauungspläne in unserer Stadt 23
Vegetation an der Sundernhalde rigoros gemäht 26
Wie steht es um den Kiebitzbestand in Hamm? 27
Sind Meisenkästen die Lösung gegen den Eichenprozessionsspinner? 28
Tristes Gartenglück 29
Aufruf zum Handeln 30
Der Wolf 31
Masterplan Freiraum der Stadt Hamm 32
Naturschutz im Wandel 33
Buchbesprechungen 38
Vegetarische Gerichte 41

Die Ökologische
Zeitschrift für Hamm

Gastbeiträge erwünscht!

Die Redaktion freut sich über engagierte Hammer Bürger, die sich an der inhaltlichen Gestaltung dieser Zeitschrift beteiligen möchten. Wenn Sie schreiben wollen zu passenden Themen, dann melden Sie sich bitte! Das gilt natürlich auch für Fotografen.

„Würstchenfresser“ verschandelt die Landschaft in Pelkum

Es ist nichts Neues, man hat sich fast schon daran gewöhnt: Unsere Landschaft wird vermüllt! Beim Spaziergang am Sonntag oder nach Feierabend fällt auf, wie viel Müll an Straßen und Wegen, an Ufern der Gewässer, auf Park- und Sitzplätzen und auf Äckern und Wiesen herum liegt. Man ärgert sich, schüttelt den Kopf und kann doch nichts tun, um diese Zustände zu verhindern.

In Pelkum sind einige Anwohner aktiv geworden, um die Landschaft vom Müll zu befreien, denn den Zustand der verschandelten Landschaft konnten sie einfach nicht mehr ertragen: Sie sammeln ihn einfach ein; selbst Enkelkinder, die in den Ferien zu Gast sind, helfen mit! Angenehm ist das aber auch nicht: Wer geht schon gern mit einer Plastiktüte spazieren, die gar nicht groß genug sein kann und die auch schnell usselig aussieht, je mehr Müll in ihr landet. Aber es ist alles Gewöhnungssache, aber trotzdem schon ein bisschen ekelig. Und dann kommen noch die Blicke einiger Spaziergänger, Jogger und Autofahrer hinzu, die argwöhnisch beäugen, warum sich denn jemand ständig bückt und sich etwas sozusagen in die Tasche steckt. Das muss man aushalten!

Wie fragte vor einigen Jahren eine ältere Dame beim alljährlich im März stattfindenden stadtweiten sogenannten Frühjahrsputz unsere Sammlerin: „Was haben Sie verbrochen, dass Sie das hier machen müssen?“ Das war schon heftig!

Aufkleber aus dem Jahr 1985

Die Bilanz der Sammlung während eines einstündigen Spaziergangs. Würstchenverpackungen und Trinkbecher bekannter FastFood-Ketten sind auch dabei.

Auf der Wilhelm-Lange-Straße gibt es eine Besonderheit: **Dort fährt ein Würstchenfresser regelmäßig entlang!** Diese Bezeichnung haben die Weetfelder einem ihnen unbekannten Menschen verpasst, der sich offensichtlich vorwiegend von kalten Fleischwaren ernährt. Der Würstchenfresser verteilt seine Hinterlassenschaften vorrangig an der Wilhelm-Lange-Straße im Straßengraben. Hier finden sich Verpackungen von Bockwürstchen verschiedenster Qualität, dazu Schinken-, Frikadellen- und Salamiverpackungen, alles Produkte aus der Massentierhaltung. Über 20 Verpackungen allein von Bockwürstchen wurden an der Provinzial- und Wilhelm-Lange-Straße bei einem Rundgang aus dem Graben geklaubt.

Vermutet wird, dass es sich bei dem Würstchenfresser um eine alleinstehende Person handeln könnte. Arbeitsplatz im Inlogparc und hungrig im Auto sitzend auf dem Weg nach Hause, wenn die Arbeitszeit beendet ist. Der Verdacht, dass es so sein könnte, liegt nahe.

Ernährungsgewohnheiten bleiben jedem selbst überlassen, aber den Plastikmüll könnte er doch mit nach Hause nehmen, darüber sind sich die Weetfelder einig. Wenn der Mähbalken die Straßenseitenränder mäht, wird der Plastikmüll in viele kleine Teile zerstückelt. Das Aufsammeln wird schwieriger, und zur Verschandelung der Landschaft kommt hinzu, dass Rinder und Kühe das

Ein paar Bockwürstchen auf die Faust, Frikadellen, ein paar Salamischeiben „schier“: Mahlzeit für einen Singleman.

Auch dies ist das Sammelergebnis eines einstündigen Spaziergangs. Hier konnte ein Boonekamp-Liebhaber die Fläschchen nicht mehr mit nach Hause nehmen, als sie endlich leer waren. Heringsfilet, nicht angebrochen, war auch dabei.

32 Fläschchen Boonekamp – was denkt sich der Schnapsgenießer bloß dabei, wenn er das Leergut in die Landschaft wirft?

kleingehäckselte Plastikmaterial mit dem Futter aufnehmen, wenn die Plastikfetzen in die angrenzenden Felder geweht werden. Das kann zum Tod von Nutztieren führen, und dass allein sollte jeden Menschen dazu veranlassen, den Verpackungsmüll mit nach Hause zu nehmen und ihn nicht achtlos weg zu werfen!

Neulich lag ein Pfund Gehacktes im Straßengraben, noch eingepackt in Plastik. Wohin mit dem Zeug, wenn die Müllabfuhr am Vortag gerade da war? Niemand möchte Gehacktes auch im Winter nicht für zwei Wochen in der eigenen Hausmülltonne liegen haben, denn irgendwann riecht man das; schließlich besteht nur die Möglichkeit, den eingesammelten Müll in der eigenen Restmülltonne zu entsorgen.

Seit mehreren Jahren müssen beim „Frühjahrsputz“ an der Provinzialstraße kurz vor der Grenze nach Bönen Weinflaschen eingesammelt werden, bis zu 300 pro Jahr, überwiegend italienische Weine. In diesem Jahr scheinen es einige Flaschen weniger zu sein, vielleicht läuft die Pizzeria nicht mehr so gut.

Ein beliebter Entsorgungsplatz ist die Autobahnbrücke an der Grünen Aue über die A 2. In den Böschungen liegen große und kleine Teile, die nur mit Bergsteiger-Ausrüstung zu bergen wären.

Unlängst berichtete die Hammer Tageszeitung darüber, dass selbst in den Mägen verendeter Störche Plastikteile, Gummibänder und Scherben gefunden wurden. Müll einfach wegzuwerfen kann für Tiere tödlich sein!

Beim Joggen Müll sammeln: „Plogging“ ist der Begriff für diese Form der Müllsammlung derjenigen, die im Bemühen um eine saubere Landschaft nicht nachlassen wollen. Der Begriff kommt aus dem Schwedischen („Plocka“ steht für Aufheben) und wird kombiniert mit dem englischen Begriff „Jogging“; Laufen und Müllsammeln in Kombination.

Zigarettenkippen verseuchen das Grundwasser und können bis zu 15 Jahren in unseren Gewässern erhalten bleiben.

Zigarettenkippen: einfach weggeschnippt

Vor einigen Jahren war eine Gruppe japanischer Lehrer zu Gast in Hamm. Sie wollten sich über die Unterrichtsmethoden in Schulen und Vereinen informieren.

Die Lehrer waren hoch interessiert, ein Dolmetscher übersetzte. Warum erwähnen wir dies hier? Einige Japaner waren Raucher, und was sie mit abgebrannten Streichhölzern und Zigarettenkippen machten war schon bemerkenswert. Die Streichhölzer wurden in die Schachtel zurück gesteckt, und für die Kippen hatte jeder Japaner ein kleines Schächtelchen dabei. Niemand kam auf die Idee, seine Kippe so zu entsorgen, wie es hier üblich ist. Aber es soll ja auch schon in Deutschland für eine weg geworfene Zigarettenkippe ein Bußgeld verhängt worden sein.

Solche Bilder, wie an dieser Parkbank, werde dann hoffentlich auch nicht mehr zu sehen sein.

Auszug aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie im Internet:

„Laut einer Untersuchung der TU Berlin aus dem Jahr 2014 liegen in Berlin auf einem Quadratkilometer Freifläche durchschnittlich 2,7 Millionen Kippen.

Sie enthalten laut WHO bis zu 7000 verschiedene Chemikalien, wovon viele giftig für die Umwelt und mindestens 50 krebserregend sind. In den Zigarettenfiltern sammelt sich bestimmungsgemäß ein Großteil der im Tabakrauch enthalte-

Aufkleber aus dem Jahr 1985

nen Schadstoffe, vor allem Nikotin. Sie werden als giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung eingestuft. Aus einem Stummel können knapp zwei Milligramm Nikotin in Böden und Gewässer gespült werden. Daneben können in Zigarettenfiltern noch Arsen, Blei, Chrom, Kupfer, Cadmium, Formaldehyd, Benzol, Nitrosamine, polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Teer und Tabakzusatzstoffe enthalten sein.

Belastet werden durch die Giftstoffe hauptsächlich Gewässer und deren Bewohner. Für Fische und Wasserflöhe haben Zigaretten tödliche Auswirkungen. Der Zigarettenfilter aus Celluloseacetat zersetzt sich erst nach langer Zeit in Gewässern: Im Süßwasser wird von 15 Jahren ausgegangen und im Salzwasser sogar von 400 Jahren. Die Zerfallsprodukte von fabrikneuen Filtern reduzieren zudem die Keimfähigkeit und das Wachstum von Gras und Klee.

Kinder nehmen manchmal aufgefundene Zigarettenstummel in den Mund, sei es aus Neugier oder um rauchende Erwachsene nachzuahmen. Abhängig vom Körpergewicht können bereits eine bis drei Zigarettenstummel zu deutlichen Vergiftungserscheinungen führen. So gingen beispielsweise beim Giftnotruf Berlin von 2015 bis 2017 2888 Anrufe ein aufgrund durch Kinder verschluckter Zigarettenkippen.

Ein einheitliches Rauchverbot auf Kinderspielplätzen besteht nicht. Eine Untersuchung des Deutschen Krebsforschungszentrums aus dem Jahr 2010 zeigte, dass sich auch trotz entsprechenden Rauchverbots beispielsweise in Würzburg noch mehr als 50 Kippen je Spielplatz finden lassen.“

Riesiges Leitungsrohr ziert die Landschaft an der Straße „Zur grünen Aue“

Das ist so gar nicht grün: Nachdem die Infrastruktur für den Inlogparc in Pelkum geschaffen worden war, wurde 2008 auch der Niedervöhdebach verlegt. Für die Straßenunterführung an der Straße „Zur grünen Aue“ ist offensichtlich ein Leitungsrohr nicht mehr benötigt worden. Das große Teil hat einen Durchmesser von etwa einem Meter und ist zehn Meter lang.

Da liegt es nun seit vielen Jahren am Straßenrand, zuwuchern kann es nicht, dazu ist es zu groß. Es rostet jedenfalls vor sich hin, findige Müllentsorger haben es entdeckt und dort bereits vier Autoreifen und ein großes Metallteil entsorgt, sozusagen dazu gelegt. Ein paar Lumpen liegen auch schon dabei.

Dort, wo Müll liegt, kommt weiterer Müll hinzu. Auch dafür gibt es einen Begriff aus der englischen Sprache, den wir Deutschen in unseren Sprachgebrauch aufgenommen haben: „Broken Windows Theory“, die Theorie der zerbrochenen Fenster: Werden zerbrochene Fensterscheiben nicht schnell repariert, kommen weitere Zerstörungen hinzu. Dieses Phänomen gibt es sowohl im Kleinen als auch im Großen. Stadtteile, in de-

nen die Müllbeseitigung vernachlässigt wird, können so durch Vandalismus und Grafitti-Schmierereien verwahrlosen. Wo Müll herumliegt, werfen Menschen weiteren Müll hinzu, denn „da lag ja schon etwas“.

Die Stadt Hamm ist über den Mängelmelder im November 2020 informiert worden; zurzeit liegt das Rohr dort noch. Die Entsorgung ist zugegebenermaßen nicht ganz einfach, wie auch der städtische Mitarbeiter mitteilte, der sich telefonisch gemeldet hatte. Das Teil ist groß, Kran und LKW sind nötig, wenn sich kein Altmetallsammler mit einem Trennschleifer zu schaffen macht. Allerdings sind im Januar Autoreifen und Metallteile entsorgt worden.

Die BG Weetfeld hat daraufhin das Technische Hilfswerk und die Feuerwehr angeschrieben und Amtshilfe für die Entsorgung angeregt ...

Ein Fremdkörper in der Landschaft: Ein riesiges Rohr rostet vor sich hin und ist Anziehungspunkt für weitere Müllablagerungen.

Tempolimit mindert CO_2-Emissionen deutlich

Ein Tempolimit auf Autobahnen könnte die Treibhausgasemissionen jährlich um 1,9 bis 5,4 Millionen Tonnen verringern. Das ist das Ergebnis aktueller Berechnungen des Umweltbundesamtes (UBA). Bei Tempo 120 km/h liegen die Einsparungen bei 2,6 Millionen Tonnen. Ein Tempolimit von 130 km/h reduziert die Emissionen um 1,9 Millionen Tonnen, sofort und praktisch ohne Mehrkosten, so das UBA. Für ein Tempolimit von 100 km/h ergäben sich jährliche Treibhausgasminderungen von 5,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Die Berechnungen des UBA basieren auf Verbrauchsdaten von Pkws und leichten Nutzfahrzeugen.

Ein Tempolimit auf Autobahnen ist ein sinnvoller Klimaschutzbeitrag. Der Verkehrssektor hat seit 1990 wenig zum Klimaschutz beigetragen. Ein Tempolimit hilft aber nicht nur dem Klima, sondern senkt auch die Lärm- und Schadstoffemissionen und erhöht die Verkehrssicherheit.

Im Vergleich zu anderen Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr ist ein Tempolimit besonders effizient: Die sinnvolle Stärkung des Schienengüterverkehrs und die Modernisierung der Binnenschiffe würde laut Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) eine Minderung von um zwei Millionen Tonnen bringen; allerdings erst im Jahr 2030 in voller Höhe und mit Kosten von mehreren Milliarden Euro. Ein Tempolimit mit vergleichbarem Klimanutzen wäre nahezu kostenlos und sofort umsetzbar.

Waldzustand hat sich 2020 verschlechtert

Mischwälder aus mindestens vier Baumarten sollen künftig auf den Schadflächen wachsen, die Stürme, Dürre und Borkenkäfer seit 2018 verursacht haben. Heimische Baumarten sollen dabei den Kern der künftigen Waldgeneration bilden. So sieht es das Wiederbewaldungskonzept des Umweltministeriums NRW vor.

Zwar ist der Anteil der Bäume ohne Schäden von 19 Prozent im Jahr 2019 auf 23 Prozent gestiegen. Aber auch der Anteil der Bäume mit deutlicher Kronenverlichtung hat von 42 auf 44 Prozent zugenommen; das ist der höchste Wert seit Beginn der Erhebungen 1984. Diese Zunahme der schweren Kronenschäden ist ein deutliches Indiz für den besorgniserregenden Zustand des Waldes.

Der Zustand der Baumkronen gibt die Vitalität der Waldbäume wieder. Hier wird vor allem der Verlust von Blättern und Nadeln beurteilt.

Bei der Fichte (Baumanteil 30 %) zeigt die Kronenverlichtung den schlechtesten Wert seit Einführung der Zustandserhebung. Der mittlere Nadel-/Blattverlust steigt von 29,1 Prozent auf 32,6 Prozent. Die Fichte verfügt nur über ein flaches Wurzelsystem und steht seit drei Jahren unter permanentem Trockenstress. Ohne ausreichende Wasserversorgung hat sie keine Möglichkeit, sich dem Borkenkäfer durch verstärkte Harzbildung zu widersetzen.

Auch der Zustand der Buche (Baumanteil 19 %) hat sich verschlechtert, ihr mittlerer Blattverlust stieg von 28,1 Prozent auf 30,9 Prozent. Infolge der Trockenheit kommt es vor allem in Altbeständen zum Absterben von Bäumen.

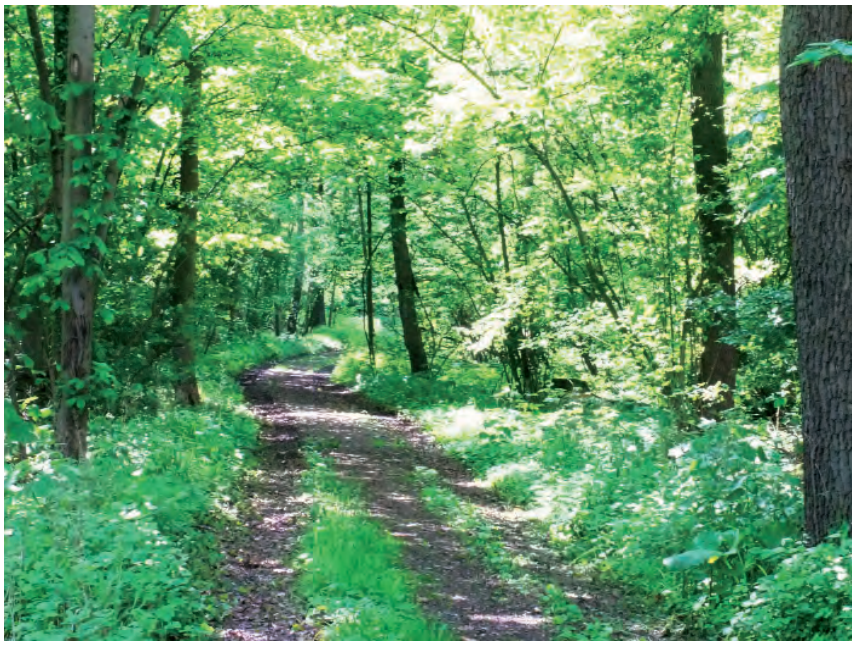
Die Eiche (Baumanteil 17 %) konnte sich 2020 leicht erholen. Der mittlere Blattverlust ging von 32,6 Prozent auf 29,0 Prozent zurück. Mit ihrem tief reichenden Wurzelsystem erschließt sie sich in tieferen Bodenschichten gespeichertes Wasser. Dadurch kann sie den Belastungen durch Dürre und Hitze besser begegnen als andere Baumarten.

Der mittlere Nadel-/Blattverlust der Kiefer (Baumanteil 8 %) sank von 24,4 Prozent auf 23,7 Prozent. Die Kiefer gilt als verhältnismäßig unempfindlich gegen Trockenheit. Die anhaltende Dürre bringt aber auch die Kiefer auf einigen Standorten an ihre Grenzen und führt zu erhöhtem Nadel-/Blattverlust und punktuell zu absterbenden Bäumen.

Vogelwelt: Schwund im Offenland hält an, Zunahmen im Wald

Der deutliche Rückgang heimischer Vögel auf Wiesen, Weiden und Äckern hält weiter an, in den Wäldern zeichnen sich hingegen Zunahmen der Bestände ab. Das ist die Kernaussage der Publikation „Vögel in Deutschland – Übersichten zur Bestandssituation“.

Die aktuelle Gesamtschau wurde vom Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA), der Länderarbeitsge-



Blick in den Köhlinger Wald in Heessen.

Im Winter sammeln sich die Saatkrähen zu großen Trupps, um gemeinsam Schlafplätze aufzusuchen. Oft vergesellschaften sie sich zusammen mit Dohlen. Im Gegensatz zu den artverwandten Rabenkrähen brüten sie auch im Sommer in Kolonien. Saatkrähen besitzen einen hellen Schnabel und sind daher von Rabenkrähen gut zu unterscheiden.

meinschaft der Vogelschutzwarten und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) gemeinsam erarbeitet.

Die Auswertung der Datensätze zeigt, dass der Bestand an Brutpaaren von 1992 bis 2016 in Deutschland um mehr als sieben Millionen Paare zurückging. Heute leben hier etwa acht Prozent weniger Brutvögel als vor 24 Jahren. Vor allem in der Agrarlandschaft halten die Rückgänge an.

In den offenen Agrarlandschaften ist der Bestand an Brutpaaren in 25 Jahren um zwei Millionen zurückgegangen. Dies unterstreicht die Dringlichkeit von Reformen in der Landwirtschaftspolitik. So haben die Bestände von Rebhuhn und Kiebitz um fast 90 Prozent abgenommen. Ähnlich dramatisch ist die Entwicklung bei Uferschnepfe, Bekassine und Braunkehlchen, die als Lebensraum Feuchtwiesen und extensiv genutzte Weiden benötigen. Ehemals häufige Arten wie die Feldlerche zeigen größere Verbreitungslücken.

Artenreiche Vogelgemeinschaften sind in den nordostdeutschen Agrarlandschaften dort erhalten geblieben, wo noch genügend Strukturen mit hohem Wert für Vögel und Insekten vorzufinden sind, wie mageres Grünland, Brachen, breite Ackerrandstreifen und ungenutzte Wegsäume nicht asphaltierter Feldwege.

Im Gegensatz zur Agrarlandschaft haben sich die Bestände im Wald und in Siedlungen deutlich erholt. Von 2005 bis 2016 sind 1,5 Millionen Waldvögel und 500.000 Vögel in den Siedlungsbereichen dazugekommen. Auffällig ist die Zunahme der Bestände von Waldvogelarten seit 2010. Die Ursachen für diese positive Entwicklung sind das Älterwerden der Wälder und auch Totholzanteile durch naturnahe Forstwirtschaft. Schließlich wirkt sich der Klimawandel über einen stärkeren Samenansatz von Bäumen in kürzeren Abständen positiv aus: Standvögel finden im Winter mehr zu fressen. Im Siedlungsbereich profitieren einige Arten von der zunehmenden Begrünung in den Städten.

Die Bekassine gehört zu den Arten des Offenlandes, die immer weniger geeignete Habitate findet. ***Foto: Klaus Sudbrack***

Der Gartenbesitzer hilft den Vögeln auch damit durch den Winter, wenn er im Herbst nicht alle Stauden und Sträucher abschneidet. Dafür ist zum Winterende auch noch Gelegenheit, und die Vögel finden an den Halmen immer noch einige Samen und Insekten, die sich dort verborgen haben. Hier die Halme des Fenchels.

Zur grünen Aue: Gesperrt, aber rege genutzt

Im Zuge der Verkehrslenkung aus Weetfeld Richtung Inlogparc wurde die Straße „Zur grünen Aue“ für den Durchgangsverkehr gesperrt, die entsprechenden Verbotsschilder stehen an der Kreuzung der Wilhelm-Lange-Straße (Sargfabrik Glunz) und in Bönen an der Edisonstraße kurz vor dem Industriegebiet „Am Mersch“ (das in Hamm in den Inlogparc übergeht). Eigentlich ist das eine schöne Strecke für Spaziergänger und Jogger geworden, da nur Anwohner und landwirtschaftliche Fahrzeuge die Straße nutzen dürfen.

Aber weit gefehlt! Am Wochenende sind es nur etwa 10-15 Fahrzeuge, aber im Alltagsverkehr erhöht sich die Zahl auf 25 Fahrzeuge, die innerhalb einer dreiviertel Stunde aus beiden Fahrtrichtungen am Fußgänger vorbei rauschen. Kritisch ist die Zeit an Werktagen nach 16 Uhr, denn dann ist Feierabend: 51 Fahrzeuge!

Alle Fahrer wissen, dass sie verkehrswidrig unterwegs sind. Einige fahren langsam, sobald der Fußgänger in Sichtweite ist, andere brettern in einem Tempo von über 50 km/h rücksichtslos über den ca. drei Meter breiten Weg. Eine Zugmaschine, glücklicherweise ohne Auflieger, verursachte einen solchen Sog, dass es für den Fußgänger schon kritisch wurde. Die Strecke ist deshalb so beliebt, weil sie als Parallelstrecke zum Osterbönener Weg, auf dem die Durchfahrtsperre von 2,20 m Breite vor dem Inlogparc steht, zügig ohne ein solches Hindernis befahrbar ist.

Die angesprochenen Anwohner sind genervt, beide Polizeibehörden in Hamm und Unna sind auf den Missstand hingewiesen worden. Hier können nur polizeiliche Kontrollen etwas bewirken, sonst könnte man das Verkehrskonzept auch an dieser Straße für überflüssig ansehen.

Die Durchfahrt ist zwar verboten, aber viele Autofahrer stört das nicht.

CO_2-Ausstoß: In Deutschland pro Kopf höher als in China!

In Statistiken ist der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO_2) der einzelnen Staaten dieser Welt abzulesen (siehe Tab. 1). China ist der größte Emitent, 11.256.000 Tonnen CO_2 bläst das Land jährlich in die Atmosphäre. Das sind 29,7 % des weltweiten totalen Ausstoßes und mehr als doppelt soviel Ausstoß wie der zweitplazierte, die USA, mit 5.275.000. Tonnen und 13,9 % des weitweiten Ausstoßes. Auch Indien auf Platz 3 weist mit 2.622.000 Tonnen (6,9 %) einen hohen Wert auf, gefolgt von Russland mit 1.748.000 Tonnen (4,6 %) und Japan mit 1.199.000 Tonnen CO_2-Ausstoß (3,1 %). Danach wird es dreistellig: Auf Platz 6 liegt Deutschland mit 753.000 Tonnen, was 2,0 % entspricht.

Allerdings leben in China mit 1,4 Milliarden Einwohnern die meisten Menschen in einem einzelnen Staat. In Indien ist die Bevölkerung fast ebenso hoch, doch produziert Indien nur fast ein Fünftel so viel des klimaschädlichen Gases als China. In den USA ist das Verhältnis zwischen CO_2-Ausstoß und Bevölkerungszahl noch gravierender: vergleichsweise wenig Einwohner erzeugen viel CO_2.

In Tab. 1 wird der Anteil am weltweiten CO_2-Ausstoß genannt, dazu die Einwohnerzahl und der Gesamtausstoß CO_2. Tab. 2 zeigt den Pro-Kopf-Ausstoß von CO_2; er ist in Deutschland mit 9,15 Tonnen sogar noch höher als in China! Zudem „verliert“ China den Platz Nr. 1 des totalen Ausstoßes im Pro-Kopf-Vergleich und rutscht aufgrund der hohen Bevölkerungszahl auf Platz 36 mit einem Ausstoß von 7,95 Tonnen pro Einwohner ab. In Indien ist der Ausstoß, umgerechnet pro Einwohner, sogar nur noch 1,94 Tonnen hoch und bedeutet nur noch Platz 104 der Weltrangliste, in der eigentlich kein Staat oben stehen möchte.

Es nützt also nichts, wenn die Prozentzahlen des Anteils am weltweiten Ausstoß allein verglichen werden. Der deutsche 2,0-%-Anteil wird selbst im deutschen Bundestag von einzelnen oppositionellen Rednern als „lächerlich gering“ bezeichnet und es wird auf China verwiesen. Dass das unredlich ist, zeigt dieser Vergleich.

(Quellen: Wikipedia. Die Einwohnerzahlen sind gerundet und aus einer separaten Wikipedia-Datei entnommen)

Tabelle 2: CO_2-Ausstoß in Tonnen pro Einwohner (2018) (Auszug)

01	Palau (Inselstaat)*	57,96 t
02	Katar*	38,19 t
03	Trinidad/Tobago*	26,19 t
04	Kuwait*	23,91 t
12	Australien	16,77 t
13	USA	16,14 t
14	Kanada	16,08 t
18	Russland	12,14 t
24	Niederlande	9,50 t
25	Norwegen	9,43 t
26	Japan	9,42 t
28	Deutschland	9,15 t
34	Österreich	8,16 t
36	China	7,95 t
104	Indien	1,94 t

Auf Platz 5* liegen die Vereinigten Arabischen Emirate (22,44 t), Platz 6 Bahrain (21,85 t), Platz 7 Saudi-Arabien (18,63 t), Platz 8 Estland (18,62 t), Platz 9 Oman (17,64 t), Platz 10 Luxemburg (16,86 t), Platz 11 Kasachstan (16,80 t).

* Der Gesamtausstoß CO_2 der Länder auf den Plätzen 1-11 ist eher unbedeutend, der Pro-Kopf-Ausstoß aufgrund der geringen Einwohnerzahl hoch.

Tabelle 1: Weltweiter CO_2-Ausstoß der Länder in %, verglichen mit der Einwohnerzahl und dem CO_2-Ausstoß insgesamt (2018) (Auszug)

Platz	Land	Ausstoß in %	Einwohner	Tonnen gesamt
01	China	29,7 %	1.433.783.000	11.256.000
02	USA	13,9 %	329.064.000	5.275.000
03	Indien	6,9 %	1.366.417.000	2.622.000
04	Russland	4,6 %	145.872.000	1.748.000
05	Japan	3,1 %	126.860.000	1.199.000
06	Deutschland	2,0 %	83.517.000	753.000
10	Kanada	1,6 %	37.411.000	594.000
16	Australien	1,1 %	25.203.000	415.000
17	Großbritannien	1,0 %	67.530.000	372.000
18	Italien	1,0 %	60.100.000	345.000
19	Polen	0,9 %	37.887.000	334.000
20	Frankreich	0,9 %	65.129.000	323.000
24	Spanien	0,7 %	46.736.000	276.000
50	Österreich	0,2 %	8.955.000	71.000

Platz 7 Iran (1,9 %), Platz 8 Südkorea (1,8 %), Platz 9 Saudi-Arabien (1,6 %), Platz 11 Indonesien (1,5 %), Platz 12 Brasilien (1,3 %), Platz 13 Mexiko (1,3 %), Platz 14 Südafrika (1,3 %), Platz 15 Türkei (1,1 %).

Pflanzenvielfalt auf dem Rückzug

Deutschlands Pflanzenvielfalt ist auf dem Rückzug: Bei über 70 Prozent von mehr als 2000 untersuchten Arten sind in den letzten 60 Jahren Rückgänge zu beobachten, es waren Einbußen von durchschnittlich 15 Prozent zu verzeichnen.

29 Millionen Daten flossen in die Analysen ein. In Deutschland ist ein mittlerer Rückgang der Artenvielfalt um rund zwei Prozent pro Jahrzehnt zu verzeichnen.

Zu den Verlierern zählen insbesondere Arten, die durch den Menschen bereits vor der Entdeckung Amerikas nach Deutschland gelangten. Dazu gehören u. a. große Teile unserer Ackerbegleitflora, z. B. der Große Klappertopf und der Gute Heinrich. Dagegen konnten sich viele Arten, die nach 1492 Deutschland erreicht haben, ausbreiten, wie z. B. das Drüsige Springkraut oder das Schmalblättrige Greiskraut.

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN), dass die Studie in Auftrag gegeben hat, folgert: Es wird deutlich, dass wir im Umgang mit Natur und Landschaft zu einem Umdenken kommen müssen. Wir müssen breit in der Fläche an Land- und Forstwirtschaft ansetzen, die zusammen 80 Prozent der Flächen in Deutschland einnehmen. Naturverträglichere Nutzungsformen sind dringend geboten.

Das BfN hält es für wahrscheinlich, dass der Rückgang der Pflanzenvielfalt wesentliche Auswirkungen auf die Biodiversität und die Leistungen von Ökosystemen hat. Aufgrund der oft komplexen Zusammenhänge z. B. über Nahrungsnetze und Kaskadeneffekte können derartige Verluste sehr gravierende Auswirkungen haben. Deutlich werden die vielschichtigen Beziehungen bei den Insekten, die sowohl in ihrer Vielfalt als auch in ihrer Häufigkeit abnehmen.

Plastikfrei im Badezimmer

Sonja Thiele

Plastik hat als Verpackungsmaterial die Eigenschaft, den Inhalt zuverlässig aufzubewahren und vor dem Verderben zu schützen. Bei vielen Produkten suchen wir als Konsumenten nach Alternativen, und zunehmend tun es auch Hersteller, wenn auch noch nicht für alle Produkte und nicht alle Hersteller. Es scheint vergleichsweise einfach, feste und trockene Produkte und Lebensmittel plastikfrei zu verpacken, und in Supermärkten und Bioläden gibt es mittlerweile eine erfreuliche Auswahl an plastikfrei verpackten Produkten.

Was aber ist mit flüssigen oder halbflüssigen Inhalten? Bei Lebensmitteln gibt es teilweise Pfandgläser für zum Beispiel Milchprodukte oder Getränke. Selbst Discounter haben erkannt, dass immer mehr Verbraucher plastikfrei verpackte Lebensmittel wünschen. In 2019 warb Netto mit einer groß angelegten Kampagne für das Sortiment an unverpacktem Gemüse und Obst. Auch Milch in Pfandflaschen ist in einigen Discountern erhältlich. Im Drogerieregal sind Pfandsysteme unbekannt, und die Vorstellung von (Glas-)Pfandflaschen für etwa Shampoo lässt im Kopf Bilder von Scherben in der Dusche entstehen.

Mikro-Plastik landet auf Äckern und in Gewässern

Hinzu kommt ein weiteres Problem: zahlreiche Cremes, Shampoos, Peelings, Make-ups oder Gesichtspflege enthalten Mikro-Plastik. Die Hersteller setzen den Produkten mikroskopisch kleine Plastikpartikel zu, um bestimmte Produkteigenschaften zu erreichen.

Die Creme beispielsweise soll der Haut einen zarten Schimmer verleihen, das Peeling einen abschleifenden Effekt haben. Vielen Verbrauchern ist nicht bewusst, was sie sich mit diesen Produkten auf den Körper cremen. Bei der nächsten Dusche landet Mikroplastik aus Kosmetikartikeln im Abwasser, dann als Klärschlamm auf den Äckern oder in unseren Gewässern und schlussendlich im Meer, wo bereits große Mengen Plastikpartikel aus zerriebenem Plastikmüll umherschwimmen. Kleine Wasserorganismen nehmen Plastikpartikel auf, weil sie sie mit Nahrung verwechseln. In der Nahrungskette wird es dann an größere Tiere weitergereicht.

Mikroplastik auch im menschlichen Organismus

Ob und welche Auswirkungen Mikroplastik auf Menschen hat, die es etwa über Speisefische aufgenommen haben, ist noch nicht ausreichend erforscht. In Laborversuchen zeigten kleine Organismen wie Wasserflöhe, die Mikroplastik mit der Nahrung aufgenommen hatten, unter anderem Wachstumsstörungen, da die winzigen Plastikteile ihren Verdauungstrakt verstopften. Allein aus Vorsichtsgründen ist es also geboten, auf Kosmetika mit Mikroplastik und natürlich auch auf Plastikverpackungen so weit wie möglich zu verzichten.

Plastik vermeiden, aber wie?

Wie kann Plastik im Badezimmer vermieden werden, wenn nicht einmal klar ist, in welchen Produkten überhaupt Plastik steckt? Und wie können Shampoo oder andere flüssige Kosmetika plastikfrei verpackt werden?

Auf die erste Frage – in welchen Produkten steckt Mikroplastik? – gibt es digitale Antworten: kostenlose Apps, die durch einen Scan des Strichcodes verraten, welche Inhaltsstoffe darin stecken. Marktführend

Was ist Mikroplastik?

Mikroplastik ist eine Sammelbezeichnung für Partikel eines makromodularen Kunststoffs, die kleiner als 5 Millimeter sind. Eine Untergrenze für die Größe gibt es nicht, oft sind Mikroplastik-Teilchen so klein, dass sie mit bloßem Auge nicht erkennbar sind. Mit einem Blick auf die Liste der Inhaltsstoffe können Verbraucher (sofern sie ihre Lesebrille zum Einkauf mitgenommen haben) theoretisch leicht feststellen, ob das Produkt Mikroplastik enthält.
Diese Stoffe und ihre Abkürzungen bezeichnen Mikroplastik in Kosmetikprodukten:

- Polyethylen (PE)
- Polypropylen (PP)
- Polyethylenterephthalat (PET)
- Nylon-12
- Nylon-6
- Polyurethan (PUR)
- Acrylates Copolymer (AC)
- Acrylates Crosspolymer (ACS)
- Polyacrylat (PA)
- Polymethylmethacrylat (PMMA)
- Polystyren (PS)

ist die App CodeCheck, die in einer Basisversion kostenlos ist. Verbraucher können die App auf ihre Bedürfnisse einstellen, denn damit lässt sich nicht nur Mikroplastik identifizieren, sondern auch andere Inhaltsstoffe wie allergieauslösende Stoffe, Palmöl oder tierische Bestandteile. Ein Scan des Strichcodes beim Einkauf ersetzt das mühsame Entziffern der Inhaltsliste und verrät im Klartext, was sich hinter den Bezeichnungen der Inhaltsstoffe verbirgt.

Aber was tun, wenn keine mikroplastikfreie Alternative oder plastikfreie Verpackung verfügbar ist? Die App ReplacePlastic setzt dort an, wo Verbraucher mit ihrem Kaufverhalten keinen Druck auf die Industrie ausüben können. Der Scan des Strichcodes öffnet automatisch im Emailprogramm eine vorbereitete Mail an den Hersteller, in der Verbraucher das Unternehmen auffordern, eine plastikfreie Alternative anzubieten. Verbraucher können diese Email nach Bedarf anpassen und an den Hersteller versenden – zugegeben, damit allein ändert sich noch nichts. Aber es kann dazu beitragen, sich weniger ohnmächtig zu fühlen und wenigstens ein Zeichen zu setzen. Und vielleicht findet sich bis zum nächsten Einkauf doch eine plastikfreie Alternative.

Unverpackt-Läden

Für eine größer werdende Anzahl an Drogerieartikeln ist es inzwischen möglich, sowohl auf Plastik im Inhalt als auch bei der Verpackung zu verzichten. Die größte Auswahl solcher Produkte gibt es in Unverpackt-Läden – Geschäften, die Lebensmittel und Drogerieartikel ausschließlich ohne Verpackung verkaufen. Kunden bringen eigene Behälter für Nudeln, Käse oder Shampoo selbst mit. So lässt sich Plastik beim Einkauf fast vollständig vermeiden. Das Problem: nicht alle Kunden sind dazu bereit, den Einkauf derart vorzubereiten, dass für jedes gewünschte Produkt auch der passende Behälter vorhanden ist. Außerdem ist zwar die Anzahl der Unverpackt-Läden in den letzten Jahren gestiegen, aber längst nicht in jeder Stadt gibt es sie.

Seifenstück statt Seifenspender

Als Alternative sind in vielen Drogeriemärkten zumindest einige plastikfreie Produkte erhältlich. So erlebt die gute alte Seife am Stück im Moment ein Revival. Sie hat gleich zwei Vorteile: ein Plastikseifenspender wird nicht benötigt und auch nicht der Plastikbeutel für Flüssigseife. Seifenstücke werden meist in Karton- oder Papierverpackungen angeboten – wer auf Plastik verzichten will, lässt Seifen in Plastikverpackung besser liegen.

Beim Vergleich der CO_2-Bilanz von Flüssigseife mit Seife am Stück schneidet letztere besser ab. Flüssigseife enthält Wasser, das Volumen und Gewicht erhöht und so den Treibstoffverbrauch beim Transport steigert. Zudem ist ein Stück Seife viel ergiebiger als Flüssigseife, auch weil bei jedem Händewaschen mehr Seife aus dem Seifenspender gelangt als benötigt wird. Letztlich ist Stückseife damit deutlich günstiger für den Verbraucher.

Nicht nur bei Seife kann ein festes Stück die flüssige Variante in der Plastikflasche ersetzen. Duschbad und Shampoos gibt es ebenfalls in fester Form im Drogeriemarkt. Zum Teil als Haarseife, zum Teil als festes Shampoo bezeichnet sind sie auch in den bekannten Drogeriemarktketten zu finden. Die Auswahl an festen Produkten für die Körperpflege steigt, sodass für verschiedene Ansprüche ein geeignetes Produkt vorhanden sein sollte.

Flüssigseife erzeugt Plastikmüll, Nachfüllpackungen können den Rest-Wertstoffmüll reduzieren. Im Hotel- und Gaststättengewerbe und auf öffentlichen Toiletten ist Flüssigseife eine hygienisch bessere Alternative. Das gute alte Stück Seife sollte zuhause aber nicht fehlen.

Kosmetik selbstgemacht

Wem das noch nicht genug ist, dem seien weitere Tipps für selbstgemachte Kosmetik aus natürlichen Zutaten empfohlen. Auf der Website www.utopia.de/kosmetik gibt es Anleitungen für selbstgemachte Haarspülungen, Handcreme oder Gesichtsmasken. Viele dieser Anleitungen sind im Buch „Fünf Hausmittel ersetzen eine Drogerie“ zusammengefasst, erschienen im Smarticular-Verlag.

Tipps für Reinigungsmittel

Das Buch gibt weitere Tipps für Reinigungsmittel für Küche, Bad und Haushalt auf der Basis von Natron, Soda, Essig, Zitronensäure und Kernseife, die viel umweltschonender und zugleich ebenso wirksam sind wie gekaufte Produkte für alle möglichen Anwendungen, von Badewannenreiniger, Kaffeemaschinenentkalker oder Teppichwäsche bis zum Fleckenentferner.

Buchtipp

Fünf Hausmittel ersetzen eine Drogerie – einfach mal selber machen! Smarticular-Verlag, 192 Seiten, ISBN: 978-3-946658-00-9

Anneliese Bunk & Nadine Schubert: Besser leben ohne Plastik, oekom verlag München, 108 Seiten, ISBN 978-3-86581-784-6

Regionalplan Ruhr für den Bereich Hamm:

Industrie- und Wohngebiete belasten wertvolle Lebensräume

Der Regionalplan Ruhr wird zurzeit in einer zweiten Diskussionsrunde von den beteiligten Kommunen des Ruhrgebiets, zu denen auch Hamm gehört, erarbeitet. Die Planungshoheit liegt beim Regionalverband Ruhrgebiet (RVR).

Der Regionalplan legt fest, wie die Stadt Hamm ihre Flächen nutzen kann. Er ist nicht parzellenscharf. Aus diesem Plan kann die Stadt Hamm Flächennutzungspläne und Bebauungspläne entwickeln. Die Ausweisung von Industrie- und Wohngebieten im Regionalplan bildet die Grundlage für die mögliche Bebauung (siehe auch ÖKOLOGISCHE Ausgabe 4 Seite 33).

Weiterer Ausbau des Inlogparcs wurde gestoppt

Als großer Erfolg konnte aus Sicht des Umweltschutzes die Entscheidung des Hammer Rates in der Dezembersitzung 2020 gewertet werden, den 48 Hektar großen zweiten Bauabschnitt des Inlogparcs (Norderweiterung) nicht mehr durchführen zu wollen. Dazu siehe Bericht auf Seite 12/13 dieser Ausgabe. Die Fläche wird aus dem Regionalplan heraus genommen.

Industriegebiet Norddinker ebenfalls gelöscht

Ebenfalls wurde in dieser Sitzung formal die Löschung des etwa 50 Hektar großen Industriegebiets in Norddinker beschlossen. Dies ist von der Stadt Hamm aber bereits vor einigen Monaten nach großem Gegenwind der Bevölkerung entschieden worden. Der RVR hatte dazu verlauten lassen, dass er der Argumentation der Stadt Hamm, die über 50 Hektar nicht zu bebauen, sondern als Vorhalte- und Austauschfläche für Industriegebietsausweisungen an anderer Stelle bereitzuhalten, nicht folgen würde. Aussage des RVR dazu: Karteileichen sind nicht gewünscht! Auch dazu stehen grundlegende Informationen in der Ausgabe 4 der ÖKOLOGISCHEN.

Ausbau des Rangierbahnhofs

Ein Teil des Rangierbahnhofs Hamm ist weiterhin im Regionalplan als zukünftige Fläche für eine industrielle Nutzung ausgewiesen. Hier soll nach neuesten Überlegungen ein Umschlagplatz entstehen, um Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen und auch den internen Schienenverkehr zu optimieren. Das ist eine Planung, die aus Sicht des Umweltschutzes sinnvoll ist.

Allerdings: Damit dieses Ziel erreicht werden kann, wird die B 63n geplant, und das bereits seit den 1960er Jahren. Sie steht im Bundesverkehrswegeplan nicht an vorderer Stelle, die Realisierung ist fraglich. Siehe auch Bericht auf Seite 14/15 dieser Ausgabe.

Aus Sicht des Umweltschutzes kann dem Umbau des Rangierbahnhofs nur zugestimmt werden, wenn die B 63n nicht weiter geplant wird! Mit dieser Straße wird nicht Verkehr reduziert und CO_2 vermieden, sondern das genaue Gegenteil erreicht.

Östlich des Rangierbahnhofs schließt sich ein „bereits bauplanerisch gesichertes“ Gebiet im Regionalplan an. Diese Fläche wird landwirtschaftlich extensiv bewirtschaftet, sie ist feucht, teils Ödland mit Restfundamenten eines Gewerbebetriebs, weist Bombentrichter und Gehölze auf. In strengen Wintern überwintert dort ein Silberreiher, der in den Feuchtflächen offensichtlich ausreichend Nahrung findet.

Aus ökologischer Sicht wäre es angebracht, diese Fläche trotz der bereits stattgefundenen bauplanerischen Sicherung zu streichen.

Bereiche für die Windenergie

Der Regionalplan weist auch Bereiche für den Ausbau der Windkraft an der BAB 2 zwischen Pelkum und Rhynern, in Heessen und in Bockum-Hövel auf. Im B-Plan wird die Feinplanung behandelt.

Bereiche für Wohnen

Insgesamt acht neue Siedlungsbereiche finden sich im aufzustellenden Regionalplan wieder.

Eine dieser Flächen an der Ahse ist völlig ungeeignet. Sie sollte ersatzlos gestrichen werden, weil es sich um ein Überschwemmungsgebiet der Ahse handelt. Es ist davon auszugehen, dass Eisvogel und Uferschwalbe an diesem Gewässerabschnitt leben können. Der Kiebitz unternimmt Brutversuche auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Limikolen nutzen die direkt angrenzende Ahse zur Zugzeit. Für diese Fläche wäre eine ökologische Optimierung geboten und keine Bebauung im Überschwemmungsgebiet.

Hamm weist sieben weitere teils sehr große Siedlungsbereiche auf; aufgrund dessen sollte es möglich sein, diese ökologisch wertvolle Fläche aus dem Regionalplan heraus zu nehmen. Die Fläche liegt am Caldenhofer Weg Ecke Hohefeldweg südlich der Ahse.

Standort Caldenhofer Weg, links die Museumseisenbahn, hinter der Strauch- und Baumreihe rechts liegt der Hohefeldweg, im Norden die Ahse.

**Ein seltenes Bild in diesem Winter:
Winterlandschaft im südlichen Hamm**

„Inlogparc Nord“ endgültig gestorben

Eine erfreuliche Nachricht konnte der Rat der Stadt Hamm im Dezember 2020 den Bürgern in Pelkum vermitteln. Mehrheitlich wurde der Beschluss gefasst, den 2. Bauabschnitt (Nord) des Inlogparcs in Weetfeld nicht zu verfolgen. Unterstützt wurde dieser Entscheid von der Regierungskoalition SPD, FDP und Bündnis 90/Die GRÜNEN und den Oppositionsparteien Die Linke und Pro Hamm. CDU und AfD wollten die geplante Norderweiterung nicht fallen lassen.

Besonders die „Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e.V.“ (BG) hatte sich seit ihrer Gründung im Jahr 2000 vehement gegen diese Planung ausgesprochen. Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt e.V. (LNU)* hatte sie in ihren Stellungnahmen zu den einzelnen Verfahrensabläufen des Bebauungsplans ablehnende Gründe vorgelegt, die von der Ratsmehrheit in den 20 Jahren der Planung nicht gehört worden waren. Die Proteste der BG und einzelner Bürger gegen die unhaltbaren verkehrlichen Belastungen und die Betonierung landwirtschaftlicher Flächen haben mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu beigetragen, dass es in der SPD und der FDP zu einem Umdenken gekommen ist. Die GRÜNEN waren von Anfang an gegen die Planung der beiden Bauabschnitte Süd und Nord. Auch Die Linke und Pro Hamm haben gegen den Nordausbau protestiert. Dadurch wird deutlich, dass Bürgerproteste schon sinnvoll sein können! Allein die CDU hält auch heute noch an dieser Planung fest, ebenso die AfD.

„Es reicht! Genug ist genug!“ ist der Tenor der Anwohner der Wiescherhöfener Straße, Weetfelder Straße und Provinzialstraße, die die Auswirkungen des 1. Bauabschnitts des Inlogparcs ertragen müssen. Die Verkehre durch Sprinter und LKWs bis 40 Tonnen vom und ins Industriegebiet haben spätestens seit der Ansiedlung des Paketdienstleisters DPD nicht mehr hinnehmbare Ausmaße erreicht. Die Straßen sind von Breite und Beschaffenheit nicht dafür ausgelegt, diese Verkehre aufzunehmen; Kosten der Straßensanierungen werden, sollten sie nötig sein, aber auf die Anlieger umgelegt. Verkehrslärm und Abgase werden in die Wohngebiete getragen, rücksichtsloses Fahrerverhalten trägt zu der ablehnenden Haltung der Anwohnern in den engen Wohnstraßen bei.

Die Führer der Fahrzeuge nehmen für sich Rechte in Anspruch, die ihnen nicht zustehen. Die Verkehrsregelung ist eindeutig: LKWs über 3,5 Tonnen dürfen die Straßen nicht benutzen, Übertretungen gibt es ständig. Zudem wird die im Bebauungsplan festgesetzte Regelung der Lieferverkehre, die von der Autobahn kommend nur über Bönen erfolgen darf, permanent missachtet und durch die Ordnungsbehörden nur selten verfolgt.

Den Bürgern sollte die Planung dadurch schmackhaft gemacht werden, dass die B 63n gebaut werden würde. Es ist eine Binsenweisheit: neue Straßen bringen neue Verkehre mit sich und tragen nicht zur Gesamtlösung bei. Neue Straßen verbessern aber die Möglichkeiten des uneingeschränkten Fahrens, sie unterlaufen die Bemühungen zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes, forcieren dagegen die Erderwärmung und fördern somit den Klimawandel. Die Lösung der Verkehrsprobleme können nicht mit dem Bau neuer Straßen erreicht werden!

Unter Berücksichtigung des Klimaschutzes und der von der Bundesregierung angestrebten Reduzierung des Flächenverbrauchs war der Planungsstopp die richtige Maßnahme!

Die BG Weetfeld hat einen Teilerfolg erreicht. Mit 45,8 Hektar Fläche wäre der 2. Bauabschnitt doppelt so groß geworden als der bereits erfolgte 1. Bauabschnitt! Die Flächen, die dafür benötigt worden wären, weisen eine Bodenwertigkeit von 85 Punkten auf. Sie werden im Umweltbericht als „schützenswert“ eingestuft und liegen über dem Durchschnittswert anderer Ackerböden. Hier wären wertvolle Böden vernichtet worden.

Mit der Verwirklichung des 1. Bauabschnitts hat die Stadt Hamm bisher so viel erreicht, dass es jetzt auch genug sein musste. Der Beigeordnete des Regionalverbands Ruhr (RVR), Martin Tönnes, hatte auf der Bürgerversammlung im Januar 2019 im Rathaus noch deutlich gesagt hat: **„Der Inlogparc ist nach heutiger Vorstellung von der Planung eines Gewerbegebiets nicht mehr genehmigungsfähig, niemand würde heutzutage ein solches Gebiet an einem solchen Ort auf der grünen Wiese planen!“** Niemand der anwesenden Fachleute des Hammer Planungsamtes hatte ihm dazu widersprochen!

Mangelhafte Beschilderung für LKW vom Inlogparc Richtung Wiescherhöfen

Auf den Wohnstraßen in Wiescherhöfen, Weetfeld und Selmigerheide

Alltäglich in Weetfeld: Schwere LKW wälzen sich tagtäglich durch schmale Anwohnerstraßen.

macht sich der zunehmende Lieferverkehr stark bemerkbar. Die schweren 40-Tonner, die die vorgesehene LKW-Route nicht gefunden haben, und die schnellen Sprinter machen den Anwohnern das Leben schwer. Eigentlich ist im Bebauungsplan zum Inlogparc alles geregelt: Alle An- und Abfahrten haben über die Bönener Seite zu erfolgen, um die dicht besiedelten Wohnbereiche in Pelkum zu schützen. Das klappt aber nicht!

Die Realität sieht anders aus: Durchfahrtverbote für LKW über 3,5 Tonnen Gesamtgewicht werden zu oft missachtet, die schweren LKWs sorgen für unruhige Nächte. Manchmal klirrt selbst das Geschirr in den Schränken. Die Auswirkungen des Fahrzeugverkehrs, die die Bürger zu ertragen haben, sind heftig. Ab vier Uhr in der Früh geht es los, wenn die Mitarbeiter der Betriebe zu ihren Arbeitsplätzen kommen wollen. Dann fahren auch erste LKWs an, die die Straßenbeschilderungen übersehen haben oder geflissentlich übersehen wollten; vielleicht werden sie aber auch von nicht aktuellen Navigationsgeräten in die Irre geleitet.

Aktuelle Parkregelung hilft auch den 40-Tonnern

Nicht selten steht der Fahrer eines 40-Tonners hilflos neben seinem Truck, zeigt den Anwohnern eine Adresse aus dem Inlogparc und weiß nicht, wie er weiter fahren soll. Selten klappt die Verständigung, denn von den Weetfeldern versteht kaum jemand die Sprache der Litauer und Rumänen, die hier im Speditionsauftrag unterwegs sind.

Parkende Anwohnerfahrzeuge stehen an der Weetfelder Straße links und rechts am Straßenrand, so wie die Stadt Hamm die Parkzonen eingerichtet hat. Und dies eigentlich nur deshalb, weil die großen landwirtschaftlichen Fahrzeuge, wie Mähdrescher und Erntefahrzeuge, nicht durchkamen, denn nicht immer waren die Lücken zwischen den geparkten PKWs groß genug. Dass die Stadt Hamm mit der neuen Parkregelung nicht nur den Landwirten entgegen kam, sondern auch den LKWs der Logistiker, liegt auf der Hand.

Es ist auch nachvollziehbar, dass Polizei und Ordnungsamt nicht ständig kontrollieren können, ob die Durchfahrtverbote eingehalten werden. Und dann stellt sich den Anwohnern noch die Frage, wie der Straßenbelag die 40-Tonnen-Fahrzeuge verkraften wird und wer die Fahrbahndecke bezahlt, wenn sie kaputt gefahren ist. Werden die Kosten auf die Straßenbaubeiträge abgewälzt, die Hausbesitzer zu entrichten haben?

Die Ansiedlung des Paketdienstleisters DPD war das Highlight des Werbeerfolgs der Hammer Wirtschaftsförderung für den Inlogparc. Empfand die Wirtschaftsförderung die den Bürgern angekündigten 800 Sprinterfahrten täglich als zumutbar? Obwohl die Kapazitäten von DPD noch nicht zu 100 Prozent ausgelastet sind, ist bereits jetzt von einer Erweiterung der DPD-Ansiedlung zu hören; die Weetfelder haben es mit Schrecken zur Kenntnis genommen!

Der kürzeste Weg vom Inlogparc Richtung Hamm ist der über die Weetfelder und die Provinzialstraße. Zu viele Fahrer halten sich nicht an die Vorgabe der Zu- und Abfahrten über die südliche Seite, über Bönen und Rhynern (Unnaer Straße). Dort sind die Straßen entsprechend ausgebaut, dort werden keine Anwohnergebiete durchfahren. Wie zu hören ist, befürwortete die Hammer Stadtspitze bisher die Durchfahrt der Sprinter über die Weetfelder Anwohnerstraßen.

* In der LNU gibt es auch Einzelmitglieder, aber grundsätzlich sind dort Vereine Mitglied. Zurzeit sind es über 100 Vereine. Die LNU ist der größte gesetzlich anerkannte Naturschutzverband in NRW.

Das interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet zwischen Hamm und Bönen gliedert sich in zwei Bereiche: Auf der Seite in Unna-Bönen wird es „Am Mersch“ genannt, in Hamm-Pelkum spricht man vom „Inlogparc“. Der ältere Teil des Gewerbegebiets ist der Bönener Bereich. Dort konnte die Gemeinde Bönen zunächst hohe Einnahmen durch die Gewerbesteuer erzielen. Das hat allerdings in den letzten Jahren erheblich nachgelassen, da nicht mehr alle Gewerbesteuereinnahmen nach Bönen fließen. In Hamm wurden bereits frühzeitig Begehrlichkeiten geweckt, und der Wunsch nach einer ebensolchen Einnahmequelle konnte mit dem Ratsbeschluss zum Bebauungsplan in die Wege geleitet werden.
Die letzten großen Lücken im bestehenden Inlogparc Süd wurden mit der Ansiedlung des Logistikentwicklers Prologis und dem Bau des Verteilzentrums des Paketzustellers DPD geschlossen. Die großen LKWs, die hier anliefern, kommen von der Autobahnanschlussstelle Hamm/Bönen an der A 2 und verlassen das Gebiet auch wieder Richtung Süden. Bei DPD sieht es anders aus. Ein Teil der angelieferten Pakete wird auf Sprinterfahrzeuge verteilt, die auch den Weg nach Norden durch Weetfeld Richtung Hammer Innenstadt nehmen. Von 800 Sprinterfahrten pro Tag ist die Rede, wenn das Paketzentrum auf Volllast läuft. Ein weiterer Teil der Pakete wird mit LKWs weiter transportiert.

Der Ausbau des Straßennetzes in Hamm: A 445, B 63n, L 667

Das Straßennetz im südlichen Bereich der Stadt Hamm wird sich verändern, wenn alle Planungen umgesetzt werden, die von der Stadt Hamm vorgesehen werden. Neben Pelkum ist besonders der Stadtbezirk Rhynern betroffen, aber auch die Stadtmitte und Heessen. Parallel zur bestehenden B 63, der Werler Straße, soll die Autobahn A 445 von Hilbeck bis zur Autobahn A 2 verlängert werden; dort soll westlich der Anschlussstelle Hamm-Rhynern ein Autobahndreieck entstehen.

Auch die Unnaer Straße, die L 667, wird verlegt. Auf Höhe der Ortschaft Freiske soll sie künftig nach Süden abknicken, nicht mehr die Autobahn A 2 unterqueren, sondern direkt auf das Gewerbegebiet Rhynern zugeführt werden. Die verlängerte A 445 bekommt hier eine Auf- und Abfahrt an der Unnaer Straße. Die Abb. 1 verdeutlich den neuen Verkehrsknotenpunkt.

Eine Monsterstraße: Die B 63n

Seit Jahren plant die Stadt Hamm die B 63n, die von Pelkum kommend über die Innenstadt bis nach Heessen geführt werden soll. Diese Monsterstraße soll die Verkehre von der Autobahn A 2, Anschlussstelle Bönen/Hamm, quer durch die Stadt bis zur Heessener Straße führen. Um das Projekt zu realisieren, hat die Stadt Hamm zusätzliche Straßenplaner eingestellt.

Aus eigenen Mitteln wird die Stadt Hamm den Bau der B 63n nicht finanzieren können. Fließen von Land und Bund keine Fördergelder, wird die Straße nicht kommen, soviel ist sicher. Land NRW und Bund sehen die Straße auch nicht als vorrangig an, denn sonst wäre sie schon längst mit einer Förderung bedacht worden. Die Lobbyarbeit der heimischen Politiker im Bundestag und im Landtag haben selbst dieses Ziel bisher nicht erreichen können.

Zusätzlicher Lärm und weitere Belastungen

Wenn sie denn wirklich einmal gebaut wird, ist es vorbei mit der Restruhe, die derzeit noch vorhanden ist, für die Pelkumer Bürger. Nicht nur die Anwohner in Rhynern hören den Autobahnlärm der A 2, bei entsprechender Wetterlage ist er selbst in Pelkum wahrnehmbar, je nachdem wie der Wind steht, so als läge die Autobahn direkt am Pelkumer Ortsrand. Ist die B 63n aber da, dann wird der Verkehrslärm von beiden Seiten auf die Pelkumer einwirken: von Süden die Autobahn, von Nordwesten die B 63n (Abb. 2).

Diese Straße soll eine Durchgangsstraße darstellen mit wenigen Zufahrtmöglichkeiten ins innerstädtische Straßennetz. Schließlich soll hier der Schwerlastverkehr von der A 2 schnell und zügig durch die Stadt Richtung Norden bis zur B 61 (Heessener Straße) geleitet werden.

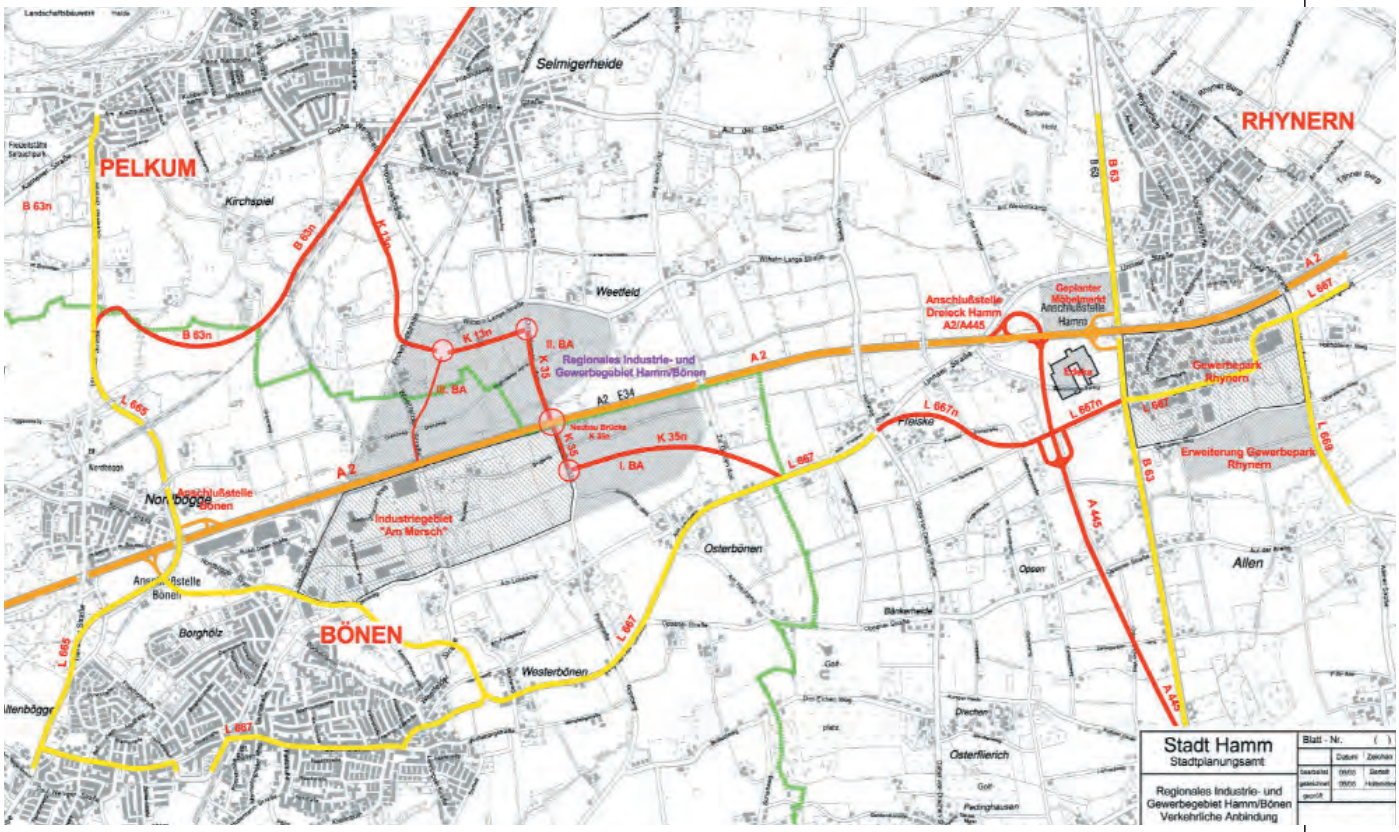


Abb. 1: Die Grafik verdeutlicht die Verkehrsplanungen im südlichen Hamm. Die A 445 wird von Hilbeck aus verlängert, sie verläuft östlich der B 63 (Werler Straße) und erhält einen Anschluss an die A 2. Die Unnaer Straße (L 667) erhält einen neuen Verlauf und schwenkt durch freie Landschaft direkt auf das Gewerbegebiet Rhynern zu (Oberster Kamp).

Kein Norderweiterung des Inlogparcs – keine B 63n

Der zweite Bauabschnitt des Inlogparcs ist seit dem Beschluss des Rates der Stadt Hamm vom 15.12.2020 vom Tisch. Der nördliche Weiterbau des Inlogparcs war aber einer der Gründe für den Straßenbau. Da das nun nicht mehr gegeben ist, ist der neuerdings geplante Ausbau von Teilen des Rangierbahnhofs zu einem Güterumschlagplatz die Forderung zum Straßenbau.

Güterverteilzentrum auf dem Rangierbahnhof

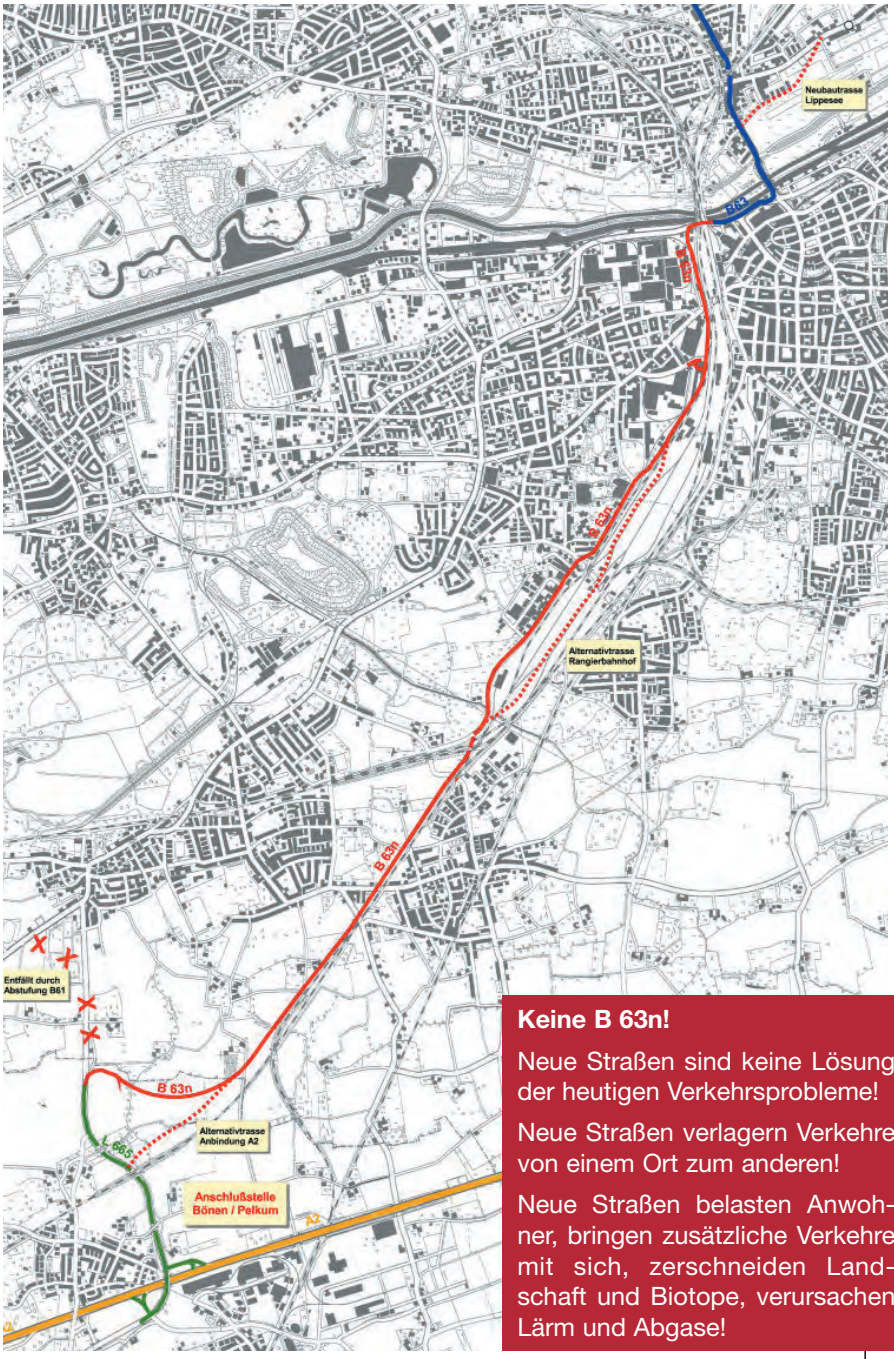
Einige Gleise des ehemals größten Verschiebebahnhofs Europas in Hamm werden von der Bahn seit vielen Jahren nicht mehr genutzt, sie liegen brach. Die Stadt Hamm liebäugelte selbst 2018 noch damit, die B 63n über diese Bereiche des Verschiebebahnhofs zu führen.

Aber 2020 ist eine andere Nutzung ins Gespräch gekommen: Die Deutsche Bahn plant aktuell ein großes Güterverteilzentrum, einen Container-Umschlagplatz, eine Millioneninvestition. Die Güter, die hier von Zügen auf LKWs umgeladen werden sollen, werden die Zahl der schweren LKWs drastisch nach oben treiben, die durch die Hammer Innenstadt fahren würden. Und natürlich geht es um Arbeitsplätze, die hier neu entstehen sollen.

Nun liegt der Verschiebebahnhof in der von Wohnbebauung umgebenen Innenstadt. Das ist der Knackpunkt. Die Frage, wie hoch die Belastungen der Anwohner durch diese Straße sein werden, wie erträglich sie sein könnten, was zumutbar ist, wird im Rahmen der Planungen zu erörtern sein. Ein Industriegebiet in der Innenstadt ist nach heutiger Vorstellung nicht vorstellbar und würde an dieser Stelle nicht geplant werden, gäbe es den Standort des Rangierbahnhofs nicht. Ein Industriegebiet mitten im Stadtkern – ist das die richtige Entscheidung? Ist es angemessen, dafür eine neue Bundesstraße zu bauen? Gibt es keine anderen Lösungen, um Güter von der Straße auf die Schiene zu verladen?

Neue Straßen – neue Verkehre

Auch der Hafen spielt hier eine Rolle, denn die Güter sollen nicht nur über den Schienenweg, sondern auch über den Kanal transportiert werden. Auch das bedeutet, dass zusätzliche Züge vom Verteilzentrum über die Hafenstraße geführt werden müssen.



Keine B 63n!

Neue Straßen sind keine Lösung der heutigen Verkehrsprobleme!

Neue Straßen verlagern Verkehre von einem Ort zum anderen!

Neue Straßen belasten Anwohner, bringen zusätzliche Verkehre mit sich, zerschneiden Landschaft und Biotope, verursachen Lärm und Abgase!

Abb. 2: Auf der Grafik ist unten die Autobahn A 2 zu sehen. Die grüne Linie zeigt die vorhandene Pelkumer Straße von der Autobahn kommend auf Bönener Gebiet. Rot markiert ist die Trasse der B 63n. Selmigerheide/Weetfeld und Kirchspiel Pelkum würden durch die Schnellstraße zerschnitten. Über die Rathenaustraße wird die B 63n am Rangierbahnhof entlang geführt. Über die Oberonstraße und Banningstraße verläuft die B 63n zwischen den Hallen der WDI und weiterer Gewerbebetriebe sowie dem Bahndamm bis zum Kanal parallel zur Bahnlinie, dann nach Osten schwenkend über die Hafenstraße durch die Innenstadt und am Alleecenter vorbei. Nächstes Hindernis wird der Flugplatz sein, dann geht es entlang am zurzeit im Bau befindlichen „Erlebensraum Lippeaue“ (der eigentlich eine hohe Aufenthaltsqualität haben soll) zur Heessener Straße.

Wie oft wird die Bedarfsampel an der Hafenstraße für die Hafenbahn dann auf Rot springen? Ist das auch zumutbar? Hier besteht noch großer Klärungsbearf, Detailplanungen liegen noch nicht vor. Finanzielle Zusagen des Bundes für den Bau der B 63n (80 Millionen Euro waren mal genannt worden) auch nicht.

Neue Straßen bringen neue Verkehre mit sich. Um die Auswirkungen des seit Jahrzehnten zunehmenden Straßenverkehrs mit all seinen Belastungen in den Griff zu bekommen müssen andere Lösungen her, neue Straßen werden die Situation für die Menschen nicht verbessern.

Die Störer haben ganze Arbeit geleistet

K-Park Süd II, DistributionPark, Hines-Gelände, Bebauungsplan DuPont – die Palette der Bezeichnungen für die Industriegebietsfläche in Hamm-Uentrop nahe des Trianel-Gas- und Dampfkraftwerks ist relativ lang. Hier wird gebaut, und zwar durch den Investor „IPD Germany Hamm S.a.r.l.“, der seinen Sitz an der John-F.-Kennedy-Avenue in Luxemburg hat. Zur Seite steht dem Bauherrn das Planungsbüro für Landschafts- und Tierökologie Wolf Lederer, Geseke. Das Logistik-Unternehmen „Hines Interests Limited Partnership“ hat den Kaufvertrag des 71.000 qm großen Geländes Anfang 2019 unterzeichnet und will **„die Baumasse behutsam in die Umgebung einfügen“**. Hines ist ein international tätiges Logistik-Unternehmen, das Hauptquartier ist der Williams-Tower in Houston. In Deutschland gibt es mehrere Ableger.

In gängigen Internet-Suchhilfen mit dem Stichwort „Hines Logistics“ landet man u. a. auf dem Polis-Magazin, einer Architekten-Zeitschrift, in der der Architekten-Entwurf dargestellt wird. Hier kann sich jeder ein Bild davon machen, wie „behutsam“ sich der Betonklotz in die Landschaft einfügen wird: https://polis-magazin.com/2020/05/hines-entwickelt-logistikzentrum-in-hamm/.

Mit Photovoltaik und Dachbegrünung kann man den klotzigen Baukörper nicht ökologisch ausgleichen; es ist unbekannt, ob solche Maßnahmen vorgesehen sind. Ebenso ist die Frage interessant, welche Kommune die Nutznießerin von etwaiger Gewerbesteuer würde, sofern findige Finanzakteure hier nicht Möglichkeiten der Vermeidung finden.

Bebauungsplan von 1965

Worum gehts? 1965 wurde der Bebauungsplan 02.058 beschlossen; das Unternehmen DuPont hatte ein großes Gelände erworben und ein großes Werk für die Produktion von Kunststoffen errichtet. Viele Arbeitsplätze wurden damals geschaffen.

Keine Umweltgesetzgebung

Natur- und Umweltschutz wurde noch nicht so hoch aufgehängt wie heutzutage, Klimaschutz kannte man nicht. Es gab kein Bundesnaturschutzgesetz und auch kein Landschaftsschutzgesetz. Auf der erworbenen Fläche standen Bäume, vielleicht auch ein Wald. Als Ersatz wurden irgendwo in Unna (Standort unbekannt) Bäume gepflanzt. Uentrop war bis zur kommunalen Neuordnung 1974 noch eine Gemeinde des Kreises Unna.

Verkehrte Welt: Heute ist das Betreten des Hines-Geländes verboten. Vor einigen Monaten war es ausdrücklich erlaubt und gewünscht, damit die dort brütenden Vogelarten vertrieben werden konnten.

DuPont stellte danach fest, dass doch nicht so viel Fläche benötigt wurde. Es war also Platz vorhanden für die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe. Das Trianel-Kraftwerk wurde angrenzend gebaut, weitere Unternehmen siedelten sich an.

Etwas 30 schützenswerte Vogelarten

Auf dem brach liegenden Gelände hatten sich **seit Jahrzehnten bis zu 30 Vogelarten** angesiedelt, die teils als „streng geschützt“ gelten, es geht um Kiebitz, Flussregenpfeifer, Feldlerche, Schafstelze und andere Arten. Sie haben jetzt ihren Lebensraum verloren. Der Investor muss dafür eigentlich Ersatz schaffen. Entweder erwirbt er eine geeignete Fläche in der Nähe und stellt sie den Arten zur Verfügung, oder er zahlt einen Geldbetrag, den die Stadt Hamm zielgerichtet für andere Artenschutzmaßnahmen einsetzen kann.

Dazu muss der Artenbestand ermittelt werden, was durch eine artenschutzrechtliche Prüfung geschehen kann. Die Untersuchung hat das Landschaftsbüro aus Geseke übernommen. **Und jetzt kommen wir zu einer Entwicklung, die so bisher in Hamm nicht stattgefunden hat.**

Landwirtschaftliche Unsinns-Nutzung

Als klar wurde, dass ein Logistiker dort eine Lagerhalle mit Stellplätzen für LKWs errichten wollte, **wurde die Fläche „bearbeitet“, also „landwirtschaftlich genutzt“.** Diese „Nutzung“ sah so aus, dass dort seit Herbst 2018 **wöchentlich gemäht wurde, das Mähgut wurde als Mulch liegen gelassen.** Eine wirkliche landwirtschaftliche Nutzung blieb also aus, es wurde nicht geerntet. Diese unsinnige Tätigkeit, die nur Unruhe verbreitete, hatte allein das Ziel, Vögel zu vertreiben.

Gezielte Vertreibung

Aber nicht nur das: Täglich wurde seit dem Frühjahr 2019 die Fläche **über Monate von Personen begangen, um sicher zu gehen, dass sich dort keine geschützte Vogelart zum Brüten niederlässt;** sie wurden dadurch verjagt. „Vergrämungsmaßnahmen“ nennt man solche Störaktionen, die hier zu einem zweifelhaften Erfolg geführt haben.

Keine Arten, keine Ausgleichszahlung

Die artenschutzrechtliche Prüfung hat ein Ergebnis zu Tage gebracht,

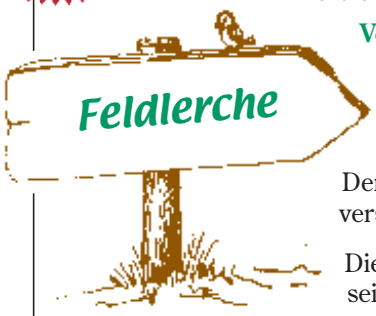
weiter auf Seite 18

Nach Redaktionsschluss erreichte uns diese Nachricht

Die juristische Einschätzung der artenschutzrechtlichen Prüfung auf dem Hines-Gelände im Kunststoff-Park Süd II

hat ein erstaunliches Ergebnis gebracht:

Es ist gesetzeskonform, die hier seit 1965 lebenden Arten durch Vergrämung zuerst zu vertreiben und dann den Artenbestand zu untersuchen.



Voraussetzung:

Wenn vor Beginn der Vergrämungsmaßnahme für die vertriebenen Vogelarten eine Ausgleichs- und Ersatzfläche (sog. CEF-Maßnahme*) ausgewiesen worden ist, dann ist die Vergrämung rechtlich gesehen in Ordnung!

Der Erhaltungszustand der lokalen Population darf sich durch die Vergrämung nicht verschlechtern.

Die Ersatzfläche muss in Größe und Ausgestaltung so beschaffen sein, dass sie der verloren gegangenen Fläche entspricht. Sie muss vor Beginn der Vergrämung zur Verfügung stehen.

Die landwirtschaftliche Nutzung, wie sie auf dem Hines-Gelände im Herbst 2018 durchgeführt worden ist, ist keine landwirtschaftliche Nutzung im Sinne des Gesetzes, da sie keinen Ertrag gebracht hat. Insofern ist sie keine rechtmäßige Vergrämungsmaßnahme.

Die Tiere (z. B. Kiebitze, Flussregenpfeifer) dürfen sich bei Beginn der Vergrämung nicht auf der Fläche niedergelassen haben.

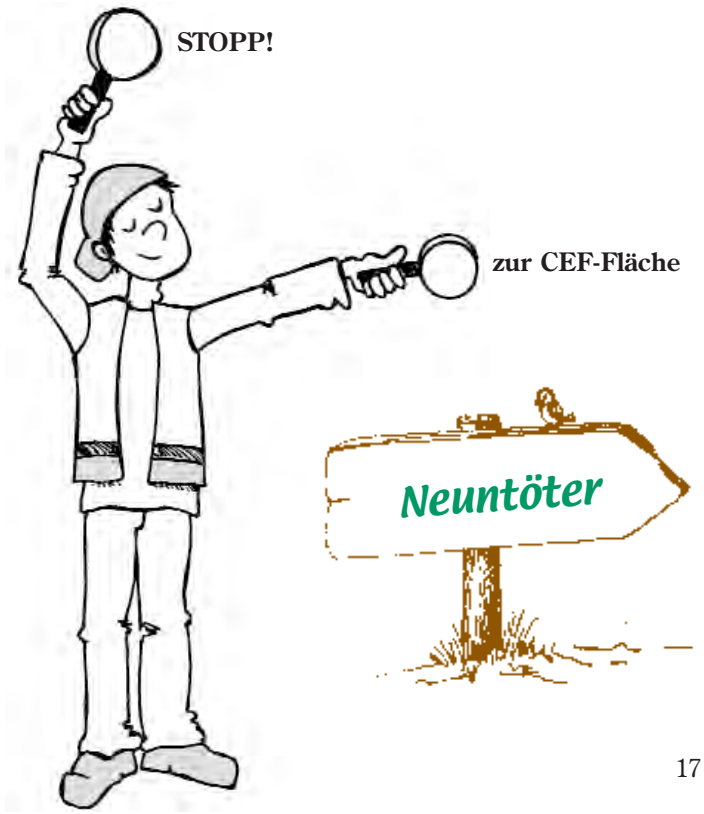
Festgestellt wurde durch ehrenamtliche Naturschützer:

Auf der Fläche befanden sich Kiebitzpaare, die durch die Vergrämungsmaßnahmen von ihren Brutplätzen vertrieben worden sind!

Über Zustand und Lage der CEF-Fläche* lagen zum Druckbeginns dieser Zeitschrift noch keine Angaben vor. Ebenso nicht über den Zeitpunkt, an dem die Fläche den Arten zur Verfügung stand.

Die Landesgemeinschaft für Naturschutz und Umwelt hat durch ihren Hammer Bevollmächtigten mehrere Anfragen an das Bauordnungsamt und das Umweltamt gestellt, die nur schleppend beantwortet werden. Die Antworten wurden dadurch in die Länge gezogen, dass sich beide Behörden gegenseitig die Zuständigkeiten zugeschoben hatten. Allein die Beantwortung der Frage nach dem Artenvorkommen hat 45 Tage gedauert, weil die Behörden prüfen wollten, ob Betriebsgeheimnisse des Investors (!) verletzt werden würden!

Der Hinweis auf Art, Größe und Zeitpunkt der CEF-Maßnahmen* muss von den Behörden noch erbracht werden. Die LNU hat sich bei ihren Fragestellungen auf die Aarhus-Konvention** und das Umweltinformationsgesetz*** bezogen; der Bürger muss aufgrund dieser Gesetzesvorgaben informiert werden!



* CEF-Maßnahmen sind Artenschutzmaßnahmen, die **vor Beginn einer Bebauung** durchgeführt werden müssen. Den wild lebenden Tierarten, die ihren Lebensraum verlieren, muss dadurch ein entsprechender Ersatzlebensraum **rechtzeitig** zur Verfügung gestellt werden.

** Aarhus-Konvention: 38 Staaten unterzeichneten in der dänischen Stadt Aarhus 1998 einen völkerrechtlichen Umweltvertrag, um den Zugang zu Umweltinformationen sowie die Beteiligung der Bürger an Verfahren zu sichern.

*** Umweltinformationsgesetz: Hierdurch wird die Umsetzung in die deutsche Gesetzgebung vollzogen. Jeder Bürger kann eine gerichtliche Überprüfung seiner Anfrage, wenn sie nicht ausreichend beantwortet worden ist, veranlassen. Das ist nicht jeder Behörde bekannt.

das nicht mehr überrascht: **Es gab zum Zeitpunkt der Untersuchung keine streng geschützte Vogelart** mit Ausnahme des Kiebitzes mehr. Der Bebauung steht also rein rechtlich nichts mehr im Wege, wenn für den Kiebitz Ersatz geschaffen wird; mehr noch, es müssen für alle anderen Arten **keine Ersatzlebensräume zur Verfügung gestellt und keine Ausgleichszahlung geleistet werden.**

Die hier verjagten Arten sind bundesweit so weit dezimiert, dass die Sorge um ihr Überleben berechtigt ist. Es sollte alles getan werden, um ihnen weitere Lebensraumverluste zu ersparen, denn das ist der Grund des Rückgangs des Artenbestands.

Nur noch Meisen und Amseln

An sieben Tagen in 2019 haben die Gutachter Begehungen durchgeführt und **nur noch Allerweltsarten, wie Amsel, Meisen und Finken, angetroffen,** die größtenteils in den Sträuchern am Rand der Fläche brüteten. Bodenbrütende Arten auf Wiesenflächen, wie Flussregenpfeifer und Feldlerche, waren nicht mehr darunter. Die Störer hatten ganze Arbeit geleistet, die Umweltbehörden Hamms haben zugesehen! Für diese ökologisch wertvolle Fläche wäre es wünschenswert gewesen, wenn etwas unternommen worden wäre, um den Artenbestand zu unterstützen. Hier ist das Gegenteil passiert!

Fadenschinige Argumente

Die Tiere erst zu vertreiben, dann einen Gutachter zur Kartierung durchzuschicken, um sagen zu können, dass die Fläche artenarm wäre, ist ein unglaublicher Vorgang. Ebenso fadenscheinig und kaum vorstellbar ist es, von einer aktuellen landwirtschaftlichen Nutzung zu sprechen, die defacto nicht stattfand.

Im Gutachten werden Belastungen aufgezeigt, die bisher aus dem Umfeld auf die Fläche eingewirkt hätten: Fahrzeugverkehr, Rangierbetrieb, Lärm und Beleuchtung hätten einen wertvollen Tierartenbestand nicht zugelassen. Das Vorkommen **seltener Arten am Rande eines bestehenden Industriegebiets wäre aufgrund dessen nicht zu erwarten,** haben die Gutachter ausgesagt. **Auch das ist falsch,** denn der bis 2018 festgestellte Artenbestand sagt etwas anderes aus. Die vogelkundlich versierten ehrenamtlichen Beobachter waren hier öfter als an sieben Tagen unterwegs.

Auch die Goldammer hatte auf dem Hines-Gelände einen Lebensraum gefunden.

Vergrämung gesetzlich gesichert?

Das Vergrämen von Vögeln wäre gesetzlich abgesichert, so hat die untere Naturschutzbehörde bisher argumentiert. Stimmt das wirklich auch für eine solche Verfahrensweise, wie sie hier praktiziert wurde? Das bedarf einer juristischen Klärung.

Vögel dürfen vergrämt werden, wenn sie erheblich stören. Dazu gibt es Gerichtsurteile. Das kann eine Krähenkolonie sein, die im Siedlungsbereich nistet, die Lärm verursacht und Kot verteilt. Gleiches mag für einen Starenschwarm gelten, der im Bereich eines Kindergartens einen Schlafplatz in hohen Bäumen gefunden hat.

Im Erlebensraum Lippeaue östlich der Münsterstraße ist auch vergrämt worden. Dort wurde der Oberboden abgeschoben, denn freie Flächen werden schnell vom Flussregenpfeifer als Brutplatz angenommen. Auch an der Eschenallee auf dem Gelände der früheren Cromwellbaracks wurde vor Beginn der Baumaßnahme vergrämt, denn hier brüteten Kiebitze und Flussregenpfeifer bereits seit mehreren Jahren.

Aber auf dem Hines-Gelände ist vergrämt worden, um die dort lebenden Arten gezielt zu vertreiben, bevor der Gutachter die Fläche in Augenschein nehmen und beurteilen konnte. Ist das rechtlich abgesichert?

207.688,25 Euro für die Nachbarfläche

Es gibt ein Beispiel auf der Hines-Nachbarfläche. Die Recyclingfirma Reiling wollte 2019 eine Fläche erwerben, die seit Jahrzehnten nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wurde. Auch sie lag brach, und geschützte Vogelarten brüteten hier, die man in unserer dicht besiedelten Landschaft kaum mehr findet.

Das Unternehmen Reiling sollte für das Recht, auf der Fläche bauen zu dürfen, 207.688,25 Euro als Ausgleich zahlen. Das war den Managern zu viel, und sie fanden andere Lösungen für die Abläufe ihrer Produktion in einer ihrer Zweigstellen.

Nachdem Reiling die Kaufplanung aufgegeben hatte, wurde das in die Wege geleitete Verfahren, hier Baurecht zu schaffen, weiter geführt. Die Mitglieder des „Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Hamm“ wiesen darauf hin, dass das Verfahrens nunmehr gestoppt werden könnte; die untere Naturschutzbehörde wiegelte ab und führte es zu Ende. Schließlich könnte ja bald ein neuer Investor die Fläche erwerben wollen, und dann läge Baurecht vor und es könnte sofort los gehen. So hat die Naturschutzbehörde argumentiert, nicht das Planungsamt! Dies war dann auch einer der Gründe, warum fünf langjährige Beiratsmitglieder ihre Tätigkeit im Gremium aufgegeben haben.

Eine Frage stellt sich noch, und zwar die Prüfung der Null-Variante: Was ändert sich für die Bürger durch die Ansiedlung dieses Logistik-Unternehmens? Was wird besser für die Menschen im Raum Hamm? Wie nötig und berechtigt war dieser große Eingriff in Natur und Landschaft? Oder ist diese Planung dadurch zu erklären, dass in unserer Gesellschaft nur noch das „höher, schneller, weiter“ gilt?

Der Star *(Sturnus vulgaris)*

In Europa ist der Star flächendeckend verbreitet, er fehlt nur im Inneren großer geschlossener Waldgebiete, in völlig ausgeräumten Agrarlandschaften sowie in Höhenlagen ab etwa 1500 Meter. Auch Städte werden bis in die Zentren besiedelt. Höchste Dichten werden in Bereichen mit höhlenreichen Baumgruppen und benachbartem Grünland zur Nahrungssuche erreicht.

Männchen und Weibchen unterscheiden sich nur unbedeutend. Die Weibchen sind etwas weniger metallisch glänzend gefärbt. Die Basis des Unterschnabels ist bei Männchen im Prachtkleid blaugrau, bei Weibchen weißlich.

Der Gesang ist meist von einer hohen Warte hörbar. Intensiv singende Stare sträuben das Gefieder und flattern mit den gespreizten Flügeln. Der Star ist für sein „Spotten“ berühmt, also für seine Fähigkeit, Tierstimmen und Laute zu imitieren. Der anhaltende, schwätzende Gesang besteht aus einer Vielzahl von ansteigenden oder abfallenden Pfeiftönen, Schnalz-, Zisch- und Rätschlauten sowie Imitationen von Vogel- und anderen Tierstimmen oder technischen Geräuschen. Häufig werden zum Beispiel Rufe von Mäusebussard oder Kiebitz nachgeahmt, aber auch Hundegebell, das Geräusch von Rasenmähern oder neuerdings auch Klingeltöne von Mobiltelefonen.

Die Warnrufe sind je nach Bedrohung unterschiedlich. Vor Flugfeinden (Krähen, Greifvögeln) wird mit einem schnell gereihten, scharfen, sehr kurzen „spett, spett“ gewarnt, vor Bodenfeinden mit einem wiederholten, langgezogenen „brrrrrrrt“ oder „tschrrr“.

Bebauung an der Wielandstraße: 50 Bäume von der Fällung bedroht

Der B-Plan Wielandstraße (04.058) steht seit 1978 in der Planung. Der Bau der Wohnhäuser scheiterte bisher an der ungelösten Verkehrssituation. Das Verfahren wird nun weiter geführt, da ein Investor Interesse für die Bebauung angemeldet hat. Der Bau der B 63n, der eigentlich eine Voraussetzung für die Realisierung dieses B-Plans ist, ist aber zeitlich immer noch nicht fassbar. Ob es in diesem Bereich Zufahrten für das neue Wohngebiet zur B 63n geben wird, ist auch noch völlig unklar. Deutlich wird allerdings, dass die B 63n am südöstlichen Zipfel des Baugebiets verlaufen soll; werden die zu erwartenden Belastungen durch den Verkehr auf das geplante Wohngebiet den Häuslebauern vorab mitgeteilt?

Der in den Planungsunterlagen zitierte § 34 BauBG sagt Folgendes aus: „Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Die Anforderungen an gesunde Wohn-/Arbeitsverhältnisse müssen gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden.“ – **Fügt sich die vorgesehene enge Bebauung tatsächlich „in die nähere Umgebung ein“?** Das mag bezweifelt werden!

Das 7,24 ha große Wohngebiet wird geplant „wegen des Inlogparcs und der guten Erschließung durch die B 63n“ – wie ist diese Aussage, die in den Unterlagen des Bebauungsplans nachzulesen ist, zu werten? Die Arbeitsplätze im Inlogparc sind überwiegend niedrig bezahlte Arbeitsplätze in der Logistikbranche – **sollen die Inhaber dieser schlecht bezahlten Arbeitsplätze die Finanzierung der Häuser an der Wielandstraße stemmen?** Diese Argumentation ist unrealistisch!

Der Landschaftsplan (LP) Hamm-West sagt Folgendes aus: „Erhaltung einer mit naturnahen Lebensräumen reich oder vielfältig ausgestalteten Landschaft“. Dieses Entwicklungsziel wird durch den B-Plan konterkariert, aber die Aussage im LP macht Sinn und sollte weiter verfolgt werden!

Durch die Inanspruchnahme von Freiflächen, die – wie hier – landwirtschaftlich genutzt werden, ist der Flächenverbrauch für die Landwirtschaft hoch. Eine Vorgabe ist, dass der Schutzabstand zwischen Bebauung und den Höfen so groß sein muss, dass die Bewirtschaftung nicht beeinträchtigt wird. Wird dieser Schutzabstand hier eingehalten?

Nicht nur auf und am Kinderspielplatz und der Hundeauslauffläche an der Ecke Friedhofsweg besteht eine schützenswerte Vegetation mit vielen großen, Jahrzehnte alten Laubbäumen, sondern auch auf weiteren Teilen der B-Plan-Fläche. Viele Laubbäume weisen Höhlen auf, die von Kleinvögeln und Fledermäusen bewohnt werden können. **Es wäre sinnvoll, diese etwas 40-60 Bäume zu erhalten, denn sie leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Die Stadt Hamm ist wald- und baumarm. Das Vorhaben, diese Bäume zu fällen, konterkariert die Bemühungen der Stadt Hamm zum Klimaschutz, dem sie sich verpflichtet hat. Käme es hier zur Fällung, muss der Sinn des Klimaaktionsplans Hamm hinterfragt werden!**

Aufgrund seiner Größe und des Bestandes von Bäumen besitzt das Plangebiet einen Wert als Ruhe-, Rast-, Fortpflanzungs- und Nahrungsraum für Vögel; mit Realisierung des B-Plans ist die Verdrängung der Arten als sicher anzusehen.

Die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt e.V. (LNU) hat daher in ihrer Stellungnahme zum B-Plan gefordert, die Wohnbaufläche auf den baumfreien Teil der B-Plan-Fläche zu reduzieren und einen ausreichenden Abstand zur Baumgrenze einzuhalten! Es lassen sich in Hamm ausreichend weitere Flächen finden, die baumfrei sind und auf denen eine Bebauung deutlich weniger ökologischen Schaden anrichtet, als es hier der Fall sein würde.

Nicht nachvollziehbar ist die Aussage aus dem B-Plan, dass hier für Menschen ein Naherholungsbereich geschaffen würde, der einen „reizvollen“ Lebensraum darstellt! Sogar das Landschaftsbild würde verbessert, ebenso das Gesamtbild durch neue Bäume. Das ist eine ungeheuerliche Aussage! Es ist das Gegenteil der Fall, denn die massive Bebauung, die mit dem Verlust Jahrzehnte alter Großbäume einhergehen wird, wird das Landschaftsbild erheblich negativ verändern.

Unterstützenswert sind die Aussagen im B-Plan, dass ein großer Laubbaum pro sechs neuen Stellplätzen an der Wielandstraße gepflanzt werden soll und die Baumscheiben gegen Überfahren zu sichern sind. Die Bäume am Friedhofsweg sollen erhalten bleiben – das ist alternativlos! Ebenso unterstützenswert ist die vorgesehene Dachbegrünung und die Vorgabe, Zufahrten und Stellplätze nicht zu versiegeln und Standplätze für Müllcontainer einzugrünen.

Eine Vorgabe erscheint unrealistisch: Ist es den Grundstückseigentümern zumutbar, auf einer Grundstücksgröße ab 500 qm drei Laubbäume zu pflanzen, wenn auch eine angemessene Gartennutzung zugestanden werden soll? Die bebaute Fläche durch Wohngebäude, Garage, Stellplatz, Zufahrt und Terrasse wird kaum eine sinnvolle Gartennutzung (mit Vorgarten, Gemüsebeet, Kompostplatz, Rasenfläche inkl. Kinderspielmöglichkeiten) mehr zulassen, wenn drei Großbäume (schattenspendend, laubintensiv) auf dem Grundstück stehen. Sinnvoll wäre es, wenn statt des zweiten und dritten Laubbaums eine artenreiche Gartengestaltung mit Heckenpflanzungen (z. B. als Windschutz am Sitzplatz, Kompostplatz, Spielplatz oder an der Grundstücksgrenze) vorgeschrieben würde, denn das schafft kleine sinnvolle Lebensräume in Privatgärten.

Die Anpflanzung von ökologisch wertlosen Lebensbäumen sollte dagegen ebenso untersagt werden wie die Anlage von Schottergärten (was selbstverständlich sein sollte).

Die Untersuchung der Bäume im Jahr 2018 auf vorhandene Höhlen konnte nicht durchgeführt werden, weil sie bereits belaubt waren. „Ausgeprägte Höhlenbäume“ seien nicht festgestellt worden, während selbst

Das betroffene Gebiet an der Wielandstraße, Blickrichtung Friedhofsweg.

die Fotos in der dokumentierten artenschutzrechtlichen Prüfung etwas anderes aussagen. Vor Ort sieht man eine Vielzahl von Baumhöhlen!

Die weiteren vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz von Bäumen sind eher Standard, wie sie in allen anderen B-Plänen auch vorgesehen sind: z. B. der Schutz der Bäume durch Bauzäune gegen das Anfahren durch Baustellenfahrzeuge. In der Regel verliert dieser Baumschutz im Laufe einer langen Bauphase seine Wirkung, weil die Maßnahmen erfahrungsgemäß „vergammeln"!

Die Anlage von Natrium-Niederdruck-Dampflampen für die Beleuchtung der Straße ist sinnvoll, aber heutzutage auch Standard. Auch diese Beleuchtung wird nicht verhindern, dass hier künftig Insekten zu Tode kommen werden: auch die Beleuchtung dieser Bebauung wird die Insektenvielfalt beeinträchtigen.

Der Kartierzeitraum für die artenschutzrechtliche Prüfung lag im Winterhalbjahr. Im März 2020 ist der Mäusebussard als planungsrelevante Art zusätzlich kartiert worden. Welche Konsequenzen für den Artenschutz werden daraus gezogen?

CEF-Maßnahmen* sind mit den Naturschutzverbänden nicht abgestimmt. Auch im Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Hamm ist dies für dieses Verfahren bisher nicht beraten worden. **Allerdings schreibt das Naturschutzgesetz NRW vor, dass der Beirat bei allen wichtigen Entscheidungen zu hören ist, an der die UNB beteiligt ist. Ist dies etwa keine wichtige Entscheidung und Maßnahme?** Die fehlende Beteiligung des Beirats bezieht sich nicht nur auf CEF-Maßnahmen*, sondern auf die Gesamtplanung dieser 7,24 ha großen Freifläche!

Offensichtlich ist allein der NABU auf das Vorliegen von Beobachtungsdaten angefragt worden. Nun ist der NABU nicht allein die Vertretung der Naturschutzverbände in Hamm. Weder beim BUND noch bei der LNU ist eine solche Anfrage eingegangen. Hier wäre es sinnvoll gewesen, wenn das Gutachterbüro Neitzel aus Bochum das Landesbüro der gesetzlich anerkannten Naturschutzverbände in Oberhausen angefragt hätte, wie es in solchen Fällen üblich ist; dann wäre eine Verteilung an alle Verbände möglich gewesen.

Die Aussage des **Gutachterbüros zum Vorkommen des Steinkauzes, der seit 2014 auf der nebenliegenden Hofstelle nicht mehr gesehen worden sein soll, ist falsch.** Richtig sind folgende Feststellungen: Auf dem Gehöft sind 2015 fünf junge Steinkäuze beringt worden, 2016 waren es drei Jungvögel, 2017 war es einer, 2018 ist der Altvogel direkt vor der Niströhrenkontrolle abgeflogen, 2019 sind die Jungvögel bereits vor der Beringung ausgeflogen, 2020 ebenfalls (in beiden Jahren gab es also Bruterfolge). **Das Steinkauzvorkommen gilt hier als gesichert.** Durch die geplante Bebauung wird er allerdings künftig einen Teil seines Jagdreviers verlieren. Dieser Eingriff ist so groß, dass es zur Aufgabe des Brutreviers kommen kann! Warum bestreitet die artenschutzrechtliche Prüfung das Vorkommen dieser Art? Ist das unbequem, weil es die Planung behindert?

Die Untersuchung sagt aus, dass offene Weideflächen mit Bachbereichen mit begleitender Vegetation, alter Baumbestand, Äcker, Wiesen und Grünland mit erheblichem Baumbestand überbaut werden sollen und dass Flugwege der Fledermäuse verschwinden. Grundwasserabsenkung, Licht und Lärm nicht nur während der Bauphase sind weitere erhebliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vieler Tierarten. Sind diese Auswirkungen in der Bilanzierung des Landschaftseingriffs überhaupt berücksichtigt worden? Hier ist eine Nachbesserung erforderlich.

Dass unbelegte Baumhöhlen vor Baubeginn ausgeschäumt oder umwickelt werden sollen, damit sie nicht kurzfristig von Tieren belegt werden können, ist mit den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes nicht in Einklang zu bringen! Dies wird aber im B-Plan angeregt!

* CEF-Maßnahmen sind Artenschutzmaßnahmen, die vor Beginn einer Bebauung durchgeführt werden müssen. Den wild lebenden Tierarten, die ihren Lebensraum verlieren, muss dadurch ein entsprechender Ersatzlebensraum rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.

Intensive Bebauung in Rhynern „Auf der Helle“ geplant

Auch in Rhynern sollen Baulücken für die Wohnbebauung erschlossen werden. Es betrifft eine Freifläche an der Straße Auf der Helle am katholischen Friedhof St. Regina. Der Bereich um das geplante Baugebiet ist bereits jetzt durch Wohngebäude stark verdichtet.

Sollte die Planung verwirklicht werden, entstehen weitere Probleme bezüglich der Abstellmöglichkeiten für Anwohner-Fahrzeuge. Bereits jetzt werden öffentliche Straßen zugeparkt. Verschärft wird die Situation dann, wenn in der nahe gelegenen Trauerhalle des Friedhofs Trauerfeiern stattfinden. Dann finden Parkplatzsuchverkehre statt und geparkt wird dort, wo das Abstellen von Fahrzeugen nicht gestattet ist.

Die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt e.V. (LNU) hat daher angeregt, einen Teil der Bebauung nicht durchzuführen. Stattdessen wäre hier die Anlage eines begrünten Parkplatzes sinnvoll; keine Asphaltfläche, sondern befahrbare und begehbare Rasenkammersteine o.ä. mit Begrünung rundum.

Darüber hinaus ist die Anlage eines Parks sinnvoll, der Aufenthaltsqualität bietet. Dort sollten Bänke stehen, ein Rundweg angelegt und Schatten spendende Bäume angepflanzt werden. Die Anwohner der umliegenden und der neuen Wohnhäuser können so einen Platz der Entspannung und des Ausruhens fußläufig erreichen, den sie so auch im baumbestandenen nahen Papenloh nicht vorfinden. Die dichte Wohnbebauung erfordert nach Meinung der LNU eine solche die Gesundheit der hier lebenden Menschen fördernde Maßnahme. Finanzielle Interessen des Investors sollten nachrangig berücksichtigt werden; das Wohlergehen der Anwohner geht vor!

Durch die dichte Bebauung kann Oberflächenwasser nach Regenereignissen nicht mehr wie bisher versickern. In der Begründung zum B-Plan wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der Bodenbeschaffenheit die Versickerungsmöglichkeit nicht vorteilhaft ist. Um zu vermeiden, dass Keller der Anwohner nicht nur im neu bebauten Bereich, sondern auch im Altbestand volllaufen, ist die Anlage eines Regenrückhaltebeckens sinnvoll. **Der begrünte Parkplatz, der Park und das Regenrückhaltebecken würden die ökologische Situation erheblich verbessern.**

Das Baugebiet „Auf der Helle“ liegt innerhalb der Wohnbebauung in Rhynern. Hier würde eine letzte „grüne Lunge“ in einer ohnehin dichten Bebauung zubetoniert. Den Anwohnern rundum wird ein bisher angenehmes Kleinklima genommen.

Das Klimafolgenanpassungskonzept bzw. der Klimaaktionsplan 2020-2025 formuliert Ziele der Stadt Hamm zur Reduzierung der weltweiten Klimaerwärmung. Die drei vorstehend genannten Maßnahmen tragen zur Erreichung dieser Ziele bei, daher sollte auch die Stadt Hamm in ihrer Handlungsweise auch bei – wie hier – relativ kleinen Maßnahmen entsprechend handeln und ihren Aussagen Taten folgen lassen.

Um die vorgesehenen Arbeitssitzungen des Klimabeirats zum Klimafolgenanpassungskonzept und zum Klimaaktionsplan nicht ad absurdum werden zu lassen wäre es überaus sinnvoll, bereits bei diesem in Rede stehenden B-Plan erste Umsetzungen der vielseitigen Forderungen der Teilnehmer dieses Diskussionsprozesses aufzunehmen. Ansonsten können sich die Vertreter vieler Verbände eine Teilnahme an den Sitzungen sparen!

Von der Planung ist eine Freifläche betroffen, die als artenarm einzustufen ist und keine Strukturen aufweist. Vermutlich leben keine geschützten Arten auf der Wiesenfläche. Von der Südostseite werden allerdings Arten, die auf dem Friedhof vorkommen, die Fläche als Ruhe- und Nahrungsraum nutzen. Gleiches gilt für die Gartenflächen der an der Nordwestseite liegenden Privatgärten. Der Verlust dieses Ruhe- und Nahrungsraumes für wild lebende Arten (Vögel, Amphibien, Fledermäuse) sollte allerdings in die ökologische Bilanz einzubezogen werden. Der Gutachter hat in seiner artenschutzrechtlichen Prüfung keine planungsrelevanten Arten festgestellt, die auf der Wiesenfläche leben, brüten oder ihren Nachwuchs aufziehen. Für die anliegenden Gärten und den Friedhof kann dies aber anzunehmen sein; diese nicht gutachterlich untersuchten Flächen sind nicht „vogelfrei“. Für sie bedeutet die Bebauung eine Zerschneidung und Verkleinerung ihres Lebensraumes.

Die vorgesehene Festsetzung, auf Flachdächern (Hausdächer, Garagen, Carports) eine Dachbegrünung und auf den Zufahrten und Standplätzen von Fahrzeugen eine wasserdurchlässige Decke (Kies, Rasenkammersteine und Rasengittersteine oder wassergebundene Decken) festzusetzen, ist überaus sinnvoll.

Berichte über den Kammmolch, die Jagd und über Bebauungspläne in unserer Stadt

Die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt e.V. (LNU) hat mehrere weitere Stellungnahmen zu Bebauungs- und Flächennutzungsplänen abgegeben, aus denen hier Auszüge wieder gegeben werden:

Ökologische Verbesserung Lippe: Anlage eines Kammmolchgewässers im Projekt Erlebensraum Lippeaue

Die LNU begrüßt die Initiative zur Anlage eines Kammmolchgewässers. Diese Molchart ist hochgradig im Fortbestand gefährdet und genießt mittlerweile einen hohen Schutzstatus. Der Standort des Teiches südlich des Nordener Friedhofs und westlich der Eisenbahnlinien ist absolut geeignet, da es sich hier um ein großes Molchvorkommen innerhalb der dort zahlreich vorhandenen Feuchtstellen (Bombentrichter) handelt.

In dieser Stellungnahme hat die LNU die Planungen zum „Erlebensraum Lippeaue“ in Teilbereichen kritisiert, weil die Aspekte des Naturschutzes in der Aue von den Angeboten für Freizeitsuchende überlagert werden. Hier werden in erster Linie die Vorstellungen der Mehrheit der Kommunalpolitik berücksichtigt und umgesetzt.

Insbesondere wurden in einem zweiten Verfahrensschritt die ursprünglich angestrebten **Naturschutzziele dadurch verfehlt, dass der Hochwasserdeich von der Münsterstraße Richtung Heessen südlich des Flugplatzes nur noch auf deutlich verkürzter Strecke** verlegt wird; naturzerstörend hinzu kommt die Aufschüttung einer **vorgesehenen Bodendeponie in der Aue.** Die Stadt Hamm nennt die Deponie **„Hochplateau“,** vorgesehen ist hier die Durchführung von Events! Nicht umsonst hat die Bezirksregierung Arnsberg im Planungsverfahren zur Deichverlegung ausdrücklich darauf verwiesen, dass die **Anlage der ca. fünf Hektar großen Bodendeponie in der schmalen Hammer Aue aus dem Plangenehmigungsverfahren (eigentliches Ziel war die Schaffung von Retentionsräumen durch Rückverlegung des Deiches) ausgeklammert** worden und alleinige Maßnahme der Stadt Hamm ist! Die LNU bezweifelt, dass das Erreichen von Fördergeldern der Europäischen Union möglich gewesen wäre, wenn die Aufschüttung der Bodendeponie der EU bei der Antragstellung bekannt gewesen wäre.

Jagdliche Befriedung eines Grundstücks in der Gemarkung Osterflierich

Die Eigentümer eines Grundstücks in Osterflierich haben die sogenannte „jagdliche Befriedung“ bei der unteren Jagdbehörde Hamm beantragt. Ziel ist, dass ihr Grundstück von den Jagdausübungsberechtigten nicht mehr bejagt werden soll. Die genaue Lage kann aus Datenschutzgründen nicht genannt werden.

Die Grundstückseigentümer leben seit Jahrzehnten vegan, sie lehnen das Töten von Tieren und den Verzehr von fleischlicher Nahrung ab. Insofern ist nachvollziehbar, dass sie nicht wollen, dass Tiere auf ihrem Grundstück getötet werden.

Längst nicht alle Schützen sind in der Lage, ein bejagtes Tier schnell und schmerzfrei zu töten; dies erleben zu müssen – wie im Antrag beschrieben – ist für Nichtjäger eine nicht hinnehmbare Belastung.

Das Jagdgesetz ist im Jahr 1934 verfasst und mehrfach novelliert worden; es diente bereits bei seiner Schaffung anderen Zielen als der Erhaltung oder Schaffung eines artenreichen Bestandes wild lebender Tierarten.

Die Jagd in ihrer heutigen Form ist nicht mehr zeitgemäß. Sie ist heute nicht mehr für die Ernährung der Menschen erforderlich; sie ist eine reine Kultveranstaltung! Die Jagd greift ohne die Beachtung ökologischer Grundlagen in den Artenbestand ein und verhindert, dass sich ein ökologisches Gleichgewicht einstellen kann. Mehrere Tierarten werden bejagt, weil sie von Jägeern als (Nahrungs-)Konkurrenten eingestuft werden. Andere Tierarten richten weder ökologischen noch ökonomischen (landwirtschaftlichen) Schaden an, werden aber trotzdem – völlig sinnlos – bejagt.

Insofern hat die LNU empfohlen, dem Antrag der Grundstückseigentümer statt zu geben.

B-Plan Marker Depot

Das Schließen von Baulücken im Innenstadtbereich (hier zwischen der Marker Dorfstraße und der Karl-

Nicht jeder Grundstücksbesitzer möchte, dass auf seinem Grundstück gejagt wird, muss es aber zulassen, sofern es als Jagdgebiet ausgewiesen ist und es keine Beschränkung gibt. Der Gesetzgeber hat seit einigen Jahren ermöglicht, dass aus ethischen Gründen die Jagd auf dem eigenen Grundstück untersagt werden kann, wenn ein entsprechendes Verfahren durchlaufen ist. *Foto: creativ collection*

Mit Realisierung des Bebauungsplans An der Erlöserkirche wird ein Rest-Freiraum verschwinden, der von vielen Menschen genutzt wurde. Die Trampelpfade zeugen davon.

Mecklenbrauck-Straße) ist grundsätzlich der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich für Bebauungen vorzuziehen. Allerdings sollte auch nicht jede Baulücke im Innenstadtbereich bebaut werden sollte. Besonders Kinder benötigen unbebaute Freiflächen, auf denen sie sich aufhalten bzw. austoben können. Diese können ungestaltet sein. Für Freizeitbeschäftigungen können Kinder solche Flächen nutzen, sei es nur zum Fußballspielen oder für unorganisierte Kinderfeste.

Hier soll ein weiteres Wohngebiet entstehen. Die vorgesehene Festsetzung zur Oberflächengestaltung von Hofflächen, Stellplätzen und Zufahrten mit wasserdurchlässigen Materialien, die festgeschrieben werden soll, ist der richtige Weg für das Verschwinden der Schottergärten.

Ebenso unterstützenswert sind die Vorgaben zur Dachbegrünung; allerdings nicht nur für eine Mindestfläche von mehr als 10 qm, sondern grundsätzlich für alle Flachdächer.

Änderung B-Plan Funkelandstraße

Das Baugebiet für eine weitere Wohnbebauung in Herringen liegt innerhalb dichter Bebauung nahe einer Hauptverkehrsstraße (Fangstraße) und wird bereits intensiv genutzt. Es ist nicht damit zu rechnen, dass geschützte Arten im Planungsgebiet vorkommen.

In der Begründung wird der Erhalt von sieben ortsbildprägenden Bäumen und die Ersatzpflanzung für den verloren gehenden achten Baum bereits beschrieben.

Im Gebiet halten sich Fledermäuse auf. In der nahe liegenden Lessingschule ist ein Dachraum als Fledermausquartier im Rahmen einer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme festgesetzt worden, was das Vorkommen der Tiere unterstreicht.

Der Gutachter beschreibt mögliche Spaltenverstecke in der Flachdachabdeckung der abzureissenden Gebäude an der Arnold-Freymuth-Schule. Hier ist eine entsprechende Prüfung erforderlich.

Für Flachdächer regt die LNU eine Dachbegrünung an. Sie unterstützt die Wasserrückhaltung nach Regenereignissen, sorgt für ein besseres Kleinklima und unterstützt den Klimaschutz. Auch Insekten profitieren von einer Dachbegrünung. Zudem könnte die Dachbegrünung der Schule künftig auch als Unterrichtsthema im Biologieunterricht behandelt werden!

Bebauungsplan An der Erlöserkirche

Das B-Plan-Gebiet im Hammer Süden, vorgesehen für eine weitere Wohnbebauung, liegt an einer stark frequentierten Straße (Birkenallee) und angrenzend an einen dicht bebauten Innenstadtbereich. Gleichwohl handelt es sich um eine Freifläche mit Grünbewuchs und Hecken, an der Straßenseite stehen hohe Bäume. Insofern weist das Gebiet schon eine ökologische Bedeutung auf. Besonders im Bereich der Hecke ist mit Kleinvogelarten zu rechnen, auch wenn dies sogenannte „Allerweltsarten“ sind. Der Grünspecht nutzt die freie Fläche als Nahrungsraum im Bodenbereich.

Anwohner nutzen die Fläche zur Naherholung, allerdings sind auch immer wieder Hundehalter zu sehen, die das Gebiet auf den vorhandenen Trampelpfaden durchqueren.

Die Ziele des von der Stadt Hamm veröffentlichten „Klimaaktionsplans 2020-2025“ sollten auch hier berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere die regenerativen Energieformen, die Dachbegrünung auf geeigneten Dachflächen und die Oberflächengestaltung der Zuwegungen und Stellplatzflächen.

Für die Versiegelung ist eine entsprechende Bilanzierung mit Ausgleich und Ersatz vorzusehen.

Bebauungsplan Santa-Monica-Platz

Der Bereich der B-Plan-Änderung befindet sich im dicht bebauten Innenstadtbereich. Anlass ist die Ausweitung des gastronomischen Angebots der „Meile“ im Hammer Vergnügungsviertel. Damit soll für die wachsende Zahl der in Hamm ansässigen Studenten das Angebot zur Freizeitnutzung angepasst werden.

Auch hier unterstützt die LNU einerseits ausdrücklich die Begrünung von Flachdächern für ein angenehmeres Kleinklima aus Gründen der Insektenvielfalt und andererseits die Installation von Photovoltaik- und Solaranlagen. Ebenso sinnvoll ist die versiegelungsfreie Oberflächengestaltung von Wegen, Lagerplätzen und Stellflächen.

Es ist nicht ausreichend, wenn für den Baum an der Nassauerstraße, sofern er den Eingriff in den Boden nicht überlebt, nur ein Ersatzbaum gepflanzt werden soll; hier ist die Pflanzung von drei Ersatzbäumen angebracht, da ein ökologischer Ausgleich nur eines Baumes erst nach Jahrzehnten erreicht wird.

Ebenso empfehlen wir für den Baum an der Südstraße 8, der nicht erhalten werden kann, die Pflanzung von drei Ersatzbäumen. Hierzu ist in der Begründung zum B-Plan kein Ausgleich vorgesehen.

Vor Beginn der Baumaßnahme sollte an der Südstraße 10 das Vorhandensein der Zwergfledermaus noch einmal geprüft werden, damit entsprechende Hilfsmaßnahmen durchgeführt werden können, sofern sich dort doch Tiere aufhalten.

Bebauungsplan Kupferstraße

Im B-Plan Kupferstraße in Herringen ist eine weitere Wohnbebauung geplant. Das Gebiet liegt südöstlich der Kamener Straße, weiter südlich grenzt es an die freie Landschaft an. Insofern ist nach Auffassung der LNU für die Versiegelung von 2920 Quadratmetern Ackerfläche ein entsprechender Ausgleich zu schaffen, da hier Freifläche verloren geht.

Bereits in der Begründung zum

B-Plan werden Straßenbäume beschrieben, die das Erscheinungsbild der Verkehrsflächen prägen. Diese Bäume sollten unbedingt erhalten bleiben und die zu ihrem Erhaltungsschutz notwendigen Regelungen getroffen werden. Sollten sie durch die Baumaßnahme verloren gehen, sind für jeden verloren gehenden Baum drei Ersatzbäume an geeigneten Standorten in der Nähe zu pflanzen.

Das Versiegelungsverbot von Stellplätzen und Zufahrten unterstützt die LNU auch hier ausdrücklich, ebenso die Vorgaben zur Dachbegrünung, Photovoltaik, Solarthermie und Eingrünung von Standplätzen der Müllcontainer.

B-Plan Schützenstraße

Auch hier geht es um eine weitere Ausweisung von Wohngebieten. Für das Schließen von Baulücken im Innenstadtbereich gelten hier an der Schützenstraße die gleichen Gründe wie beim vorstehenden B-Plan Marker Depot.

Für die Gestaltung des Spielplatzes regte die LNU Folgendes an:

- einen liegenden Baumstamm (der Äste haben kann) zum Klettern und Balancieren,
- Geländemodellierungen; z. B. einen Hügel zum „Drüberlaufen“ oder eine Mulde, in der sich nach Regenfällen Wasser sammeln kann,
- einen Steinhaufen zum Klettern,
- eine Hecke oder ein „Haus“ („Weiden-Tippi“) aus Weidenstecklingen (vielleicht können hierzu die Anwohner einbezogen werden).

Die vorgesehene Festsetzung zur Oberflächengestaltung von Hofflächen, Stellplätzen und Zufahrten mit wasserdurchlässigen Materialien sollte verbindlich festgeschrieben werden; die angedachte Selbstverpflichtung reicht nicht und wird erfahrungsgemäß nicht umgesetzt.

Für die Vermeidung der sogenannten Schottergärten sollte ein eindeutiges Verbot ausgesprochen werden. Auch für die Gestaltung von Flachdächern ist eine eindeutige Regelung zur Begrünung vorzusehen.

Für den Verlust des Brutbaums, in dem Stare leben, wurde angeregt, an geeigneter Stelle an Altbäumen zwei künstliche Nisthöhlen in entsprechender Größe (größer als normale Meisenkästen) und mit entsprechenden Einflugöffnungen anzubringen.

Die LNU hat ein Monitoring für die ökologisch orientierten Festsetzungen vorgeschlagen, insbesondere für die Pflanzungen von Bäumen an den Stellplätzen (geplant ist ein großkroniger Laubbaum pro angefangenen fünf Stellplätzen) und für die Nisthilfen des Stars. Es ist zu befürchten, dass solche Festsetzungen nicht immer vollständig durchgeführt und nicht überprüft werden.

Aus dem Pflanzplan sollten alle Arten gestrichen werden, die in unserer Region nicht heimisch sind. Das betrifft den Bergahorn, die Scharlachkastanie, die Rosskastanie und die Gefülltblühende Rosskastanie. Warum als Apfelbaumart der Zierapfel angegeben worden ist, erschließt sich nicht. Vorrangig sollten Arten ausgewählt werden, die den heimischen Insekten Nahrung bieten.

B-Plan An der Ostdorfstraße

Das Baugebiet an der Ostdorfstraße liegt innerhalb dichter Bebauung und an Hauptverkehrsstraßen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass geschützte Arten im Planungsgebiet vorkommen.

Standplätze für Fahrzeuge sollten mit einer wasserdurchlässigen Decke (z. B. Kies, Rasenkammersteine, Rasengittersteine) belegt werden.

Für Flachdächer hat die LNU eine Dachbegrünung angeregt. Sie unterstützt die Wasserrückhaltung nach Regenereignissen, sorgt für ein besseres Kleinklima und unterstützt den Klimaschutz. Auch Insekten profitieren von einer Dachbegrünung.

Änderung des B-Plan Dahlhof

Dieses Baugebiet liegt an der Hammer Straße/Wittekindstraße Ecke Freiligrathstraße in Bockum-Hövel, es handelt sich um den Neubau des Aldi-Gebäudes. In der Begründung zum Bebauungsplan wird festgelegt, dass eine Dachbegrünung (richtigerweise) zwingend erforderlich ist. Im weiteren Verlauf wird zur Photovoltaik ausgesagt, dass Aldi eine solche Anlage errichten möchte und dass sie in Verbindung mit der Dachbegrünung möglich ist. Die LNU hat angeregt, hier den Bau der Photovoltaikanlage ebenso festzuschreiben wie die Dachbegrünung. Im Hammer Klimaaktionsplan 2019 wird die Nutzung der Sonnenenergie hervorgehoben.

Anmerkung dazu: In früheren Stellungnahmen der Naturschutzverbände ist eine Dachbegrünung des Öfteren als Festsetzung angeregt worden; die Stadt Hamm hat diese Anregungen in der Regel mit der Begründung abgelehnt, dass dies innerhalb eines B-Plans nicht möglich sei. Hier wird eine Dachbegrünung von der Stadt Hamm erfreulicherweise doch festgesetzt. Zu hoffen ist, dass die Anregung zur Festsetzung der Photovoltaikanlage nicht mit der gleichen Begründung zurückgewiesen wird!

Es ist davon auszugehen, dass **vom Gebäude Lichtemissionen ausgehen werden, die in die angrenzende Lippeaue hineinstrahlen**. Es wäre zum Schutz der Insekten wichtig, wenn auf eine **Beleuchtung an der Südseite des Gebäudes verzichtet wird,** um den Insektenschutz zu unterstützen. Und genau zu dieser Thematik gab es bereits eine Diskussion im Umweltausschuss des Rates der Stadt Hamm. **Die Stadt Hamm weigerte sich, die Möglichkeit der Beleuchtung für den Insektenschutz einzugrenzen,** weil mit dem Neubau des Gebäudes nicht mehr Beleuchtung als vorher angebracht werden würde. Die Hinweise aus den Reihen der Grünen, dass es doch sinnvoll wäre, die Beleuchtung aufgrund des nahe gelegenen Naturschutzgebiets in der Lippeaue zu reduzieren, wurde mehrmals mit der gleichen Begründung abgelehnt. Offensichtlich ist es im Planungsamt der Stadt Hamm noch nicht angekommen, dass zum Insektenschutz mehr getan werden muss, als es bisher praktiziert wurde. Man hatte in der Ausschusssitzung den Eindruck, dass die Argumente auf Seiten des Planungsamtes so festgezurrt und die Mitarbeiter der Behörde so indoktriert worden sind, dass es ihnen nicht möglich ist, sich innerhalb einer Diskussion sinnvollen Argumenten anzuschließen. Auch das ist eine Form von Engstirnigkeit!

An der Ostseite des Gebäudes befindet sich ein Erdwall (Lärmschutz). Bei der artenschutzrechtlichen Untersuchung sind Fledermäuse jagend festgestellt worden. Sinnvoll wäre es, an der Ostwand des Gebäudes zwei bis drei Fledermauskästen aufzuhängen. Ebenso sinnvoll wäre es, für Mehlschwalben an der obersten Dachkante zwei bis fünf Kunstnester anzubringen. Die Kosten für beide Maßnahmen sind äußerst gering.

Der Umweltbericht sagt aus, dass in Absprache mit der Straßenbaubehörde entlang der Wittekindstraße Gehölze (als **Gestrüpp** bezeichnet!) gerodet und durch einen **„Landschaftsrasen“** (!) ersetzt worden sind. Für die Zerstörung dieses Lebensraums ist kein Ersatz feststellbar.

Vegetation an der Sundernhalde rigoros gemäht

Kontrovers: Naturschutzverbände haben Volksinitiative Artenschutz gestartet

An der Sundernhalde in Pelkum musste im Spätsommer 2020 wieder einmal festgestellt werden, dass die Kolonnen der Landschaftsgärtner „ganze Arbeit“ geleistet hatten. Am Haldenfuß ist ein mehrere Hundert Meter langer Abschnitt am Südhang der Halde entlang des dort verlaufenden Weges gemäht worden.

Rücksichtslose Pflege

Aus Artenschutzgründen ist es gewünscht, dass Landwirte Blühstreifen entlang der Feldraine anlegen, weil dadurch den Insekten die nötige Nahrungsgrundlage geboten wird. Hier hat der für die Pflege der Halde zuständige Verband einen großen Teil des Wildaufwuchses im Juli 2020 rigoros gemäht. Die Insektenvielfalt zu unterstützen war hier nicht das Ziel, sondern eine unangebrachte Ordnungsliebe; dieser Eindruck entstand vor Ort. Hat die hier zuständige Abteilung der Haldenaufsicht „nach Pflegeplan“ gearbeitet, weil der festgelegte Mähzeitpunkt in der letzten Juliwoche gekommen war? Es mag sein, dass einige Stauden in den Weg hinein gewachsen sind, aber gleich eine solche Mähaktion durchzuführen konterkariert die Bemühungen um den Insektenschutz. Völlig ohne Not wurde hier ein wertvoller Lebensraum vernichtet.

Der Aufwuchs hätte ohne Weiteres noch bis zum Ende des Sommers stehen bleiben können, um ökologische Funktionen nicht nur für Insekten, sondern für viele wild lebende Tierarten sicher stellen zu können. Die Sorge um den Hochwasserschutz des Grabens kann nicht der Grund für die Mähaktion gewesen sein, denn drei trockene Sommer in Folge haben das Problem eines durch Uferbewuchs gestörten Wasserabflusses nach Starkregenereignissen deutlich minimiert. Dieser Insektenschutz hätte keinen Cent gekostet, wenn die Mähaktion im Herbst stattgefunden hätte, Blühstreifen an Ackerrändern anzulegen kostet dagegen „richtig Geld“.

Sinnvolle Nisthilfen

Hin und wieder engagieren sich Gruppen in lobenswerter Weise im Insektenschutz und bauen künstliche Nisthilfen. Über die sinnvolle Bauweise ist bereits in der ÖKOLOGISCHEN Nr. 3 geschrieben worden. Es gibt immer wieder weitere Negativbeispiele, obwohl auch im Internet über eine insektenartgerechte Bauweise viel nachzulesen ist.

Futterpflanzen sind wichtig

Es nützt auch wenig, wenn diese Nisthilfen an Ackerrändern oder Rasenflächen aufgestellt werden, die Monokulturen gleichzusetzen sind. Wovon sollen sich die Insekten ernähren, wenn die Futterpflanzen fehlen und sie aber hier Brutmöglichkeiten finden sollen?

Volksinitiave Artenschutz will Insektenvielfalt fördern

Die drei Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Landesgemeinschaft für Naturschutz und Umwelt (LNU) haben NRW-weit eine Volksinitiative gestartet, mit der sie den Landtag dazu bringen wollen, konkrete Verbesserungen für Insekten zu beschließen. Auch in Hamm werden dafür Unterschriften gesammelt. Es wird das Ziel angestrebt, 66.000 Unterschriften zu erreichen; damit wäre der Landtag verpflichtet, sich mit diesem Thema zu befassen.

Die drei Verbände sind sich einig, dass der Artenschutz auf 100 Prozent der Hammer Stadtfläche möglich werden sollte. Auf öffentlichen Grünflächen, in Waldgebieten, an Straßenrändern mit Bäumen und Alleen und in Privatgärten kann für die Förderung der Insektenvielfalt noch viel geleistet werden. Die Verbände möchten mit ihrer Initiative die Sensibilität in der Bevölkerung und den in der freien Landschaft aktiven Verbänden und Interessensgruppen weiter erhöhen. Alle Menschen sollten aktiv werden, um den Rückgang von Insekten, Vögeln und kleinen Säugetieren zu stoppen, so die Naturschützer.

Hier steht kein Halm mehr, keine Blüte ist als Insektennahrung übrig geblieben: aufgeräumt im Juli an der Sundernhalde.

Wie steht es um den Kiebitzbestand in Hamm?

Über den Kiebitz ist hier in Hamm schon viel geschrieben worden. Das liegt daran, dass Wohn-, Gewerbe- und Industriegebiete dort geplant worden sind, auf denen der Kiebitz lebte. Beispiele sind das Wohngebiet an der Brandheide und der Inlogparc in Pelkum, aber auch der Erlebensraum Lippeaue zwischen Münster- und Fährstraße.

Der Bestand der Kiebitze geht zurück, bundesweit. Die Ursachen sind vielfältig. Die intensive Landwirtschaft braucht Ackerflächen, aber zwischen den Stängeln der Maispflanzen findet der Vogel ungeeignete Lebensbedingungen vor. Er versucht trotzdem dort zu brüten, bekommt die Jungvögel aber nicht hoch. Die Wiesenflächen werden bereits Anfang Mai das erste Mal gemäht, Jungvögel verenden unter dem Mähbalken. Das intensiv gedüngte Gras auf diesen Wiesen steht dicht, für Jungvögel viel zu dicht. In Schlechtwetterphasen überleben sie die nasse Kälte nicht. Den Kiebitzen geht also Lebensraum verloren. Auch die Nahrung wird knapp, denn der Insektenbestand und die Insektenvielfalt geht auch den Bach herunter.

Der Hammer Ornithologe Gerd Köpke beklagte 2005 den Rückgang des Kiebitzes (sinngemäß): „In der Hammer Lippeaue – dem hiesigen Verbreitungsschwerpunkt der Art in Mittelwestfalen – brüten heute deutlich weniger als 50 Brutpaare."

Um den Bestand aktuell zu ermitteln wurden am 24. März 2018 eine stadtweite Kiebitzzählung durchgeführt. Überall wurde zeitgleich gezählt, um Doppelnennungen zu vermeiden (Synchronzählung). So sollten geeignete Flächen ermittelt und daran anknüpfend versucht werden, mit den Landwirten, die diese Flächen bewirtschaften, im Rahmen des sogenannten Vertragsnaturschutzes oder des Kulturlandschaftsprogramms Vereinbarungen zum Schutz der hoch gefährdeten Bodenbrüter zu treffen.

Die von den ehrenamtlichen Teilnehmern ermittelten Beobachtungen wurden an die Landwirtschaftskammer übermittelt, die wiederum die einzelnen Gundstücksbesitzer bzw. Pächter ansprach. So konnten Kiebitzgelege deutlich sichtbar markiert werden, um zu vermeiden, dass Bearbeitungsmaßnahmen die Gelege zerstören. Weiterhin wurden verschiedene Verträge mit unterschiedlichen Laufzeiten geschlossen; so konnten z. B. 5000 bis 10.000 Quadratmeter große Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen wurden. Auf eine Düngung und das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln wurde verzichtet, es konnten Schonzeiten auf Maisäckern vereinbart oder eine kiebitzgerechte Einsaat vorgenommen werden.

Kiebitz *Foto: Klaus Sudbrack*

Festgestellt wurden durch die Synchronzählung und die anschließenden Nachkontrollen 26 sicher bezeichnete Fundpunkte mit 74 Brutpaaren. Schutzbemühungen konzentrierten sich auf die Flächen, auf denen mind. zwei bis drei Brutpaare registriert worden waren. Insofern blieben so 15 Fundpunkte mit 47 Brutpaaren übrig, denen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Vier der Brutplätze lagen auf landwirtschaftlichen Flächen, deren Bewirtschafter den Naturschutzbehörden bereits aus anderen Maßnahmen bekannt waren. Bei den elf neuen Fundpunkten handelte es sich um sieben Bewirtschafter. Um sie zu kontaktieren, wurde wiederum die Landwirtschaftskammer eingeschaltet. Für 16 Brutpaare konnten vertragliche Vereinbarungen geschlossen werden, für 22 Brutpaare war dies nicht möglich. Entweder wurden vertragliche Vereinbarungen nicht eingehalten oder die Kontaktaufnahme wurde abgelehnt. Über den Erfolg oder Misserfolg dieser Gelege liegen den Initiatoren der Kiebitzzählung daher auch keine Informationen vor.

Deutlich wurde, dass über den Vertragsnaturschutz und das Kulturlandschaftsprogramm erfolgversprechende Schutzmaßnahmen möglich sind. Für den Ernteausfall erhalten die Landwirte eine angemessene Entschädigung durch das Land NRW.

Der Kiebitzbestand in Hamm wird aber höher geschätzt, als er ermittelt werden konnte, es können 100-120 Brutpaare sein. Im Jahr 2006 wurden noch 182-189 Brutpaare ermittelt, Das bedeutet einen Rückgang von 40-45 Prozent in elf Jahren! Ursächlich ist eine hohe Sterblichkeitsrate der Altvögel und ausbleibender Bruterfolg. Dies wiederum wird der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung angelastet. Umso wichtiger sind daher die Bemühungen um den Fortbestand des selten gewordenen Vogels über vertragliche Vereinbarungen mit Entschädigungszahlungen.

Sind Meisenkästen die Lösung gegen den Eichenprozessionsspinner?

Der Eichenprozessionsspinner hat sich auch in unserer Gegend zu einem echten Problem entwickelt. Sein Vorkommen steigt seit einigen Jahren stark an. Im Sommer müssen innerhalb der Siedlungsbereiche ständig Aktionen gegen die Nester durch Schädlingsbekämpfer durchgeführt werden. Das ist zeitaufwändig und teuer. Vermutlich ist die Klimaerwärmung eine der Ursachen, denn früher war der Schädling nicht so häufig zu sehen. Den Menschen kann der Nachtfalter im Raupenstadium durch eine Raupendermatitis gefährlich werden. Die Raupenhaare können ab dem dritten Raupenstadium Reizungen der Schleimhäute und Augen verursachen bis hin zu Asthma.

Pirol und Kuckuck könnten helfen

Eine vorbeugende Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners ist so gut wie unmöglich. Eine Lösung wird propagiert: Meisenkästen sollen aufgehängt werden, was grundsätzlich die biologische Schädlingsbekämpfung unterstützt. Ganz nebenbei erfreut sich der Balkon- und Gartenbesitzer am emsigen Treiben der Blau- und Kohlmeisen während des Nestbaus und der Aufzucht der Jungvögel. Aber helfen die Meisenkästen und ihre Bewohner, die Raupen entscheidend einzudämmen?

Gegen den Eichenprozessionsspinner ist kein Kraut gewachsen. Diese Falterart hat im ausgewachsenen Raupenstadium kaum Fressfeinde. Die Raupe ist stark behaart und versteckt sich tagsüber in einem großen Gespinst am Baumstamm oder großen Ästen der Eichen. Obwohl „verstecken“ nicht ganz richtig ist, denn das Gespinst ist deutlich sichtbar, schirmt das Nest aber gegen ihre Feinde ab. Aber die Fressfeinde machen sich rar! Pirol und Kuckuck sind diejenigen Vögel, die die behaarten Raupen erbeuten und verzehren. Allein der Kuckuck, der auch immer seltener wird, kann in unserer Gegend den Raupen zu Leibe rücken, denn der Pirol kommt hier in Westfalen so gut wie nicht mehr vor.

Tagsüber hält sich der Eichenprozessionsspinner im Gespinst auf, um in der Nacht auf Beutezug zu gehen. In einer bis zu zehn Meter langen Prozession erreichen die Raupen die Blätter der Eichen. Bevorzugt werden die äußeren Blattbereiche abgefressen. Milde Winter haben die Fortpflanzung des Schädlings begünstigt, aber er kann selbst kalte Wintertemperaturen mit hohen Minusgraden überstehen.

Nistkästen helfen nur bedingt

Meisen können den Schädling nur in seinem ganz frühen Lebensstadium bekämpfen, wenn sich nach der Überwinterungsphase die Jungraupe noch im Ei befindet. Wenn sich im Frühjahr die im Herbst gelegten Eier in den Knospen und jungen Blättern zu Raupen entwickeln, kann eine Meise den Eichenprozessionsspinner noch erbeuten, vielleicht auch noch, wenn sie in den ersten Lebenstagen noch wenig behaart sind; hier fehlen Forschungsergebnisse.

Nach bis zu sechs Raupenstadien und zunehmender Größe mit gleichzeitig sich ausbildenden Haaren meiden die Meisen den Spinner. Nur der Kuckuck ist in der Lage, die Raupen aufnehmen. Er würgt die unangenehm wirkenden Haare wieder aus. Die relativ wenigen Meisen können die große Menge der Eichenprozessionsspinner-Eier und Jungraupen in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit gar nicht bewältigen. Die Meisen allein werden den Eichenprozessionsspinner nicht auf ein verträgliches Maß reduzieren können.

Wirtsvögel des Kuckucks fehlen

Kuckuck und Pirol lassen sich nicht ansiedeln. Ihre Habitate sind in unserer zersiedelten und stark anthropogen geformten Landschaft dezimiert worden. Der Kuckuck nutzt als Wirtsvogel vorrangig die Nester des Teichrohrsängers, der im Schilfbereich brütet. Eine solche Schilffläche gab es bis vor einigen Jahren u. a. noch am Kurparkteich östlich der Fährstraße; sie ist heute verschwunden. Andere Vogelarten, wie Neuntöter, Hausrotschwanz, Rotkehlchen, Heckenbraunelle, Zaunkönig und Grasmücken, kommen auch als Wirtsvögel infrage.

In der Lippeaue war früher der Pirol (auch volkstümlich Bierholer, Kirschendieb, Pfingstvogel genannt) Brutvogel, er hat in den hohen Pappeln westlich der Römerstraße am Lippedeich gebrütet; aber auch dieser Baumbestand ist gefällt worden.

Gifteinsatz verbietet sich, denn die Spritzmittel schädigen auch andere Insekten und Vögel. Das Absaugen der Nester geschieht zu einem späten Zeitpunkt, wenn der Eichenprozessionsspinner seine volle Neststärke erreicht hat, ist aber derzeit die wirksamste Art der Bekämpfung.

Blaumeise im Abflug aus einem Meisenkasten. *Foto: Karsten Thiele*

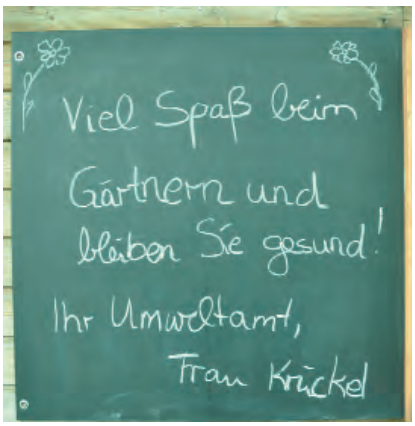
Tristes Gartenglück

Edmund A. Spindler

Das vom Umweltamt der Stadt Hamm mit viel Aufwand gestaltete Teilprojekt „Urbanes Gärtnern in der Kornmersch“ (im Rahmen des Förderprojektes „Erlebensraum Lippeaue“) entwickelt sich nur schleppend und ist alles andere als ein Hingucker. Auf einer Fläche von über 6000 qm soll auf freiwilliger Basis ein bürgernahes und gemeinschaftliches Gartenprojekt im Stadtverkehr entstehen. Geplant ist ein Treffpunkt für Bewohner aus unterschiedlichen Kulturkreisen und Altersgruppen, um u.a. eine „Integration und Prävention gegen Vereinsamung von Bürgern im Quartier“ zu fördern, wie es im „Integrierten Handlungskonzept „Erlebensraum Lippeaue“ der Stadt Hamm“ vom 01. Dezember 2016 auf Seite 101 heißt.

Mit der offenen Gartenarbeit, die „mittels Patenschaften in eine langfristige Nutzung kommen soll“ (Ebenda), sollen die intergenerativen und interkulturellen Aspekte des Wohnens unterstützt und gefördert werden. Soweit die Theorie.

Doch in der Praxis kann von Vorzeige- und Leuchtturm-Projekt keine Rede sein. Zum infrastrukturellen Konzept gehören 18 große und vier kleine Hochbeete, 20 Flachbeete, eine Kräuterspirale, eine Wasserstelle, ein Kompostplatz, ein Geräteschuppen. Das gesamte Gelände im Stadtteil Bockum-Hövel macht jedoch einen tristen Eindruck. Es wirkt ungepflegt und wird nicht gut angenommen. Es fehlt die Aufenthaltsqualität. Keine einzige Bank lädt zum Verweilen und zum Genießen der Natur ein. Erholung kann so nicht stattfinden. Nicht einmal ein Unterstand ist vorhanden und der dürftige Kompostplatz (eingerahmt von zwei Kübelpflanzen) liegt im Freien. Die Gestaltung der Anlage und die Gartenkunst lassen zu wünschen übrig; von Garten-Romantik keine Spur! Die durchnummerierten Hochbeete aus Holz und Plastikfolie wirken wie Fremdkörper in der Landschaft. Auch die Flachbeete motivieren nicht zur Mitarbeit, weil sowohl Anreize als auch gartenbauliche Musterbeispiele fehlen.



Das Ganze wirkt – ähnlich wie viele Schulgärten – abweisend und erreicht nicht die Zielgruppe. Eine qualitative Weiterentwicklung ist dringend angesagt, zumal das Gelände auch außerhalb der Vegetationszeit (im Winter) attraktiv gestaltet sein sollte. Schließlich heißt es: „Das Projekt führen wir für die Menschen der Region durch. Die heute wenig attraktiven Bereiche der Lippeaue im innenstadtnahen Bereich werden aufgewertet und erlebbar gemacht.“ (www.hamm.de/erlebensraum-lippeaue?sword_list[0]=erlebensraum&no_cache=1)

Dabei bedarf es mehr als die guten Wünsche von Frau Krückel, die das Projekt von Seiten der Verwaltung offenbar mit dem Motto „Dienst nach Vorschrift“ betreut.

Die Bilder zeigen eine aktuelle Fotoreportage mit Momentaufnahmen vom 20. Mai 2020.

Fotos (5): Edmund A. Spindler

Aufruf zum Handeln

Edmund A. Spindler

Förderung und Verbrennung von Braunkohle – ein Relikt der Vergangenheit. Foto: creativ collection

Wenn die offizielle Politik auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene nicht auf die Probleme eingeht, die dringend gelöst werden sollen, schlägt in einer Demokratie – normalerweise – die Stunde der Opposition. Doch wenn auch sie verblasst und gleichgültig reagiert, ist ein Aufschrei aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft von Nöten, um die Prioritäten zu ändern. Eine solche Situation ist schon seit einiger Zeit beim Klimawandel, sprich Erderhitzung, und beim Umweltschutz auf vielen Politikebenen eingetreten.

Der (notwendige) Aufschrei führte jetzt zu einem von Prof. Dr. Stefan Heiland vom Institut für Landschaftsarchitektur und Umweltplanung der TU Berlin initiierten „Aufruf“, der von 191 Experten als Erstunterzeichner unterstützt wird: Die Experten setzen sich für eine klima- und naturverträgliche, sozial gerechte Lebens- und Wirtschaftsweise ein (www.bereit-zum-wandel.de).

Inhalt

Gefordert wird vor allem ein veränderter Umgang mit Energie und Ressourcen – „ohne Reduktion unseres Energie- und Ressourcenverbrauchs und ohne eine Änderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise werden Klimaschutz sowie eine sozial- und naturverträgliche Energiewende nicht möglich sein.“ Zum Selbstverständnis der Initiatoren gehört die Kritik am „stetigen Wachstum“ und die drastische Umkehr beim Material- und Energiekonsum bzw. die Frage darüber, „was genug ist“.

Die Experten sprechen bei der Einschätzung unserer Wirtschafts- und Lebensweise von einer „bedrohlichen Situation“. – „Umweltzerstörung, Artensterben und Klimawandel gefährden unsere Lebensgrundlagen“ – „Wir stehen in erster Linie vor einer sozialen und kulturellen Herausforderung.“ In dem Aufruf sehen sie den Einstieg in die notwendige gesellschaftliche Transformation, die von allen Entscheidungsträgern betrieben werden soll. Konkrete Forderungen zur klima- und naturverträglichen Lebensweise (z. B. Verzicht auf Kurzstreckenflüge, Reduzierung des Fleischkonsums, Kreislaufwirtschaft, u. a.) sind Gegenstand des Aufrufs.

Zu all den angesprochenen Veränderungen soll es in Zukunft zu einer Verstetigung der Initiative kommen, und die Unterzeichner erhalten einen regelmäßig erscheinenden Newsletter per E-Mail. Wer sich dem Aufruf anschließen will, kann sich auf der o. g. Homepage registrieren und in Kontakt zu den Initiatoren treten.

Fazit

Der Aufruf macht deutlich:

- Das Mensch-Natur-Verhältnis muss sich verändern, damit aus der Umwelt eine Mitwelt wird, die als Ganzes stabilisiert und erhalten werden muss.
- Die Rahmenbedingungen unserer Wirtschafts- und Lebensweise müssen sich grundlegend ändern; ein einfaches „Weiter so“ darf es nicht geben.
- Das Überleben der Menschheit auf der Erde hängt von der Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs ab.
- Hört auf die Wissenschaft und auf die besorgten Bürger, damit die Menschen in den planetaren Grenzen eine Zukunft haben – auch in Zeiten des Anthropozän!

Ökologisches Bauen schont Ressourcen! Foto: ProjektPhotos

Wölfe in Deutschland

Ausgehend von Westpolen breitet sich der Wolf seit rund 20 Jahren wieder in Deutschland aus – ohne menschliches Zutun. Fast 100 Jahre war der Wolf, abgesehen von einzelnen wandernden Wölfen, aus Deutschland verschwunden. Nach jahrhundertelanger Verfolgung galt er hierzulande als ausgerottet.

Die Bestätigung eines Wolfrudels auf einem militärischen Übungsplatz in der sächsischen Oberlausitz im Jahr 2000 war eine wildbiologische Sensation. Aus Polen eingewandert, hatte sich im Osten Deutschlands ein Wolfspaar angesiedelt und Junge aufgezogen. Von der Oberlausitz aus verbreitete sich das Wolfvorkommen in den Folgejahren nicht nur im Osten der Republik, sondern auch in nordwestliche Richtung zunächst nach Niedersachsen.

Für das Monitoringjahr 2019/2020 wurden in Deutschland 128 Rudel, 35 Paare und zehn sesshafte Einzeltiere nachgewiesen. Der Schwerpunkt der Verbreitung umfasst die Bundesländer Brandenburg (47 Rudel), gefolgt von Sachsen (28 Rudel) und Niedersachsen (23 Rudel).

Wölfe in NRW

Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es seit einigen Jahren wieder vereinzelte Hinweise auf durchziehende Wölfe. Aufgrund genetischer Nachweise geht das Landesumweltamt (LANUV NRW) davon aus, dass in verschiedenen Landschaftsräumen in NRW seit dem Jahr 2018 einzelne Wolfsindividuen standorttreu geworden sind.

Der Wolf ist eine international geschützte Tierart und genießt daher in Deutschland wie auch in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union den höchst möglichen Schutzstatus. In Deutschland gehört der Wolf – nach Bundesnaturschutzgesetz – zu den streng geschützten Arten. So ist es streng verboten, ihn zu fangen, zu verletzen oder gar zu töten. Die Jagd auf Wölfe ist verboten.

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz/
Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz

Foto: creativ collection

Masterplan Freiraum der Stadt Hamm

Zwischenstand – Mai 2020

Edmund A. Spindler

Im Entwurf heißt es auf Seite 8: „Der Masterplan Freiraum setzt sich mit der Bandbreite der erfassten Herausforderungen auseinander."

Dies stimmt nicht oder nur dann, wenn man mit einer groben Betrachtung, geringer Qualität, floskelnhaften Betrachtungen und wagen Andeutungen zufrieden ist. Auch die positiv gemeinte Chance zur „Klimaanpassung" (S. 8) kann man im sog. Masterplan nicht erkennen.

Deshalb mein erstes Fazit:

Die oberflächliche Analyse aus der Flugzeugperspektive hätte auch die Fotoredaktion des Westfälischen Anzeigers mit Luftaufnahmen von Hans Blossey erstellen können. Für die Diagnose sollte eigentlich ein kompetentes Planungsamt fähig sein. Dazu braucht man kein externes Gutachten, das nur Selbstverständlichkeiten auflistet und dünne Vorschläge unterbreitet.

Z. B.: „In den Freiräumen der Ortskerne sollen die Flächenanteile des motorisierten Individualverkehrs, insbesondere auch der Stellplätze, zu Gunsten von mehr Aufenthaltsqualität und Grün so weit wie möglich reduziert werden." (S. 29)

Statt solchen allgemein gehaltenen Textbausteinen wären Hinweise zum Um- und Weiterdenken für die politische Diskussion hilfreicher gewesen. Denn das Planungsamt braucht einen Neustart bei Fragen des Flächenschutzes und der Nachhaltigkeit!

Auch den „Beitrag zur Klimaanpassung" (S. 33) sehe ich in dem vorliegenden Werk nicht.

Die Verbindung zum Klimaschutz bleibt abstrakt und allgemein gehalten. Der notwendige klimaresiliente Stadtumbau kommt im sog. Masterplan viel zu kurz. Hier gibt es fachliche Defizite, unverzeihliche Lücken und offene Blindstellen für die notwendige Therapie auf der Ebene einer bürgernahen, nachhaltigen Stadtentwicklungsplanung.

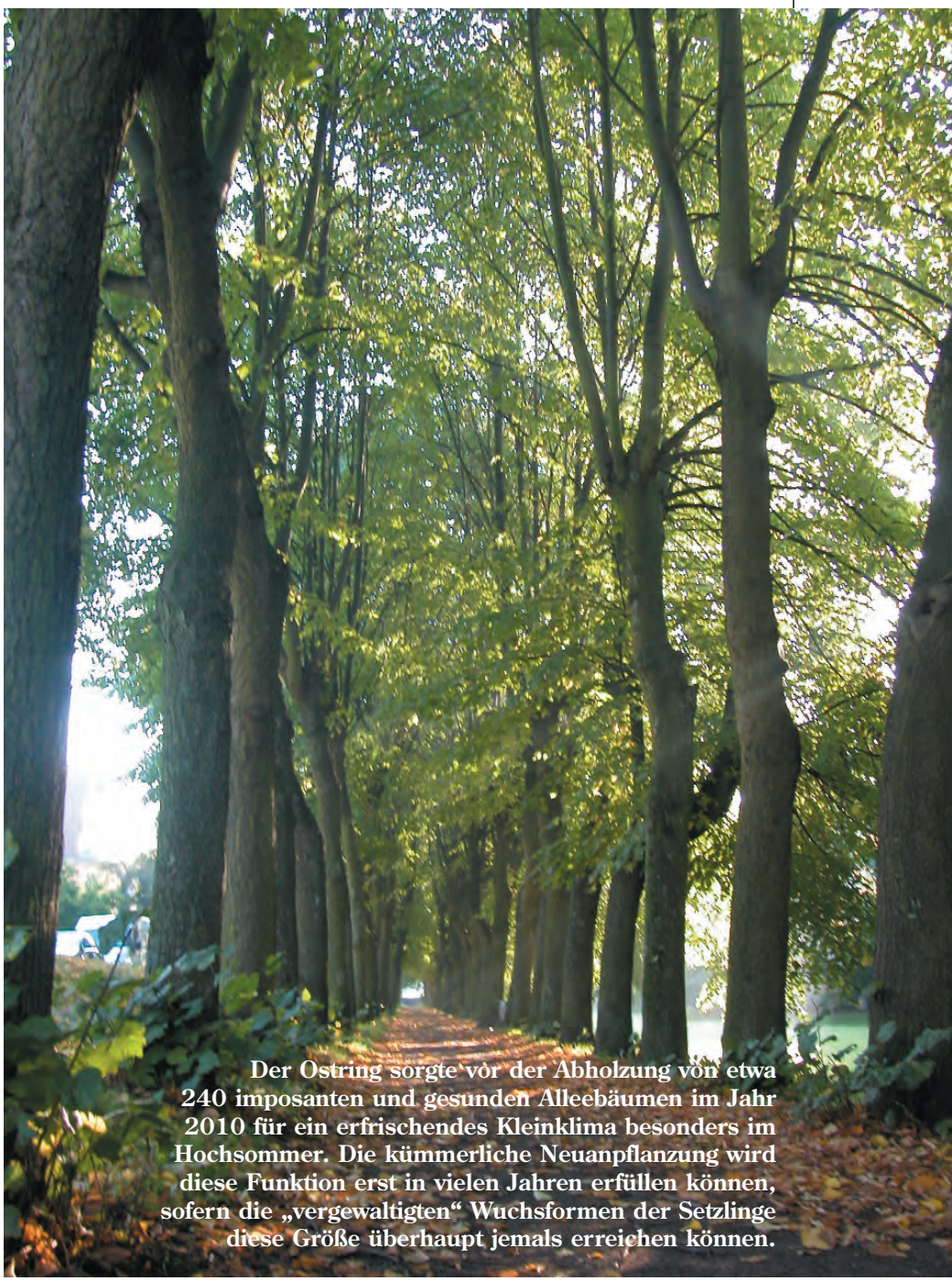
Daran ändern auch nichts die wissenschaftlich gehaltenen Formulierungen und Schlagworte, wie „Dryspells" (richtig wäre: dry spells) und „Schwammstadt-Prinzip" (besser: ergänzt mit Boden-Rohr-System) auf Seite 33.

Es fehlt der Problembezug:

Warum sind auf S. 38 die privaten Steingärten bzw. Schottergärten nicht problematisiert worden?

Warum ist die Baumschutzsatzung als ein Instrument für ein naturnahes Freiraum-Management unerwähnt geblieben?

Die Abbildungen auf S. 37 und 40 aus Straßburg und Berlin sind völlig überflüssig und ohne Erkenntniswert für die Situation in Hamm. Und wo sind die auf Seite 2 erwähnten Luftbilder von Hans Blossey zu finden?



Der Ostring sorgte vor der Abholzung von etwa 240 imposanten und gesunden Alleebäumen im Jahr 2010 für ein erfrischendes Kleinklima besonders im Hochsommer. Die kümmerliche Neuanpflanzung wird diese Funktion erst in vielen Jahren erfüllen können, sofern die „vergewaltigten" Wuchsformen der Setzlinge diese Größe überhaupt jemals erreichen können.

Naturschutz im Wandel –

auch eine Erinnerung an Prof. Dr. Gerhard Kneitz (1934-2020)

Edmund A. Spindler

Anmerkung der Redaktion:

Der Autor geht aus aktuellem Anlass auf die sich ändernde Bedeutung des Naturschutzes ein und skizziert den Modernen Naturschutz. Dabei erinnert er an den Zoologen und BUND-Mitbegründer Prof. Kneitz, der am 2. März 2020 im Alter von 85 Jahren gestorben ist und den er 1992 bei der UN-Umweltkonferenz, dem sog. „Erdgipfel", in Rio de Janeiro (Brasilien) näher kennengelernt hat.

Als UVP-Experte hat Edmund A. Spindler an der UN-Umweltkonferenz teilgenommen und mit Kollegen den Deutschen Stand im Global Forum in Rio betreut. Danach war er ein Wegbegleiter und Zeitzeuge des Modernen Naturschutzes, wie ihn auch Prof. Kneitz geprägt hat.

„Die Natur pfeift aus dem letzten Loch." (Franz Alt/Dalai Lama 2020, S. 16)

Das Naturschutz-Thema bewegt nach wie vor – auch und gerade in der Corona-Krise – viele Menschen. Der Raubbau an der Natur und die Sorgen um die Natur sind real und vielfach belegt: Der Natur geht es nicht gut, das Naturgefüge ist aus den Fugen geraten, so der allgemeine Tenor. Für die Bereiche Artenschutz, Biologische Vielfalt, Biotop- und Landschaftsschutz, Flächenverbrauch und Landbewirtschaftung liegen hierzu sowohl vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) als auch vom Umweltbundesamt (UBA) eine Vielzahl von Studien offiziell vor (vgl. www.bfn.de und www.umweltbundesamt.de sowie Glaubrecht 2019). Doch passiert ist nicht viel. Es bleibt bei wissenschaftlichen Analysen und bei wertfreien Problematisierungen, die die Archive füllen. Lösungen sind nicht in Sicht.

Viele fragen sich deshalb, wie der Schutz der Natur angesichts der zunehmenden anthropogenen Eingriffe und des Klimawandels auf globaler und lokaler Ebene noch gelingen kann (vgl. Göpel 2020) und welche Handlungsfelder dringend bearbeitet werden müssen (vgl. z.B. Pe'er 2020 und Soentgen 2020).

Die vertrackte Situation des Naturschutzes in Hamm mit der Kontroverse zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Naturschützern bei Entscheidungen des Naturschutzbeirates (vgl. Schölermann 2020) zwingt zudem zum weiteren intensiven Nachdenken. Doch Nachdenken und Schweigen sind hier nicht angebracht. Stattdessen muss man offen und laut fragen, wohin der Konflikt führt und wie eine zukunftsfähige Lösung aussehen soll. Schließlich ist Naturschutz auf kommunaler Ebene nötiger denn je. In Zeiten des Anthropozän, dem neuen Menschenzeitalter (vgl. Ellis 2020), ist es wichtig, die planetarischen Grenzen der Natur zu respektieren und umfassend zu schützen. Gefordert sind hier sowohl der amtliche Naturschutz als auch das private Engagement aus der Zivilgesellschaft. Der Naturschutz lebt von dessen Zusammenspiel, wie die Historie zeigt.

Geschichte des Naturschutzes

Begonnen hat der Naturschutz in Deutschland nach dem Zeitalter der Aufklärung (etwa 1720-1785) Ende des 18. Jahrhunderts mit dem Engagement von aufgeklärten Bürgern, die den Wert der Natur- und Landschaftsflächen erkannten und sich dafür privat einsetzten. Erst danach entstand der amtliche Naturschutz (vgl. Linhart 2008).

Zu den ersten Flächenschutzbemühungen des praktischen Naturschutzes gehören die Unterschutzstellungen des Bamberger Hain (1804) und des Drachenfelses in Königswinter 1836. Letzterer sollte als Steinbruch genutzt werden. Das fand aber wenig Anklang bei den besser situierten Kreisen der damaligen Gesellschaft. Sie wollten die malerische Schönheit des Drachenfelses erhalten und konnten sich mit Hilfe des preußischen Königshauses durchsetzen. 1836 kaufte die preußische Regierung einen Teil des Geländes und wehrte damit den Eingriff in die Landschaft ab. Heute ist der Drachenfels faktisch das älteste Naturschutzgebiet Deutschlands im NSG Siebengebirge.

Ein weiteres historisches Beispiel des privat initiieren Naturschutzes geht auf den Berliner „Klavierprofessor", Komponisten und Musikpädagogen Ernst Rudorff (1840-1916) zurück: Er erwarb die Ruine der Burg Lauenstein am Ith mit dem Burgberg, auf dem ein Bierlokal geplant war. Auch rettete Rudorff 1886 durch Ankauf eine jahrhundertealte Eichen-Allee am Fuß des Krähenberges, die für eine Flurbereinigung gefällt werden sollte. Von ihm wurde 1888 sogar das Wort „Naturschutz" erstmals geprägt und Gegenstand einer eigenen Fachdisziplin, die sich zu einer „festen Größe im öffentlichen Leben" (Linhart 2008, S. 20) entwickelte. Neuere historische Forschungen des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) belegen, dass der deutsche Naturforscher und Tierpräparator Philipp Leopold Martin (1815-1885) zu den ersten Vordenkern des Naturschutzes gehört. Er soll schon 1871 den Begriff „Naturschutz" genutzt haben (vgl. Marian et al. 2020, S. 63).

Zur Erläuterung: Der Naturschutz wird von amtlichen, ehrenamtlichen und privaten Institutionen getragen und wie folgt interpretiert:

„Der amtliche Naturschutz ist als gesetzlich zugewiesene hoheitliche Aufgabe in die Zuständigkeitsregelung und die Behördenhierarchie der öffentlichen Verwaltung eingebunden.

Der ehrenamtliche Naturschutz rekrutiert sich freiwillig, hat dann aber neben gewissen Rechten auch gesetzliche Pflichten.

Der private Naturschutz hat ggf. einige Rechte, aber keine Pflichten, d.h. er kann nach eigenem Belieben tätig oder untätig sein, ohne jemandem Rechenschaft ablegen zu müssen." (Gerß 1998, S. 39, eigene Hervorhebung)

Zu den rein ästhetischen und romantischen Gesichtspunkten des frühen Naturschutzes kamen im

19. Jahrhundert noch verstärkt die Aspekte des Tier- und Pflanzenschutzes zur Wirkung. Als Beispiel sei hier auf Lina Haehnle (1851-1941) hingewiesen; sie gehört zu den Pionieren des Vogelschutzes und gründete 1899 den „Bund für Vogelschutz“, die Keimzelle des heutigen Naturschutzbundes (NABU).

Bis dahin und im frühen 20. Jahrhundert hatte der Naturschutz rein konservative Ziele. Es ging vor allem darum, die Natur in unmittelbaren Lebensumfeld vor den Auswirkungen der Industrie zu schützen und größere Eingriffe in den Naturhaushalt zu verhindern. Fakt ist aber auch, dass schon die frühen Naturschutzleistungen von den Ideen des Heimatschutzes geprägt waren. Schon bei Ernst Rudorff wird deutlich, wie die Heimatliebe seinen Naturschutz beeinflusste: 1904 gründete er den „Bund Heimatschutz“, der 1914 zum „Deutschen Bund Heimatschutz“ wurde und enge Verbindungen zur Völkischen Bewegung und zum Nationalsozialismus pflegte. Im kürzlich erschienen Jahrbuch Ökologie 2021 mit dem Titel „Ökologie und Heimat. Gutes Leben für alle oder die Rückkehr der braunen Naturschützer?“ ist der prekäre Zusammenhang von Naturschutz und Heimatschutz gründlich aufgearbeitet, kritisch bewertet und für die zukünftige Naturschutzpolitik zielführend weiterentwickelt worden (vgl. Leitschuh et al. 2020).

Die frühen Beispiele aus der Geschichte des Naturschutzes belegen, wie wichtig es schon immer war, dass bei uns der Schutz der Natur im Zusammenwirken von Privaten und staatlichen Stellen funktioniert. Die Normierung hat diese Erkenntnis aufgegriffen und in den folgenden Jahren auch gesetzlich festgeschrieben: 1919 wurde der Naturschutz als Ziel in die Weimarer Verfassung aufgenommen, 1925 erstmals ein Deutscher Naturschutztag veranstaltet (vgl. www.deutscher-naturschutztag.de, Kraft/Wurzel 1997 sowie Kraft et al. 1998) und 1935 das **Reichsnaturschutzgesetz (RNG)** während des Nationalsozialismus verabschiedet. Mit der „Blut- und Boden-Theorie“ und der sogenannte „Lebensraumphilosophie“ (vgl. Lange 1965) wurde dieses Gesetz von den Nationalsozialisten total mißbraucht und der Naturschutzauftrag ins Gegenteil verkehrt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Wiederaufbaues, in der das kaum „entnazifizierte“ RNG formal weiterhin galt (vgl. Franke 2015, S. 8), geriet der Naturschutzgedanke in den Hintergrund. Erst die aufkommende Umweltbewegung leitete eine Wende ein. Deshalb stimmt die Beobachtung: „Im Naturschutz haben linke und liberale Positionen erst seit Anfang der 1970er Jahre eine Mehrheit, nachdem der Umwelt- und Naturschutz immer stärker ins Zentrum der politischen Debatte rückte, nicht mehr verklärend und romantisierend, sondern mit dem Ziel einer ökologischen Gestaltung der Gesellschaft.“ (Marian et al. 2020, S. 61).

Wegweisend war das Buch „Silent Spring“ (in deutscher Übersetzung: „Der stumme Frühling“), das die amerikanische Biologin Rachel Carson 1962 veröffentlichte (vgl. Carson 2007). Auch die politischen Forderungen von Willy Brandt am 28. April 1961 in der Beethovenhalle in Bonn („Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden!“) sowie neue ökologische Erkenntnisse aus der Wissenschaft und von neuen Umweltinitiativen (z.B. 1961 die „Grüne Charta von der Mainau“ und die Gründung des WWF, 1962 die Gründung des Deutschen Rates für Landespflege, DRL, und 1972 der Club of Rome mit den „Grenzen des Wachstums“) haben den traditionellen Naturschutz im Rahmen der Umweltpolitik wieder zum Leben erweckt. Es gab sogar einen „Beauftragten der

UN-Umweltkonferenzen

1. UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm (Schweden)
2. UN-Umweltkonferenz 1982 in Stockholm (Schweden)
3. UN-Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro (Brasilien)
4. UN-Umweltkonferenz 2002 in Johannesburg (Südafrika)
5. UN-Umweltkonferenz 2012 in Rio de Janeiro („Rio+20“)
6. UN-Umweltkonferenz 2022 in Stockholm (geplant: „50. Jubiläum“)

Abb. 1: UN-Umweltkonferenzen
Quelle: Spindler 2011, S. 6 und Spindler 2013, S. 14, ergänzt

Der Drachenfels ist faktisch das älteste Naturschutzgebiet Deutschlands im NSG Siebengebirge *Foto: Karsten Thiele*

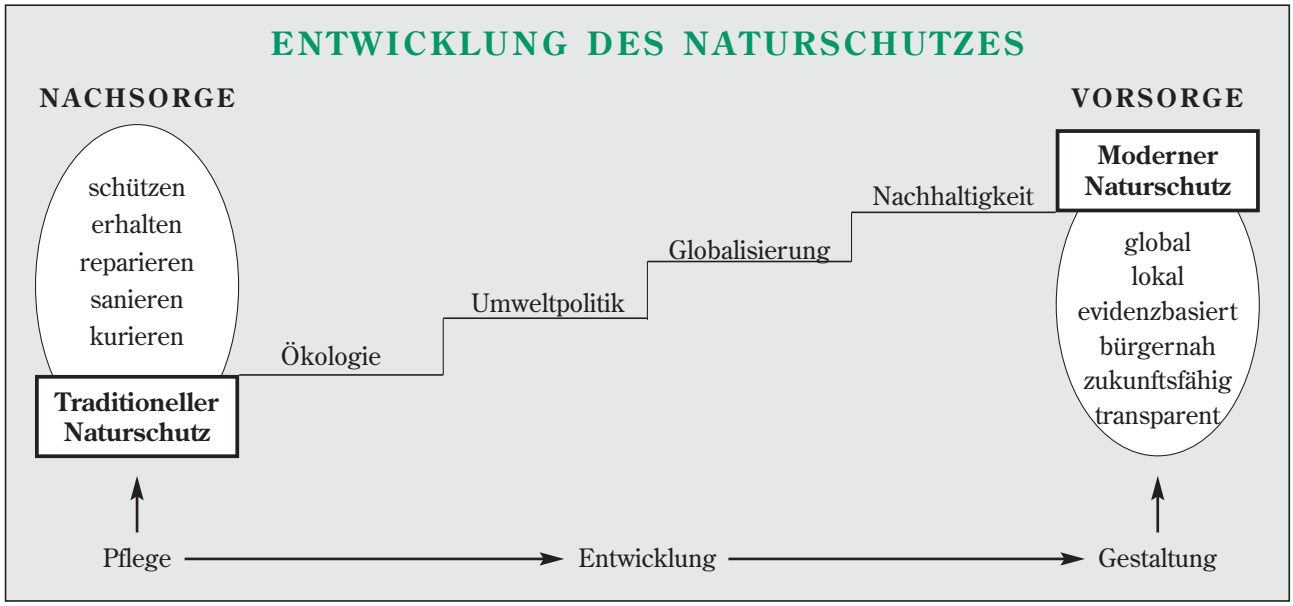


Abb. 2: Entwicklung des Naturschutzes *Quelle: Eigene Darstellung*

Bundesregierung für Naturschutz" (Prof. Grzimek), „der aber sehr bald aus Frustration sein Amt ohne einen Nachfolger niederlegte" (Gerß 1998, S. 52).

Das 1971 erstellte „Umweltprogramm" (nach dem „Sofortprogramm" vom 17.9.1970 der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt) vom damaligen Innenminister Genscher kann als Beginn der bundesdeutschen Umweltpolitik gewertet werden. Interessant ist, dass hieraus kein Umweltgesetz, wie in den angelsächsischen Ländern, folgte, sondern der Naturschutz als fachlicher Teil der Umweltpolitik zum Gesetzesauftrag wurde. Naturschutz ist bei uns mit Umweltschutz nicht vollständig identisch, weil wir den Begriff der „Umwelt" i.d.R. nicht ganzheitlich als „Mitwelt" oder „Unswelt" verstehen, wie dies z.B. im Buddhismus üblich ist.

Hinzu kamen – nicht zuletzt aufgrund der Globalisierung – immer mehr internationale Aktivitäten zu Natur- und Umweltthemen (Biodiversität, Klimawandel, Desertifikation u.a.), sowie das Konzept der nachhaltigen Entwicklung (sustainable development) bzw. der Nachhaltigkeit, die sich seit 1972 in den großen UN-Umweltkonferenzen im Dekadenrhythmus (alle zehn Jahre) zeigen.

In dieser Zeit der Internationalisierung, Politisierung und Reglementierung des Natur- und Umweltschutzes wurde klar, dass es bei Fragen des Naturschutzes immer auch um Zuständigkeits- und Machtfragen geht. Naturschutz hat immer etwas mit der Landnutzungspolitik zu tun und ist daher von jeher politisch. Im **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG,** Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege), das 1976 erlassen wurde und das Reichsnaturschutzgesetz ablöste, wird dies in den sogenannten „Abwägungsklauseln" deutlich. D.h. beim Naturschutz spielen die politischen Überlegungen eine große Rolle; sie sind oft entscheidungsrelevant und die zuständigen Stellen haben in der Regel einen relativ großen Interpretationsspielraum, der gerne (partei-)politisch genutzt wird.

Das BNatSchG ist die zentrale Grundlage des deutschen Naturschutzes; es entspricht den demokratischen Ansprüchen und liefert die formalen und inhaltlichen Voraussetzungen für den gesamten Naturschutz in den jeweiligen Gesetze in den Bundesländern. In NRW ist der Naturschutz im **Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW,** Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen) geregelt, was – interessanterweise – in den Anfangsjahren 1975 bis 2016 noch „Landschaftsgesetz" hieß.

Moderner Naturschutz

Man sollte meinen, dass mit den vorliegenden gesetzlichen Regelungen und den verbindlichen internationalen Absprachen der Naturschutz für die Zukunft gut gerüstet sei. Doch das Gegenteil ist der Fall: Nach wie vor gibt es Probleme bei der Umsetzung, bei der Festlegung von Prioritäten und bei (wirtschaftlichen) Interessenkonflikten. So wird zum Beispiel seit Jahren an der Funktion und den Aufgaben von Naturschutzbeiräten „herumexperimentiert" (Gerß 1998, S. 60). D.h. die inhaltliche Debatte um den „richtigen" Naturschutz geht vehement weiter; Naturschutz ist und bleibt eine (politische) Auslegungssache. Strittig ist nach wie vor die Frage, ob die Natur um ihrer selbst Willen oder für den Menschen geschützt werden soll („Selbstschutz der Natur" versus „utilitaristischer Lebensschutz"). Bei dieser Theorie wird oft übersehen, dass der Mensch als Lebewesen ein Teil der Natur ist und von ihr abhängt. Definitorisch (und juristisch) ist auch noch relevant, ob der Naturschutz auf 100 % der Fläche oder nur punktuell in Schutzgebieten (sogenannter „Reservats-Naturschutz" nach dem Motto: Schutzgebiet versus Schmutzgebiet) stattfinden soll (vgl. Gasser 2016).

Derzeit verstärken sich die Naturschutz-Konflikte noch mit den Diskussionen über die zukünftige nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft, sodass es hier zu Überschneidungen und Weiterentwicklungen in den Themenfeldern Umweltschutz, Ökologie, Wirtschaft, Landwirtschaft, Nachhaltigkeit und Zukunftsvorsorge kommt. Schon von daher zeichnet sich ein Trend ab, der den traditionellen Naturschutz zu einem zeitgemäßen, modernen Naturschutz führt. Dabei ist das überbordende Wirtschaftswachstum ein strittiges Thema und die Nachhaltigkeit ein immer wichtiger werdender Knackpunkt. Denn: „Eine Wirtschaftsweise, die in einer begrenzten Welt mit endlichen Ressourcen auf stetes Wachstum setzt, ist nicht nachhaltig." (Göpel 2020, S. 96)

Zusammenfassend kann man sagen: Der traditionelle Naturschutz

hat sich in den letzten 130 Jahren stufenförmig über (1) Ökologie (2) Umweltpolitik, (3) Globalisierung und (4) Nachhaltigkeit zum modernen Naturschutz entwickelt (s. Abb. 2).

Der moderne demokratische Naturschutz hat zwar tiefe Wurzeln im Konservatismus, ist aber nicht unpolitisch. Er geht auf die aktuellen Strömungen unserer „Nachhaltigkeitsgesellschaft“ (Göpel 2020, S. 188) ein und setzt sich zunehmend mit Zukunftsfragen der Menschheit auseinander. Und zwar nach dem Motto „Global denken, lokal handeln“ wie es René Dubos (1901-1982) mit seinem „Think Globally, Act Locally“ schon bei der 1. UN-Umweltkonferenz 1972 propagiert hat. Die Entwicklung geht in Richtung Zukunftsvorsorge und um ein neues Mensch-Natur-Verhältnis. Dabei geht es auch darum, den ambivalenten Begriff der Heimat ökologisch neu zu definieren und für den modernen Naturschutz im Anthropozän in Richtung „Ökohumanismus“ weiterzuentwickeln (vgl. Ibisch und Sommer 2020).

Das neue Potenzial des Modernen Naturschutzes liegt im Management der Zukunftsvorsorge und in der Steuerung der nachhaltigen Entwicklung. Dabei geht es auch immer um die Lösung „innerökologischer Konflikte“ (Soentgen 2020, S. 47). Das Verhalten der Menschen und die Verhältnisse in der Gesellschaft müssen sich ändern und neuen ökologischen Prioritäten Platz machen.

„Ja, die Ökologie ist die Schlüsselfrage der Menschheitszukunft.“
(Ibisch und Sommer 2020, S. 242)

Der Moderne Naturschutz hilft vorsorgend und präventiv mit, heute die Welt von morgen nachhaltig zu gestalten! Diese Art des Naturschutzes – global, evidenzbasiert, gesellschaftlich relevant bzw. bürgernah und lokal – erinnert an den Biologen, Künstler und Naturschützer Prof. Dr. Gerhard Kneitz, der am 2. März 2020 in Remlingen (bei Würzburg) gestorben ist. Er war ein Pionier und Vordenker des Umwelt- und Naturschutzes in Deutschland. Er konnte sowohl Wissenschaft und Forschung als auch Kultur und Kunst mit dem Naturschutz gut in Verbindung bringen. Und: Er kannte die globale Herausforderung und die lokalen Bedürfnisse; sein Wirken war in der Tat auf die Glokalisierung des Naturschutzes gerichtet.

Seine angewandte Naturschutzforschung kam während seiner Zeit

Abb. 3: Prof. Dr. Gerhard Kneitz (Foto: Theresa Müller)
Quelle: BUND Naturschutz in Bayern, www.bund-naturschutz.de

am Institut für Angewandte Zoologie an der Universität Bonn von 1974 bis 1999 in den Studienschwerpunkten „Ökologie und Umwelt“ gut an. Im verdanken wir grundlegende wissenschaftliche Erkenntnisse über die Ökosysteme Weinberg, Auenwald, Wattenmeer und Agrarlandschaften. Sein Terrain war aber nicht nur der Elfenbeinturm der Wissenschaft, sondern die Naturschutzpraxis vor Ort in der Gesellschaft. Er wollte innovativ handeln und scheute vor keinem Konflikt zurück. Nach dem Aufbau der Kreisgruppe Würzburg des Bund Naturschutz (BN) 1973 gehörte er am 20. Juli 1975 zu den Mitbegründern des Bund für Natur und Umweltschutz Deutschland e.V. (dem heutigen BUND) in Marktheidenfeld (in seinem „Revier“ am Main), für den er dann jahrzehntelang in vielen leitenden Funktionen tätig war. Zudem war er Mitglied des Naturschutzbeirats bei der Regierung von Unterfranken und gilt als Prototyp eines „Langzeit-Ehrenamtlichen“ des modernen Naturschutzes.

Als Notiz am Rande sei noch erwähnt, dass der BUND 1975 – wie erwähnt – als „Bund für Natur und Umweltschutz Deutschland e.V. (BNUD)“ gegründet wurde und 1976 die Umbenennung in „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)“ erfolgte (vgl. Franke 2015). D.h. der „Natur“-Titel war (nur) am Anfang prioritär.

Zu den herausragenden Projekten von Prof. Kneitz gehört der Erhalt der Rhönschafrasse. Er war nicht nur Initiator, sondern über Jahrzehnte hinweg der Motor des Projektes bei dem eine alte vom Aussterben bedrohte Nutztierrasse in der Rhön gerettet und wertvollste Kulturlandschaft durch Beweidung gesichert wurde. Erfolgreich war er auch mit seinem bundesweit bekannt gewordenen Engagement zum Schutz des Hafenlohrtals im unterfränkischen Spessart, in dem ein Stausee geplant war.

Sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement beim BUND brachte ihm Respekt und viele Ehrungen ein (Bundesverdienstkreuz, Deutscher Kulturpreis (Ehrenpreis), Bayerische Umweltmedaille, Bayerischer Naturschutzpreis u.a.).

Hervorzuheben sind hier noch seine Mitorganisatorenschaft beim 1. Deutschen Umweltschutztag (DUT) vom 6. bis 8. Juni 1986 in Würzburg, der mit der impulsreichen „Würzburger Erklärung“ (nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl) endete, und seine Teilnahme an der UN-Umweltkonferenz im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Bei beiden Veranstaltungen habe ich ihn kennen und schätzen gelernt. Beeindruckt hat mich sein ganzheitlicher Blick auf den Naturschutz und seine künstlerischen Zeichnungen im Postkartenformat, von denen über 30.000 Karteikärtchen vorhanden sein sollen. Fast alle wichtigen Momente und Situationen seines Lebens hat Kneitz mit dem Zeichenstift, zumeist mit Kugelschreiber, auf ungezählten kleinen Karten festgehalten. Einige seiner Bilder-Tagebücher sind schon zum Gegenstand öffentlicher Ausstellungen geworden.

Prof. Kneitz war ein bewundernswerter Vertreter des Modernen Naturschutzes, von dem man viel für die heutige Praxis lernen kann. Hierzu gehören Weitblick, Ausdauer und gesellschaftlicher Engagement, aber auch Fragen zu erstaunlichen Phänomenen, wie es in seinem folgenden Zitat zum Ausdruck kommt:

„Das größte Wunder, das wir Menschen auf unserem Planeten Erde erfahren dürfen, ist Teil zu sein einer unglaublichen Vielfalt und Schönheit des Lebens, die sich im Vorgang der Evolution entwickelt haben und stetig selbst erneuern. Umso mehr verwundert es, dass die zur Erhaltung der Lebensgrundlagen notwendigen Erkenntnisse so schwer vermittelbar sind.“ (www.stiftung-kulturfoerderung.de)

Fazit

Aus der Historie des Naturschutzes und insbesondere aus dem Lebensweg von Prof. Kneitz kann man lernen, wie sehr der Einsatz und der Erfolg beim Schutz der Natur von der Integrität der beteiligten Personen abhängt. Das bescheidene und entschlossene Auftreten von Prof. Kneitz sowie seine Ausdauer und der Weitblick von vielen Naturschutz-Pionieren sind entscheidende Charakterzüge bei privaten, ehrenamtlichen und amtlichen Naturschützern, wie man sie beim Modernen Naturschutz braucht. Die Anstrengungen hierzu können von allen drei Seiten erfolgen; nur gemeinsam ist die moderne Art des Naturschutzes möglich. Doch eins macht die Geschichte klar: Der moderne, nachhaltig geprägte Naturschutz braucht das Engagement von privaten und ehrenamtlich tätigen Naturschützern als Treiber zur aktiven Gestaltung der Zukunft. Immerhin engagieren sich in Deutschland elf Millionen Menschen für den Naturschutz.

Das gemeinsame Ziel kann nur die „starke (ökologische) Nachhaltigkeit" sein, die konsequent sagt, was sachlich geht und was nicht geht. Zur Not ist ein „Imitationslernen" bei den Naturschützern notwendig, damit der Druck von unten auch bei den hauptamtlichen Naturschützern in der Verwaltung und bei der Politik ankommt. Sie müssen lernen, nicht nur ihren Experten, sondern ihren Bürgern zuzuhören. Beim Naturschutz gilt: **Der Bürger ist der Experte!**

Zu diesem Ergebnis muss man auch in Hamm kommen, um die Rivalität zwischen den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Naturschützern im Beirat der Unteren Naturschutzbehörde auflösen zu können.

Und: Die Kritiker der offiziellen Naturpolitik dürfen nicht resignieren; sie sollten weiterhin als Vorreiter optimistisch agieren, neue Projekte im Sinne der starken Nachhaltigkeit anstoßen und damit die dringend notwendige ökologische Wende in Hamm einleiten.

Auf kommunaler Ebene sind Projekte notwendig, die den Naturschutz im Lebensalltag der Menschen betreffen und deutlich machen, dass der Schutz der Natur nicht nur verwaltet, sondern nachhaltig gestaltet werden muss.

Wir brauchen eine „Naturrealpolitik" in Form eines „ökologischen Grundvertrages" (www.ethik-heute.org) und einen nachhaltigen Umgang mit der Erde im Anthropozän. Wir müssen uns ständig fragen, wie eine ökologische Zukunft aussehen soll und welche Ziele wir eigentlich verfolgen, Privatziele oder das Ziel des Gemeinwohls. Als Richtschnur und Kompass zur Veränderung bietet sich hier die gelebte Nachhaltigkeit von Naturschützern geradezu an!

Epilog

Zu den erfolgreichen Beispielen auf lokaler Ebene gehören neben den Projekten von Prof. Kneitz auch das Werk von Karl Ludwig Schweisfurth, der ebenfalls den ganzheitlichen Naturschutz im Blick hatte:

„Verbreite Schönheit und die Schmetterlinge kommen wieder."

Dieser Satz des kürzlich verstorbenen Karl Ludwig Schweisfurth (1930-2020) kann auch für den Modernen Naturschutz stehen: Er zeigt, was von privater Hand zum Schutz und zur Entwicklung der Natur in Theorie und Praxis in die Wege geleitet werden kann.

Der Bio-Pionier Karl Ludwig Schweisfurth war ein Visionär, Reformer und Mahner für mehr Ökologie und Umweltschutz. Sein Lebenswerk war vor allem auf die Land- und Ernährungswirtschaft und auf die handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ausgerichtet. Sein Vermächtnis kann zum Leitbild für eine zukunftsfähige Politik genutzt werden. Ihm ging es mit seinen Projekten „Herrmannsdorfer Landwerkstätten", „Bio-Hotel Sonnenhausen" und der „Schweisfurth-Stiftung" (in Glonn und in München) immer um Qualität und um Nachhaltigkeit

Literatur

Alt, Franz und Dalai Lama: Der Klima-Appell des Dalia Lama an die Welt. Schützt unsere Umwelt. Wels bei Salzburg: Beneventa Verlag, 2020

Carson, Rachel: Der stumme Frühling. München: C.H. Beck Verlag, 52007

Ellis, Erle C.: Anthropozän. Das Zeitalter des Menschen – eine Einführung. München: oekom verlag, 2020

Franke, Nils M.: 40 Jahre BUND. Die Geschichte des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. 1975-2015. Leipzig: Wissenschaftliches Büro, Juli 2015

Gasser, Erich: Natur- und Landschaftsschutzrecht. Berlin: Erich Schmidt Verlag, 22016

Gerß, Wolfgang: Naturschutz in der Mitverantwortung von Bürgern. Ehrenamtliche Tätigkeiten im deutschen Naturschutz. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang, Oktober 1998

Glaubrecht, Matthias: Das Ende der Evolution. Der Mensch und die Vernichtung der Arten. München: C. Bertelsmann Verlag 32019

Göpel, Maja: Unsere Welt neu denken. Eine Einladung. Berlin: Ullstein Buchverlage, 22020

Ibisch,Pierre L. und Sommer, Jörg: Für einen globalen Ökohumanismus. Wie wir die Grenzen von Natur- und Heimatschutz überwinden. In: Leitschuh, Heike et al. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2021, Stuttgart: S. Hirzel Verlag, 2020, S. 231-243

Kraft, Bärbel und Wurzel, Angelika: Die Themen der Deutschen Naturschutztage – ein geschichtlicher Überblick. Von den Anfängen bis zum 2. Weltkrieg. In: Natur und Landschaft, Heft 1, 1997, S. 3-11

Kraft, Bärbel, Lüderwaldt, Dietrich und Wurzel, Angelika: Deutsche Naturschutztage nach 1945 – Trends, Schwerpunkte, künftige Entwicklung. Vortrag am 14. Dezember 1998 in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg zum Gedenken an Wolfgang Erz. In: BfN (Hrsg.): Naturschutzbilanzen. Entwicklungen, Probleme und Aufgaben im Naturschutz – Elemente zur Standortbestimmung und Weiterarbeit, Bonn: BfN, 1999, S. 113-134

Lange, Karl: Der Terminus „Lebensraum" in Hitlers „Mein Kampf". In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 4, 1965, S. 426-437

Leitschuh, Heike et al. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2021. Ökologie und Heimat. Gutes Leben für alle oder die Rückkehr der braunen Naturschützer? Stuttgart: S. Hirzel Verlag, 2020

Linhart, Wolfgang: Naturschutz – Entwicklung, Grundzüge, Schutzkategorien und Instrumente des Naturschutzes in Deutschland. Studienarbeit an der Universität Marburg. München: GRIN Verlag, 2008

Marian, Hans-Gerd, Müller, Michael und Sommer, Jörg: Naturschutz ist nicht unpolitisch. In: Leitschuh, Heike et al. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2021. Stuttgart: S. Hirzel Verlag, 2020, S. 60-71

Pe'er, Guy et al.: Handeln dringend erforderlich für mehr Nachhaltigkeit in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Fachpublikation und Wissenschaftserklärung. Leipzig: Deutsches Zentrum für integrierte Biodiversitätsforschung (iDiv) und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), März 2020

Schölermann, Ulrich: Naturschutzbeirat: Fünf langjährige Mitglieder werfen das Handtuch. In: Die Ökologische. Zeitschrift für Hamm, Nr. 4, Januar 2020, S. 26-27

Soentgen, Jens: Klima: Was heißt nun politisches Handeln? Wirksam wird die Umweltpolitik, wenn sie spürbar das Leben vor Ort verbessert. In: DIE ZEIT, Nr. 21, 14. Mai 2020, S. 47

Spindler, Edmund A.: Geschichte der Nachhaltigkeit. Vom Werden und Wirken eines beliebten Begriffes. Lexikon der Nachhaltigkeit (www.nachhaltigkeit.info). Aachen: Aachener Stiftung Kathy Beys, 2011

Spindler, Edmund A.: The History of Sustainability. The Origins and Effects of a Popular Concept. In: Jenkis, Ian and Schröder, Roland (Editors): Sustainability in Tourism. A Multidisciplinary Approach. Wiesbaden: Springer Gabler, 2013, Page 9-31

Bodenschutz im Viererpack

Edmund A. Spindler

Wenn innerhalb kürzester Zeit im deutschen Buchhandel vier populärwissenschaftliche Bücher zum Bodenschutz angeboten werden und drei davon den gleichen Titel „Der Boden“ tragen, wird man ökologisch aufmerksam und zum Lesen aufgefordert. Denn selten ragen vier gut gemachte Bücher themenbezogen aus der Vielzahl der Boden-Publikationen heraus, wie gerade jetzt. Offenbar ist die Zeit reif für das Bodenschutzthema. Denn selbst die Agenda 2030 der UN (vom September 2015) enthält auf globaler Ebene ein eigenes Entwicklungsziel für Böden. Im Sustainable Development Goal 15 (SDG 15: „Leben an Land“) wird die nachhaltige Nutzung der Böden gefordert. Bis 2030 sollen u. a. die Landökosysteme geschützt und die Bodenverschlechterung sowie der Biodiversitätsverlust gestoppt werden. Wie wichtig und schwer das ist, wird auf lokaler Ebene deutlich. Insofern ist die Lektüre von Bodenschutz-Büchern nicht nur Umweltschützern und ökologisch gesinnten Zeitgenossen, sondern allen zu empfehlen, die sich über das Mensch-Natur-Verhältnis Gedanken machen und sich fragen, auf welcher (natürlichen) Grundlage wir eigentlich leben.

Zum aktuellen „Bodenschutz im Viererpack“ gehören die Bücher (in chronologischer Reihenfolge des Erscheinens):

Florian Schwinn: Rettet den Boden! Warum wir um das Leben unter unseren Füßen kämpfen müssen. Frankfurt am Main: Westend Verlag, Juni 2019, 270 Seiten, ISBN 978-3-86489-242-4 (24,00 Euro)

Susanne Dohrn: Der Boden. Bedrohter Helfer gegen den Klimawandel. Berlin: Christoph Links Verlag, Oktober 2019, 250 Seiten, ISBN 978-3-96289-054-1 (18,00 Euro)

Ina Sperl: Der Boden. Das verborgene Universum zu unseren Füßen. München: Gräfe und Unzer Verlag, November 2019, 190 Seiten, ISBN 978-3-8338-7130-6 (17,99 Euro)

Peter Laufmann: Der Boden. Das Universum unter unseren Füßen. München: C. Bertelsmann Verlag, März 2020, 190 Seiten, ISBN 978-3-570-10406-4 (18,00 Euro)

Interessant ist als erstes festzustellen, dass alle Autorinnen und Autoren im journalistischen Bereich arbeiten und keine ausgebildeten Bodenkundler sind.

- Florian Schwinn (Jg. 1954) ist Journalist, Reporter, Radiomoderator und Autor. Er studierte Germanistik und Politik in Frankfurt am Main und arbeitet beim Hessischen Rundfunk. Als Sachbuchautor konzentriert er sich auf die Themen Umwelt, Klima und Landwirtschaft.
- Dr. Susanne Dohrn (Jg. 1955) ist freie Journalistin und Publizistin. Sie studierte Englisch und Geschichte in Hamburg und ist SPD-Ratsfrau in ihrer Stadt Tornesch (Schleswig-Holstein).
- Ina Sperl ist Autorin und Journalistin. Sie studierte Kunstgeschichte und Ethnologie u.a. in Münster. Ihre Buchprojekte beziehen sich auf Gartenthemen. Sie lebt in Köln und führt ein Gartentagebuch.
- Peter Laufmann (Jg. 1973) ist Autor und Redakteur. Er hat Forstwissenschaft und Publizistik in Göttingen studiert, aber nie als Förster gearbeitet. Seit 2000 ist er in der Redaktion der renommierten Zeitschrift „natur“ aktiv.

Ihr Zugang zum Thema entspricht ihren Ansprüchen zur Aufklärung und ihrer Wertschätzung gegenüber dem Boden. Deshalb sind ihre Bücher authentisch, ehrlich, und ein persönlicher Ausdruck ihrer Gesinnung zum Umwelt- und Naturschutz.

Alle vier Bücher widmen sich intensiv den verborgenen Dingen im Boden; sie legen Naturkreisläufe offen, zeigen Wege zum Bodenschutz auf und setzen sich für ein neues Umweltbewusstsein ein. Von allen wird betont, dass der Boden unsere wichtigste Lebensgrundlage ist und nicht erneuert werden kann, aber fruchtbar und gesund gehalten werden muss. Besonders für die Landwirtschaft ist die Fruchtbarkeit des Bodens ein entscheidender Faktor. D. h. der Boden lebt; er muss umsorgt und gepflegt werden!

Florian Schwinn tut dies sehr umfassend und schwungvoll, sogar mit einer eigenen Homepage (www.rettetdenboden.de). Im Buch selbst wendet er seinen Blick auf und tief in den Boden. Für ihn ist der Boden „der Quell des Lebens“ (S. 8) und kein Substrat, „in dem sich Pflanzen festhalten“ (S. 13). Er spricht nicht von „Universum“ unter unseren Füßen (wie Sperl und Laufmann dies tun), sondern von „lebendiger Unterwelt“, die ihn immer wieder fasziniert. Von diesem Standpunkt aus widmet er sich ausführlich der Bodenfruchtbarkeit des lebenden Bodens bzw. der lebendigen Erde. Dabei nutzt er deutliche Worte, z. B. gegenüber der industriellen Landwirtschaft, die einen Vernichtungsfeldzug gegen das Leben und damit auch gegen den Boden führt. Als Alternative erinnert er eindrucksvoll an den Erfinder des Begriffes „Mutterboden“, an den Bioland-Vordenker, Arzt und Mikrobiologen Hans Peter Rusch (1906-1977) und fordert konsequent – schon gleich am Anfang des Buches – die notwendige „Humuswende“. Diese Deutlichkeit in der Sprache macht das Buch wertvoll und politisch. Besonders interessant ist, dass er den Umgang mit dem Boden als Prozess sieht. Er stellt eine innige Verbindung von defizitärem Bodenschutz mit der praktizierten Landwirtschaft her und kommt zu dem Schluss: „Die moderne Landwirtschaft ist eine Industrie geworden.“ (S. 169). Verbesserungen hierzu liegen dem Verfasser am Herzen, d. h. er liefert überzeugende Beschreibungen und praxisnahe Lösungen. Ausführlich geht er auf die Grundlagen

der Bodenwirtschaft ein, erwähnt die Bedeutung der Nachhaltigkeit und erklärt die Probleme, Zwänge und Lösungen in der Agrarwirtschaft und -politik. Er spricht mit Wissenschaftlern und Praktikern im Osten und Süden Deutschlands und geht ausführlich auf die Erfahrungen von Humus-Spezialisten zur „Regenerativen Landwirtschaft“ (mit konservierender Bodenbearbeitung, Direktsaat und Mulchwirtschaft) ein. Das Buch endet mit Beiträgen zur „Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft“, der Forderung nach einer „Humuswende“ und mit einem Plädoyer für mehr praxisorientierte Forschung zu Gunsten des fruchtbaren, gesunden und humusreichen Bodens.

Das Buch besteht neben Prolog und Epilog aus vier Kapiteln. Es ist aufgebaut wie eine Reportage über den Patienten „Boden“. Fakten, Zitate, Meinungen und Botschaften durchziehen das gesamte Buch. Der Text wird ergänzt mit etwa 20 eingestreuten Zeichnungen von Katharina Schmidt. Außerdem enthält das Buch noch einen gerafften Quellen- und Literaturteil, aber kein Register.

Susanne Dohrn nutzt die Klimakrise, um sich mit dem faszinierenden Zusammenspiel von Pflanzen und Tieren im Boden zu befassen und rät zum Schutz dieser wertvollen Ressource. Dabei geht sie auf „Myriaden von Lebewesen“ (S. 17) und die Bedeutung der Pilze, Regenwürmer, Ameisen und Dungkäfer bei der Durchwurzelung des Bodens bzw. beim Humusaufbau wissenschaftlich gründlich ein. Aber auch Nematoden und Mikroplastik werden als Schädlinge des Bodens ausführlich abgehandelt. Besonders informationsreich und aufklärend ist das Kapitel über Humus und Kompost. Bei Bodenschutz-Experten wird das Buch sehr gelobt. In der Zeitschrift Bodenschutz (01.20) des Bundesverbandes Boden e. V. heißt es: „Dieses intelligente, mit vergnüglichen Allegorien angereicherte Buch ist nicht nur für den Laien sondern auch für den Bodenkundler eine faszinierende Lektüre.“

Das Buch enthält einen 30-seitigen Anhang mit Quellen- und Literaturhinweisen, die zur weiteren Vertiefung des Themas anregen. Außerdem hat der Maler und Graphiker Walter Weiss das Buch mit einigen künstlerischen Illustrationen veredelt.

Ina Sperl geht das Boden-Thema pragmatisch an. Vor ihr erfahren wir Schritt für Schritt, wie der gesunde, fruchtbare Boden funktioniert und welchen Schatz wir unter unseren Füßen beherbergen. Sie spricht vom „unbekannten Kosmos“ (S. 7) und vom „verborgenen Universum unter unseren Füßen“ (so der Untertitel des Buches). Aber Ina Sperl klärt gut auf und geht als erstes auf die Frage „Was ist Boden?“ lehrbuchmäßig ein. Es folgt eine verständliche Erläuterung zur „Pedosphäre“ und zu den wichtigsten Bodenlebewesen. Ähnlich wie Peter Laufmann erwähnt sie Charles Darwin, der schon 1881 dem Regenwurm ein eigenes Buch gewidmet hat. Beim Humusaufbau geht sie auf die Bedeutung des Kohlenstoffes im Boden ein. Im Kapitel „Menschengemachte Erde“ widmet sie sich eingängig der Landwirtschaft und problematisiert den Pflug und das Pflügen. Für sie steht fest: „Der Pflug hat Nachteile.“ (S. 69) und „Umgraben schadet dem Boden eher, als dass es nützt.“ (S. 152). Im Nachwort erinnert die Autorin an Respekt und Achtsamkeit beim Umgang mit dem Boden. Diese Botschaft bleibt hängen, auch wenn insgesamt dem Buch noch ein Schuss „Nachhaltigkeit“ sehr gut getan hätte.

Zum äußerst informativen Textteil gehören sieben prägnante Exkurse, u. a. zu Kohlenstoff, Fracking, Terra Preta und Permakultur, sechs gut ausgewählte Experten-Meinungen, z. B. zum Humus, zur Versiegelung und zum Ökolandbau, und ein umfangreicher Serviceteil mit Literatur, Quellenangaben und relevanten Expertenadressen sowie ein Register. Alle Informationen des Buches sind graphisch hervorragend umgesetzt und mit wunderbaren Bildern, Zeichnungen und Illustrationen ergänzt. Das Buch könnte ohne Weiteres als Grundlage für eine Bodenschutz-Ausstellung genutzt werden oder sogar als Treatment für einen anspruchsvollen Film dienen.

Peter Laufmann beschäftigt sich anekdotisch und forstwissenschaftlich mit dem Boden. Sein Buch ist in drei Teile gegliedert. Die Blickrichtung in Teil I („Von der Natur des Bodens“) ist naturwissenschaftlich auf das Edaphon, die Bodenfauna und die Bodenflora gerichtet. Von ihm erfahren wir, wie der Boden geschichtlich entstanden ist und wie „Das Universum unter unseren Füßen“ (so der Untertitel) sich zusammensetzt. Dabei erwähnt er (genau wie Ina Sperl) Charles Darwin als „Fan der Regenwürmer“, der mit „Fug und Recht als Regenwurmpapst“ bezeichnet werden kann (S. 67 f.). Auch geht er ausführlich auf den Mykorrhiza-Pilz ein, der die Bäume mit Stickstoff versorgt (S. 76). In Teil II („Der Mensch und sein Boden“) lesen wir, warum guter Wein vom Boden abhängt (S. 87 ff.) und die Bodentypen für die Landwirtschaft so zentral sind. Fragen der Bodenfruchtbarkeit und der Wundererde Terra preta schließen sich an und münden in der Erwähnung des 1934 erlassenen Gesetzes über die Schätzung des landwirtschaftlichen Kulturbodens in Deutschland, dem sogenannten Bodenschätzungsgesetz (BodSchätzG), das die Grundlage der Bodenbewertung für Ackerland und für Grünland darstellt. Teil II („Boden zwischen Gefahr und Heilung“) enthält historisch begründete Hinweise zur Bedeutung und dem Wert der Ressource Boden. Dabei geht er kritisch mit dem Pflug und dem „exzessiven Pflügen“ (S. 151) um. Auch Dünger, Pestizide und Plastik werden besorgt angesprochen. Laufmann ordnet dem Landwirt eine Schlüsselrolle zu: „Die wichtigsten Praktiker in Sachen Boden sind natürlich die Landwirte.“ (S. 168 f.). Auf welche Landwirtschaft er sich dabei genau bezieht, bleibt offen. Dargestellt wird die Biolandwirtschaft und die „schlaue Landwirtschaft“ (S. 171) als smart farming und presicion farming. Zum Schluss geht er

Synopse (+ | o | -)	Schwinn	Dohrn	Sperl	Laufmann
Inhalt	++	+	++	+
Gestaltung	++	+	+++	+
Verständlichkeit	++	+	+++	+
Grundlagen	++	+++	++	++
Garten	+	+	+++	o
Wald	+	+	+	+
Landwirtschaft	+++	+	++	++
Permakultur	+	o	++	o
Politik	+++	++	+	-

kurz auf die Forstwirtschaft als eine „groß angelegte Bodenschutzmaßnahme“ (S. 174) ein.

16 Seiten mit 40 Abbildungen und Skizzen in der Mitte des Buches sowie insgesamt 25 Anmerkungen, eine Seite weiterführende Literatur und ein Register ergänzen das Buch. Inhaltlich offen bleibt die These auf S. 158: „Es gibt Mittel und Wege, den Verlust der Böden aufzuhalten.“ Hierzu liefert das Buch kaum Ansätze und keine politischen Lösungen, schade.

Fazit

Alle vier hier vorgestellten Bücher kann ich zur Lektüre uneingeschränkt empfehlen. Sie sind für sich genommen substantiell und als Grundlage zum weiteren Engagement beim Bodenschutz hervorragend geeignet. Alle tragen dazu bei, die schleichende Zerstörung des Bodens in ihrer Gänze zu erkennen. Sie fordern uns auf, den richtigen Zeitpunkt zum Handeln (nämlich jetzt und sofort!) nicht zu verpassen.

Mein Favorit ist – wie die Synopse belegt – das Buch von Ina Sperl, das mit dem gelungenen Text-Bild-Verhältnis gestalterisch heraussticht. Es ist optimistisch formuliert, konsistent und behandelt fast alle wesentlichen Punkte. Zudem wirkt es mit den prägnanten Serviceteilen motivierend und mitreißend – ein Buch mit ansteckender und tiefgreifender Bodenschutzsehnsucht. Eine souveräne Leistung der Autorin und ein reifes Buch des Verlages!

Weitere Rezensionen

SDG-Handbuch

Wem das Thema der Nachhaltigkeit noch immer fremd oder gar unheimlich ist, dem kommt das Buch „Agenda 2030: Wo steht die Welt?“ gerade recht. Auf 224 Seiten tragen Jens Martens und Bodo Ellmers vom Global Policy Forum Europe (GPF) von Bonn aus dazu bei, zu verstehen, wie wichtig die weltweit geführten Debatten über Nachhaltigkeit sind und wie der Umsetzungsprozess bei den nachhaltigen Themen auf den politischen Ebenen (global, national und kommunal) aussieht. Sie zeigen in ihrem SDG-Handbuch ein ambivalentes Bild mit Licht- und Schattenseiten der Nachhaltigkeit.

In Teil I der Studie wird die Agenda 2030 als „Weltzukunftsvertrag“ tituliert, die UN-Nachhaltigkeitsarchitektur beschrieben und die Umsetzung in Deutschland skizziert. Dabei werden auch kommunale Beispiele lobend erwähnt (S. 34 ff.). In Teil II geht es um die 17 Sustainable Development Goals (SDG) mit all den 169 Unterzielen, die mit Zahlen, Fakten und Fallbeispielen sehr schön erläutert sind.

Ein kluges, differenziertes und wertendes Buch, das die Aufklärung über Nachhaltigkeit maßgeblich befördert!

Jens Martens und Bodo Ellmers: Agenda 2030: Wo steht die Welt? 5 Jahre SDGs – eine Zwischenbilanz. Bonn: GPF-Selbstverlag, Dezember 2020, ISBN 978-3-943126-51-8 (5,00 Euro)

Starke Nachhaltigkeit

Wer sich mit der nachhaltigen Entwicklung und der Transformation hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft bzw. einer nachhaltigen Wirtschaft befasst, hat beim Verständnis der Nachhaltigkeit meist das Drei-Säulen-Modell (Ökologie, Ökonomie und Soziales) im Blick. Diese Betrachtung von außen ist vielen Experten inzwischen zu oberflächlich und nicht wirksam genug. Deshalb werden ganzheitliche und tiefer gehende Ansätze für die Transformation gesucht.

Ein solches Werk liegt nun von Daniel Sieben vor, der sich schon in seiner Dissertation als Volkswirt mit Fragen der Nachhaltigkeit intensiv auseinander gesetzt hat. Er wendet sich in seinem neuen Buch gegen die „Schein-Nachhaltigkeit“ und entwickelt auf rund 230 Seiten ein Transformationsleitbild, das den gesamten Menschen fordert: ökologisch, sozial, emotional und spirituell (ethisch). Mit dieser umfassenden metaphysischen Betrachtung geht er über zu kurz greifende rationale Erklärungs- und Verhaltensansätze hinaus und führt zu einem neuen tiefgründigeren Verständnis von Nachhaltigkeit und zu Maßnahmen, wie nachhaltiges Leben privat, gesellschaftlich und wirtschaftlich besser und wirksamer werden kann.

Damit knüpft er – ohne es zu betonen – an der Tradition des norwegischen Philosophen Arne Naess (1912-2009) an, der 1973 die Tiefenökologie („Deep Ecology“) begründete, in seiner Osloer Schule die Umwelt als Teil von uns Menschen sah und aus der Einsicht und Erfahrung dieser Verbindung heraus sich für den umfassenden Schutz aller Lebewesen einsetzte. Dieser interdisziplinäre Auftrag zum Erhalt der Biosphäre ist in Zeiten des Anthropozän aktueller denn je. Und dabei geht es um mehr als um Naturschutz nach anthropozentrischer oder physiozentrischer Perspektive; es geht um das „dahinter“ von Körper und Geist (Stichwort: „Leib-Seele-Problem“) und um die Krise, in der das Mensch-Natur-Verhältnis immer noch steckt. Letztlich geht es auch darum, ob wir von „Umwelt“ oder von „Mitwelt“ reden und wie achtsam wir mit dem Umweltkapital im Lebens- und Wirtschaftskreislauf umgehen.

Diesem komplexen Anliegen stellt sich Daniel Sieben, und er entwickelt mit hoher Expertise sein Modell, das er nachvollziehbar erstellt und konsequent umsetzt. Er geht in „Ganz Mensch Sein“ kompakt auf konkrete tiefenökologische Dimensionen und Zusammenhänge ein und weist dabei auf wichtige Auswirkungen auf Individuum, Wirtschaft und Gesellschaft hin. Gleichzeitig geht er mit seinem Ansatz der identitätsbezogenen Spaltungen deutlich über Naess hinaus und lässt aus dem Entwicklungsziel der *Ganzheit als Mensch* ein richtungsweisendes Leitbild für Nachhaltigkeit und Transformation entstehen.

Das Buch kommt zur rechten Zeit; es liefert eine authentische und erkenntnisreiche Orientierung in einer Zeit des vielfältigen Umbruchs. Sowohl für die Theorie der Nachhaltigkeit, als auch für deren Praxis in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie für jeden Einzelnen ist das Buch ein unverzichtbarer Impulsgeber und ein großer Meilenstein für die dringend notwendige Erneuerung. – Sehr zu empfehlen!

Daniel Sieben: Ganz Mensch Sein. Wie wir die Schein-Nachhaltigkeit überwinden – Ein Transformationsleitbild. München: oekom verlag, 2021, ISBN 978-3-96238-278-0 (26,00 Euro)

Vegetarische Gerichte

Ursula Schölermann schaut in ihr Kochbuch

Schlabberkappes

1 Weißkohl oder Wirsing, 3 Zwiebeln, 3 Möhren, 1 Lauchstange, 1 Knoblauchzehe, 1/2 l Gemüsebrühe, 3 Lorbeerblätter, 500 g Kartoffeln, Salz, Pfeffer, Paprika-Pulver, Kümmel, Butter, 1 Glas Weißwein,

Wenn es unbedingt mit etwas Fleischlichem sein muss: 2 Mettwürstchen, für die vegetarische Variante statt der Mettwürstchen 200 g Tofu geräuchert, Tofu-Würstchen geräuchert

Zubereitung:

Vom Kohl die Blätter lösen, waschen, abtropfen lassen und in ca. 3 cm große Quadrate schneiden.

Zwiebeln und Knoblauch pellen und fein würfeln. Möhren putzen und in dünne Scheiben schneiden. Vom Lauch das Weiße waschen und in dünne Ringe schneiden. Kartoffeln schälen und in Würfel schneiden. In wenig Salzwasser garen.

Im Topf etwas Butter erhitzen und Zwiebel- und Knoblauchwürfel glasig schwitzen. Kohl dazugeben und etwas schmoren lassen. Gemüsebrühe angießen. Möhren und Lauch hineingeben, mit Lorbeer, Kümmel und Paprika würzen, Mettwürstchen (falls gewählt) zugeben und köcheln lassen. Mit einem Schuss Weißwein, Pfeffer und Salz abschmecken. Die gekochten Kartoffelwürfel gegen Ende der Garzeit zum Schlabberkappes geben.

Für die vegetarische Variante Räuchertofu würfeln und in etwas Butter kross braten und mit den Tofu-Würstchen zum Schlabberkappes servieren.

Dänische Lauchtorte

Hefeteig für eine Springform: 300 g Weizenmehl Typ 550, 1 Päckchen Trockenhefe, Salz, ca. 1/4 l lauwarmes Wasser, etwas gemahlener Koriander und gemahlener Kümmel, 60 g weiche Butter

Für den Belag:

300 g Lauch, 2 EL Öl, 2 EL Wasser, 30 g Butter, etwas Gemüsebrühpulver, 1-2 EL gehackte Kräuter, je 1/2 TL Curry und Paprika edelsüß, 3-4 EL Tomatenketchup oder Tomatenmark, 130 g geriebener Käse

Für den Guss:

2 Eier, 100 g saure Sahne, 2 EL trockener Weißwein, 1 TL Speisestärke, 1/2 bis 1 TL Kräutersalz
Backzeit: ca. 40 Minuten bei 200°

Zubereitung:

Aus den Zutaten einen Hefeteig zubereiten und an einem warmen Platz abgedeckt gehen lassen.

Die Lauchstangen putzen, gründlich waschen und in schmale Ringe schneiden (auch die zarten grünen Teile mitverwenden).

Das Öl mit dem Wasser erhitzen und den Lauch darin halbweich dünsten. Die Butter und das Gemüsebrühpulver zum Lauch geben. Mit den Kräutern und Gewürzen herzhaft abschmecken und abkühlen lassen.

3/4 des Hefeteigs ausrollen und in eine gefettete Springform legen, dabei einen Teigrand von 3 cm hochziehen. Den restlichen Teig dünn ausrollen und in schmale Streifen schneiden.

Den Teigboden mit dem Tomatenketchup bestreichen und den Lauch darüber füllen. Mit dem geriebenen Käse bestreuen. Für den Guss alle Zutaten gründlich verquirlen und über die Lauchfüllung gießen (1 EL Guss zurück behalten). Die Teigstreifen im Gittermuster auflegen und mit dem restlichen Guss bestreichen.

Bei 200° in etwa 40 Minuten goldgelb backen und warm servieren. Dazu passen gut frische Salate.

Sellerieschnitzel

mit bayerischem Kartoffelsalat

Zutaten für die Sellerieschnitzel:

1 große Sellerieknolle, Gemüsebrühe, Kräutersalz, 1 Ei, Mehl, Semmelbrösel, Butter oder Öl zum Braten

Zutaten für den Kartoffelsalat:

500 g festkochende Kartoffeln, Salz, 1/2 TL Kümmel, 1/8 l Gemüsebrühe, Essig, Pfeffer, Salz, Öl, 1 Zwiebel, Kräuter (z. B. Schnittlauch)

Zubereitung Sellerieschnitzel:

Die Sellerieknolle schälen und in ca. 2 cm dicke Scheiben schneiden. Etwa einen halben Liter Gemüsebrühe aufkochen und die Sellerieschneiden darin nicht ganz durchgaren. Scheiben abtropfen und abkühlen lassen. Mit Kräutersalz von beiden Seiten würzen und wie ein Schnitzel in Mehl wenden, in verquirltem Ei und dann mit Semmelbröseln panieren. In Fett von beiden Seiten braun braten.

Dazu schmeckt sehr gut ein bayerischer Kartoffelsalat.

Zubereitung Kartoffelsalat:

Kartoffeln waschen und mit der Schale in gesalzenem Wasser garen, 1/2 TL Kümmel mitkochen.

Die Kartoffeln kalt abschrecken und etwas auskühlen lassen. Die gepellten Kartoffeln in Scheiben schneiden. Mit Pfeffer bestreuen und die heiße Gemüsebrühe vermischt mit einem kräftigen Schuss Essig darüber gießen. Eine Weile ziehen lassen.

Zwiebel und Schnittlauch sehr klein schneiden. 2 bis 3 EL Öl über den Salat gießen und zusammen mit den Zwiebelwürfeln und dem Schnittlauch vermengen. Nach Geschmack mit Salz nachwürzen. Der Salat sollte saftig und nicht trocken sein.

Sehr sehr lecker –
sagt auch die Redaktion der ÖKOLOGISCHEN!

Die Naturschutzgebiete

in der westlichen Lippeaue in Hamm sind durch Bergsenkungen entstandene Feuchtgebiete. Zahlreiche Vogelarten rasten hier auf dem Durchzug in ihre Winter- und Sommerquartiere oder brüten in den Gebieten „Am Tibaum“, „Im Brauk“ und „Am Eckernkamp“.
Aber auch für Amphibien, Libellen, Fledermäuse und Insekten sind die Naturschutzgebiete ein wichtiger Lebensraum, den es zu schützen und zu respektieren gilt.